FACIT

Nr. 19 DM 1,–

Leninismus heute

Viele schreiben über Kommunisten - in der UZ schreiben Kommunisten selbst.

unsere zeit
UZ
sozialistische volkszeitung

Dr. Wenzel-Verlag GmbH 41 Duisburg-Beeck, Pothmannstr. 12

Inhalt

		Seite
Gerhard Fisch, Wanja Heiseler, Angelika Schütte	Lenin und die westdeutsche Schulphilosophie	3
Gerhard Bessau	Marx versus Lenin?	7
Johanna Hund	Zur Einschätzung linksradikaler Gruppierungen in der Studentenbewegung	13
	Staat und Absterben des Staates in der DDR	19
Kurt Steinhaus	Systemauseinandersetzung im nachfaschistischen Deutschland	25
Gunnar Matthiessen	Zu einigen Fragen des antiimperialistischen Kampfes heute	31
	Rezensionen	41

April 1970

Impressum

facit – Zeitschrift marxistischer Studenten

Herausgeber: Christof K. Kievenheim (Marburg), Herbert Lederer (Essen), Mira Maase, Fred Schmid (München), Michael Maercks, Christoph Strawe (Bonn), Michael Kohnen, Peter Schöttler (Bochum), Elisabeth Bessau, Gerhard Bessau, Werner Loch (Köln)

Redaktion: Elisabeth Bessau, Gerhard Bessau, Christof K. Kievenheim, Michael Kohnen, Werner Loch, Michael Maercks, Peter Schöttler, Christoph Strawe (verantwortlich)

Anschrift für Anzeigen und Redaktion: Werner Loch, 5 Köln 1, Breite Straße 141-143

Konto: Werner Loch (Sonderkonto F.), 5 Köln 1, Breite Straße 141-143, Postscheckkonto Köln: 1420 25

Einzelheft 1,– DM, Jahresabonnement = 5 Hefte 5,– DM einschließlich Zustellgebühr

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber und der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Vertrieb: Werbe- und Literatur-Vertriebs-GmbH, 235 Neumünster, Wendenstr. 4 a, Postfach 470.

Druck: Plambeck & Co, Neumünster

Agitprop auf Pläne-Platten!

Mikis Theodorakis: Ich rufe zum Kampf!

30-cm-LP, stereo mit Textbeilage 19,– DM
Bestell-Nr. S 55110

Guanyarem — wir werden siegen!

Lieder der jungen spanischen Opposition
gesungen von Joan & José
30-cm-LP, stereo mit Textheft 22,50 DM
Bestell-Nr. S 55101

1933—1963
Lieder des europäischen Widerstandes gegen den Faschismus

Chöre und Solisten aus vielen Ländern
30-cm-LP mit Textheft 22,50 DM
Bestell-Nr. 55201 L

Gesamtverzeichnis anfordern beim

Verlag „pläne" GmbH

46 Dortmund, Humboldtstraße 12

Lenin und die westdeutsche Schulphilosophie

Gerhard Fisch / Wanja Heiseler / Angelika Schütte

Lenins philosophische Schriften sind Kampfschriften, entsprungen einer konkreten historischen Situation – im „Handgemenge". Schon allein deswegen hat die Frage, ob dem menschlichen Denken, losgelöst von der Praxis, gegenständliche Wahrheit zukomme, für Lenin nur scholastischen Charakter.

„Der Gesichtspunkt des Lebens und der Praxis muß der erste und der grundlegende Gesichtspunkt der Erkenntnistheorie sein . . . Freilich darf dabei nicht vergessen werden, daß das Kriterium der Praxis dem Wesen nach niemals irgendeine menschliche Vorstellung völlig bestätigen oder widerlegen kann. Auch dieses Kriterium ist unbestimmt genug, um die Verwandlung der menschlichen Kenntnisse in ein Absolutum zu verhindern, zugleich aber bestimmt genug, um gegen alle Spielarten des Idealismus und des Agnostizismus einen unerbittlichen Kampf zu führen." (Lenin, Materialismus und Empiriokritizismus, Berlin 1958, p. 131 f.)

Der Ansatzpunkt des Materialismus ist die implizite Grundannahme eines jeden Handelnden, daß die ihn umgebenden Dinge unabhängig von seiner Empfindung, von seinem Bewußtsein existieren. Empfindung und Bewußtsein sind lediglich Abbild der Außenwelt, „und es ist selbstverständlich, daß das Abbild nicht ohne das Abgebildete existieren kann" (Mat. u. Emp., p. 59). Diese „naive" Überzeugung wird zur Grundlage nicht nur für die alltäglichen Erkenntnisprozesse der Menschen gemacht, sondern auch als notwendige Voraussetzungen bei einem großen Teil der Naturwissenschaftler anerkannt. (B. Russell)

Dieser unvermeidliche Salto vitale der Philosophie in die Praxis verhindert jene „reine" Kontemplation, die durch das philosophisch mögliche In-der-Schwebe-lassen dieser Frage notwendig entstehen muß. Hier nun setzt die Kritik an Lenins Theorie ein, verbunden mit der herablassenden Bemerkung, Lenin selbst habe ja „freimütig bekannt", auf dem Gebiet der Philosophie „nur ein einfacher Marxist" zu sein. Man wirft Lenin vor, mit dieser Theorie einen platten Schematismus zu verfolgen, die Erkenntnisse als einen rein fotografischen Abklatsch im Bewußtsein zu interpretieren. Die Konsequenz wäre: motiviertes, geschichtsbewußtes Handeln ist unmöglich, da die Reflexion niemals über unmittelbar ersichtliche Fakten hinausgehen kann. Das Korrektiv der Praxis im Erkenntnisprozeß wird verstanden als die Konstitution eines zweiten erkennenden Subjekts, das mit dem ersten, dem lediglich die unmittelbare Wirklichkeit rezipierenden, keinerlei Verbindung hat. Weiterhin wird die Trennung zwischen einem zu erkennenden Objekt und einem erkennenden Subjekt als eine Setzung zweier ontologischer Ansätze verstanden.

Wie absurd der Einwand, geschichtsbewußtes Handeln werde verunmöglicht, ist, läßt sich allein schon aus der historischen Praxis ablesen; denn gerade der, dem dies vorgeworfen wird, gehörte zu den Trägern und Initiatoren einer höchst geschichtsbewußten, politisch motivierten Aktion: der Revolution von 1917. Die Unterstellungen beruhen auf dem bewußten oder unbewußten Ignorieren der Dialektik in der Leninschen Erkenntnistheorie. „Die Erkenntnis ist die ewige, unendliche Annäherung des Denkens an das Objekt. Die Widerspiegelung der Natur im menschlichen Denken ist nicht ‚tot', nicht ‚abstrakt', nicht ohne Bewegung, nicht ohne Widersprüche, sondern im ewigen Prozeß der Bewegung, des Entstehens der Widersprüche und ihrer Lösung aufzufassen." (Lenin, Werke, Bd. 38, p. 185.)

Der Vorwurf des platten Schematismus wird hinfällig, wenn man das Kriterium der Praxis in der Erkenntnis selbst und als Korrektiv versteht.

„Das Leben erzeugt das Gehirn. Im menschlichen Gehirn widerspiegelt sich die Natur. Indem der Mensch die Richtigkeit dieser Widerspiegelung in seiner Praxis und in der Technik überprüft und anwendet, gelangt er zur objektiven Wahrheit. Die Wahrheit ist ein Prozeß. Von der sub-

jektiven Idee gelangt der Mensch zur objektiven Wahrheit durch die ‚Praxis' (und Technik)." (Lenin, Werke, Bd. 38 p. 191.)

Das heißt, daß die unmittelbare Existenz eines Menschen seine Wahrnehmungen kontrolliert und reguliert, d. h. außerdem, daß der Mensch in der unmittelbaren Auseinandersetzung mit der Praxis seine gemachten Erfahrungen und Erkenntnisse hinsichtlich seiner Lebensnotwendigkeiten überprüfen muß.

„Er (der Mensch) tritt dem Naturstoff selbst als eine Naturmacht gegenüber. Die seiner Leiblichkeit angehörigen Naturkräfte, Arme und Beine, Kopf und Hand, setzt er in Bewegung, um sich den Naturstoff in einer für sein eigenes Leben brauchbaren Form anzueignen. Indem er durch diese Bewegung auf die Natur außer ihm wirkt und sie verändert, verändert er zugleich seine eigene Natur." (Karl Marx, Das Kapital, Bd. 1, p. 185.)

Neugeborene müssen erst die Perspektivität der sinnlichen Wahrnehmungen erkennen, um die zunächst einzeln für sich erscheinenden Bilder ihrer Augen in Übereinstimmung zu bringen. Motiviertes Handeln entsteht in der Konfrontation der unmittelbar aufgenommenen Wirklichkeit mit bereits gemachten unmittelbaren Erkenntnissen (Erfahrungen), mit der eigenen Existenz und den Lebensnotwendigkeiten.
Dies zeigt aber auch, daß die Trennung zwischen rezipierendem und erkennendem Subjekt nicht stichhaltig ist, da diese beiden Erkenntnisprozesse nicht zwei isolierte, unabhängig voneinander existierende Vorgänge sind, sondern ein dialektischer Prozeß (vgl. Pariser Manuskripte).

Die Häufigkeit, mit der die Behauptungen von der Widerspiegelungstheorie als „Fotografie-Theorie", von dem durch sie angeblich konstituierten Dualismus zweier erkennender Subjekte, die nichts miteinander gemein haben und von dem durch sie angeblich konstituierten ontologischen Dualismus von Subjekt und Objekt auftauchen, drängt die Frage auf: Inwieweit stellen diese Fehlinterpretationen falsches Bewußtsein im Marxschen Sinne dar? Auf Grund welcher objektiven Widersprüche in der kapitalistischen Klassengesellschaft kommen sie zustande und welche Funktion haben sie in dieser Gesellschaft? So widersprüchlich die dargestellten „Widerlegungen" der Leninschen Philosophie in sich und untereinander sind, so haben sie gemein, daß sie den grundlegenden Interessenantagonismus der Klassengesellschaft widerspiegeln, aber ihn lediglich idealistisch aufzuheben versuchen. Die Behauptung vom ontologischen Dualismus von Subjekt und Objekt ist nichts anderes als der in philosophisches Gewand gehüllte Mythos von der herrschenden Klasse als dem aktiven Subjekt der Geschichte, „verbunden" den lediglich duldenden und leidenden Objekten durch ein Nichts, durch die fundamentale Dualität. Auch die Behauptung von der Konstituierung zweier grundverschiedener Arten von erkennenden Subjekten entspringt diesem Antagonismus. So wie in dieser These dem lediglich die unmittelbaren Sinnesdaten rezipierenden Subjekt ein zweites entgegentritt, das geschichtsmächtig die Erkenntnis als praktische handhabt, so ist die „Kooperation der Lohnarbeiter bloße Wirkung des Kapitals, das sie gleichzeitig anwendet. Der Zusammenhang ihrer Funktion und ihre Einheit als produktiver Gesamtkörper liegen außer ihnen, im Kapital, das sie zusammenbringt und zusammenhält. Der Zusammenhang ihrer Arbeiten tritt ihnen daher ideell als Plan, praktisch als Autorität des Kapitalisten gegenüber, als Macht eines fremden Willens, der ihr Tun seinem Zweck unterwirft." (Kapital I, 351.) Ihre Funktion in dieser Gesellschaftsordnung gewinnen beide widersprüchlichen Behauptungen dadurch, daß sie einmal die materielle Produktion durch die Arbeiterklasse, die deren geschichtliche Möglichkeit begründet, zum bloßen Leiden, Dulden und Rezipieren philosophisch umdeuten, und die Klassengesellschaft nicht als historisch entstanden und historisch überwindbar, sondern als „seinsmäßig" begründet und daher unaufhebbar erklären. Die Reduzierung der Widerspiegelungstheorie auf eine „Fotografie-Theorie" ist schließlich nichts anderes, als der Versuch, den bürgerlichen Positivismus in den Marxismus hineinzutragen, resultierend aus der Unfähigkeit, sich die Arbeit der wissenschaftlichen Erkenntnis anders als von der gesellschaftlichen Praxis isolierte Faktenhuberei, als qualifiziertes Fachidiotentum vorzustellen.
Auf einer anderen Linie als die bisher behandelten Lenin-„Widerlegungen" liegt eine Argumentation, die vom jungen, noch idealistischen, sich zum Marxismus hin entwickelnden Georg Lukács (in: „Geschichte und Klassenbewußtsein") erstmals ausgeführt wurde und inzwischen von Iring Fetscher und Jürgen Habermas, Hermann

Bollnow, Alfred Schmidt, Hans-Joachim Lieber und Oskar Negt als „Wiederherstellung des genuinen Marxismus" ausgegeben wird. Es handelt sich um folgendes Argument: Bei Marx gebe es nur eine Dialektik in der Geschichte, da Dialektik letztlich stets Subjekt-Objekt-Dialektik sei.

Erst der späte Engels und im Anschluß daran Lenin hätten die Dialektik auf die Natur „ausgedehnt" und dadurch objektivistisch verstümmelt. Dadurch sei der Marxismus durch Engels und Lenin zu einer antirevolutionären, konservativen Ideologie deformiert worden. „Über den angeblich grundlegenden philosophischen Gegensatz zwischen Marx und Engels" ist ein Exkurs in Robert Steigerwalds Buch „Herbert Marcuses dritter Weg" (Pahl-Rugenstein, Köln 1969) überschrieben, das jedem, der sich für den philosophiegeschichtlichen Sachverhalt interessiert, zu empfehlen ist. Zur Sache selbst ist folgendes zu sagen: Wenn nur die Gesellschaft dialektisch, die Natur aber nichtdialektisch strukturiert ist, bedeutet das, daß zwei verschiedene Welten nebeneinander existieren, zwischen denen keine Brücke möglich ist. Naturkenntnis durch den Menschen wird nicht mehr materialistisch, höchstens noch im Leibnizschen ideologischen Sinne denkbar. Wenn nur die Gesellschaft dialektisch, die Natur aber nicht-dialektisch ist, bedeutet das, daß die einheitliche Welt mit der Entstehung des Menschen in zwei durch nichts miteinander verbundene Welten zerfallen ist. Wenn nur die Gesellschaft dialektisch, die Natur aber nicht-dialektisch ist bedeutet das, daß die Dialektik letztlich Werk des Menschen, also in der auf die Subjekt-Objekt-Dialektik reduzierten Dialektik das Primat dem Subjekt zukommt

Angesichts der philosophiegeschichtlichen und philosophischen Absurdität der Theorie von der „objektivistischen Verstümmelung" der Dialektik durch Engels und Lenin lohnt sich auch hier die ideologiekritische Fragestellung: Was sind die gesellschaftlichen Bedingungen der Verbreitung dieser „Theorie"? Die Überhöhung der wirklichen Qualitätsdifferenzen zwischen Natur und Gesellschaft zu einer unübersteigbaren Mauer, wie er in der Leugnung der Naturdialektik zum Ausdruck kommt, ist darauf angelegt, den Wesensunterschied zwischen Naturgesetzmäßigkeit und historischer Gesetzmäßigkeit so zu hypostasieren, daß schließlich der Begriff der Gesetzmäßigkeit aus Geschichte und Gesellschaft rein „philosophisch" begriffen wird. Der Angst vor der Gesetzmäßigkeit in Geschichte und Gesellschaft korrespondiert die Angst vor den sich im staatsmonopolistischen Kapitalismus gesetzmäßig abspielenden Prozessen, die durch Proletarisierung immer breiterer Teile der Intelligenz und durch die unmittelbarer werdende Unterwerfung der Wissenschaft unter die Profit- und Herrschaftsinteressen des Monopolkapitals den Intellektuellen seiner traditionellen Spielräume und Spielwiesen beraubt; der Angst vor der Gesetzmäßigkeit in Geschichte und Gesellschaft korrespondiert aber auch die Angst vor dem sich weltweit und gesetzmäßig vollziehenden Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Der Dualismus, der in der Anerkennung der dialektischen Struktur der Gesellschaft, der Leugnung der Dialektik der Natur zum Ausdruck kommt, bringt eine grundlegende Abneigung gegenüber einer einheitlichen Theorie und gegenüber dem Begriff der Einheit der Welt zum Vorschein, eine Abneigung, die sich als Ideologie der subjektiven Ausbruchsmöglichkeiten der Individuen und als Ablehnung einer zur kollektiven Praxis verpflichtenden Gesellschaftsanalyse verstehen läßt. Schließlich stellt die Überhöhung der Differenz von Natur und Gesellschaft zu einer chinesischen Mauer die prinzipielle Erkennbarkeit der Welt als Ganzes in Frage. Damit verblaßt aber auch ein Zustand, in dem der Mensch Gesellschaft und Natur durch die Anwendung ihrer Gesetze beherrscht, zur bloßen Utopie und so wird jeder über bloß pragmatische Tagespolitik hinausgehende Versuch, die Welt zu verändern, prinzipiell relativiert. Letzte Folge der Leugnung der Naturdialektik auch durch „kritische" Theoretiker ist schließlich die Aufhebung der zwingenden Verbindung von wissenschaftlicher Objektivität und konkreter Parteinahme für die objektiven Interessen der Arbeiterklasse. Die Bemühungen, einen entstellten Marx gegen einen entstellten Lenin auszuspielen, die Natur von der Dialektik und die Dialektik von der Natur zu „reinigen", stellen, so können wir zusammenfassen, eine Ideologie der Angst dar: Der Angst des linksbürgerlichen Intellektuellen vor gesellschaftlichen Prozessen, die sich ohne sein Zutun vollziehen, der Angst vor dem Verlust an Manövrierraum und der Angst vor dem Zwang zur konkreten Parteinahme.

Dieser Artikel, enstanden aus den Erfahrungen in Diskussionen in Seminaren der Frankfurter Universität, will nichts anderes als diese Erfahrungen an die Genossen weitergeben, die gezwungen sind, den ideologischen Kampf in einer seiner merkwürdigsten Formen zu führen: In der Auseinandersetzung mit der westdeutschen Schulphilosophie. Es deutet einiges darauf hin, daß sich die bürgerliche Presse der politischen Brisanz der philosophischen Auseinandersetzung bewußt wird (vgl. FAZ v. 24. 2. 1970, S. 20). Für uns heißt es immer noch: „Die Kritik, die sich mit diesem Inhalt befaßt, ist die Kritik im Handgemenge, und im Handgemenge handelt es sich nicht darum, ob der Gegner ein edler, ebenbürtiger, ein interessanter Gegner ist, es handelt sich darum, ihn zu treffen." (Marx: Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie)

LITERATUR zum Lenin-Jahr 1970

Die Bibliographie umfaßt die Arbeiten W. I. Lenins, die in den Jahren 1905 bis 1966 in deutscher Sprache erschienen sind. Sie soll dazu beitragen, eine Lücke in der bisherigen Leninforschung zu schließen, will vor allem als Hilfsmittel bei der weiteren Erforschung der Verbreitung der Werke W. I. Lenins in deutscher Sprache dienen.

W. I. Lenin
Ausgewählte Werke
In einem Band. Moskau: Progress 1969. 873 S. 1 Porträt. 8°. Kunststoffeinband. DM 12,60.

In diesen Schriften legt Lenin die Lehre von der Partei als der führenden und organisierenden Kraft der Arbeiterbewegung dar, formuliert die Strategie und Taktik der kommunistischen Partei in der bürgerlich-demokratischen Revolution, im Kampf für das Hinüberwachsen der bürgerlich-demokratischen Revolution in die sozialistische Revolution wie auch die Strategie und Taktik des Kampfes für den Sieg der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, für die Errichtung und Festigung der Diktatur des Proletariats.

Lenin — erzählt von vielen
Moskau: Progress 1969. 290 S. Viele Abb. 8°. Ln. DM 3,50.

Im vorliegenden Sammelband erzählen über Lenin und seine nächsten Mitkämpfer Anatoli Lunatscharski, Alexandra Kollontai, Wazlaw Worowski, Wladimir Bontsch-Brujewitsch; die Schriftsteller Maxim Gorki, Emmanuil Kasakewitsch, Alexander Bek, Sawwa Dangulow, Sofia Winogradska; die Arbeiter und Bauern Alexej Schurygin, Grigorij Iwanow, Wladimir Timofejew; der Fahrer von Lenin, Stephan Gil; der bekannte deutsche Maler und Veteran der Arbeiterbewegung Prof. Otto Nagel und andere.

Lenins Werk in deutscher Sprache
Bibliographie. Bln: Dietz 1967. 877 S. 8°. Kunststoffeinband. DM 31,50.

W. I. Lenin
Werke
In 40 Bänden und 2 Registerbänden. Bln: Dietz. 8°. Kunstleder. Gesamtpreis DM 300,—.
Kauferleichterung nach Vereinbarung.

W. I. Lenin Biographie
Bln: Dietz 1969. 857 S. Zahlreiche Abb. 8°. Leinen. DM 12,10.

W. I. Lenin
Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution
Bln: Dietz 1967. 173 S. 8°. Broschiert. DM 1,60.

W. I. Lenin
Der „linke Radikalismus", die Kinderkrankheit im Kommunismus
Bln: Dietz 1968. 137 S. 8°. Broschiert. DM 1,60.

Weitere umfangreiche Angebote finden Sie in unserem Lenin-Katalog. Wir senden ihn auf Anforderung gern zu.

BRUCKEN-VERLAG GMBH 4 Düsseldorf, Ackerstraße 3, Postfach 1928.

Marx versus Lenin?

Gerhard Bessau

Die ökonomische wie gesellschaftliche Festigung der Sowjetunion läßt die Frage nach dem Sozialismus als konkrete Alternative zu den spätkapitalistischen Ordnungen immer akuter werden. Dies festzustellen entspringt keinesfalls bloßem Wunschdenken westlicher, an Marx orientierter Sozialisten, handelt es sich doch vielmehr um den – vorerst vagen – Niederschlag eines objektiven Entwicklungsprozesses. Wer in historischen Bezügen zu denken gelernt hat, wer selbst in einer idealistischen Form zu begreifen vermag, daß die wesentlichen sozialen Inhalte geschichtlicher Epochen gegenüber ihren zwar widersprüchlichen, jedoch vergänglichen praktisch-politischen Entäußerungen allein das Urteil über Aufstieg und Niedergang von Klassen und Gesellschaften bestimmen, kann den immanenten Alternativcharakter des Sowjetsystems nicht mehr abweisen. Isaac Deutschers Auffassung ist dafür Zeugnis genug: „Im fünften Jahrzehnt der Revolution erntet die Sowjetunion die ersten Früchte des Sozialismus ... Damit rückt die marxistische Kritik der bürgerlichen Gesellschaft aus der Sphäre der Theorie in die der Praxis."[1] Die durch den ersten Weltkrieg, die nachrevolutionären militärischen Interventionen und den zweiten Weltkrieg bedingten schwierigen materiellen Verhältnisse in der Sowjetunion lieferten dem Antikommunismus jahrzehntelang seine eigene einleuchtende Begründung: schon allein auf Grund des extrem niedrigen Lebensstandards sei der Sozialismus zum Scheitern verurteilt. Nicht die Zustimmung, vielmehr die Unterdrückung des Volkes halte ihn noch aufrecht. Doch gerade sie riefe, und das lehre die Geschichte, unausbleiblich seinen Untergang hervor. Dem Argument des unerhörten ökonomischen Mangels entsprach dann auch die Totalitarismusdoktrin. Doch angesichts der Entfaltung einer historisch bisher unbekannten sozialistischen Demokratie mußte diese Doktrin Stück um Stück zurückgenommen werden, ebenso wie die antisozialistische Auffassung über den beklagenswerten Lebensstandard zur Legende verkümmerte.

Ist somit der Antikommunismus ideologisch am Ende? Das ist unmöglich, da er als notwendiges „falsches Bewußtsein" einer unwahrhaftigen, d. h. von ihren ursprünglichen Prinzipien abgefallenen Ordnung diese, angesichts einer greifbaren anderen Möglichkeit, zu jedem Zeitpunkt rechtfertigen muß. Diese Rechtfertigung erhält allerdings nur insofern Überzeugungskraft, wie die eigene Unwahrhaftigkeit zum unaufhebbaren Wesensmangel aller sozialen Organisation überhaupt mystifiziert werden kann, um danach um so leichter noch existierende, wirtschaftlich bedingte Mängel des Sozialismus in der sog. Konvergenztheorie aufzuheben: beide Systeme laufen nach ihr auf einen gleichen Zustand hinaus.

Der Antikommunismus hat also eine Verschiebung seiner Akzente erfahren. Sie verlagerten sich von der „Basis" in den „Überbau". Zwangsläufig mußte dies mit einer Verfeinerung seines wissenschaftlichen Instrumentariums einhergehen. Standen noch vor wenigen Jahren wirtschaftliche Faktoren – Planwirtschaft gegen Marktwirtschaft –, umhüllt von Begriffen wie „Freiheit", „Demokratie" oder „Pluralismus", im Zentrum der Auseinandersetzungen, so beginnen heute die Problemkreise der Entfremdung, der „Sachzwänge", der Technokratie eine Rolle zu spielen.

In das Gewand der Konvergenztheorie gekleidet, führt z. B. Iring Fetscher zur Entfremdungsdiskussion folgendes aus: „Weder in Ost noch in West ist die Entfremdung der Menschen überwunden ... In der Sowjetunion ... scheint ... das größte Hindernis in der Herrschaftsstruktur und der Ideologie zu bestehen, die den Werktätigen einredet, durch Staatseigentum und

1 Isaac Deutscher, Der große Wettkampf, Rußland und der Westen, Dordrecht 1960, S. 81.

die Möglichkeit ihrer Identifikation mit dem ... Gesamtkollektiv sei bereits die Entfremdung überwunden."[2]
Fetscher erhebt nicht die grundsätzliche Differenz von Kapitalismus und Sozialismus zum Ausgangspunkt seiner Analyse. Das Ergebnis ist eine formale Gleichsetzung durchlebter Entfremdung, die ein gleiches Ausmaß von psychischer Deformierung unterstellt. Doch unter Zugrundelegung der realen sowjetischen Herrschaftsstruktur und Ideologie: die qualitativ anders geartete sozialistische Gesellschaft erzeugt selbst angesichts der heutigen Staats- und Parteimacht Formen des Zusammenlebens und Arbeitens, die tendenziell eine Aufhebung der Entfremdung in sich bergen. Und diese Aussage ist empirisch belegbar, sobald die Kategorie der Versachlichung menschlicher Beziehungen als Erfordernis kapitalistischer Mehrwertbildung und Profitsteigerung zum Maßstab genommen wird.
Fetschers Verabsolutierung der sowjetischen „Herrschaftsstruktur und Ideologie" und ihre „marxistische" Abwertung zielen letztlich darauf ab, die wachsende sozialistische Opposition gegen die kapitalistische Ordnung von ihrem potentiellen weltweiten, stabilen Orientierungspunkt abzudrängen. Im Hintergrund steht das wissenschaftlich verbrämte Bemühen, Marx von Lenin zu trennen, damit aber die Einheit des wissenschaftlichen Sozialismus zu zerstören.
Der Versuch, Marx gegen Lenin zu wenden, wird vordergründig aus dem Doppelcharakter des Sozialismusbegriffs abgeleitet. Er setzt an mit der Oktoberrevolution. Auf der einen Seite beinhaltet er die Existenz sozialistischer Gesellschaften, gleichwohl welcher Prägung, auf der anderen die sozialistische Theorie als geistige Waffe der Arbeiterklasse, gerichtet gegen die bürgerlich-kapitalistischen Machtverhältnisse. Eine nur mechanische Auffassung von der Einheitlichkeit des antikapitalistischen Kampfes in der Welt begnügt sich damit, positiv die Abhängigkeit der Realisierungschancen der sozialistischen Theorie von der weiteren Entwicklung der sozialistischen Ordnungen zu konstatieren. Dialektische Analyse weist indes auch auf negative Bezüge hin, hervorgerufen etwa durch die konterrevolutionären Ereignisse in der DDR am 17. Juni 1953, in Ungarn 1956, in der CSSR 1968. Entscheidend ist hierbei der ideologische Einfluß der Bourgeoisie auf die Bewußtseinsbildung in den sozialistischen Gesellschaften, was durch diese Stationen in konzentrierter Weise markiert würde. Die antithetische Gegenüberstellung von Marx und Lenin hakt – a posteriori – bei den Ereignissen als solche ein. Sie stellt mithin einen isolierten Reflex der negativen Bezüge dar, der einmal auf das Gefälle von sozialistischer Theorie im Kapitalismus und Praxis im Sozialismus, andererseits auf den Grundwiderspruch der Systeme zurückzuführen ist. Letzterer bildet die eigentliche Plattform aller Bestrebungen, die Arbeiterklasse im Kapitalismus ideologisch zu neutralisieren, indem verschleiert wird, daß jener Reflex in letzter Instanz durch das bürgerliche Denken vermittelt ist. Das dogmatische Beharren auf „philosophischen" Kernsätzen von Marx, die unter der Hand von seinen ökonomischen Einsichten – gerade sie öffnen, nach seinen eigenen Worten, erst den Einblick in die Bewegungsgesetze der bürgerlichen Gesellschaft – abgetrennt werden, suggeriert am Ende die Möglichkeit eines „unverfälschten" Sozialismus, d. h. eines Sozialismus ohne die Leninschen „Modifizierungen". Dieser komplexe Zusammenhang kann allerdings nicht erfaßt werden ohne Kenntnis des sozialistischen Ideologiebegriffs und der Arbeitswerttheorie. Bürgerliche Ideologie als „falsches Bewußtsein" hat objektiv Realitätscharakter und ist daher ihren eigenen Entwicklungslinien unterworfen, worauf u. a. Engels überzeugend hinwies.[3] Diese Feststellung besagt, daß sich die Vertreter eines „geläuterten" Sozialismus à la Marx-Frühschriften ihrer Phantasmagorie gar nicht bewußt sind und daher verkennen müssen, wie der konkrete Klassenkampf auf nationaler und internationaler Ebene den Wirklichkeit gewordenen Sozialismus in seiner Ausgestaltung bestimmt. Darüber hinaus jedoch besitzt selbst der verengte Rückgriff auf den „frühen" Marx Imaginationskraft genug, um trotz aller Erfahrung den Glauben an einen „dritten" Weg aufrechtzuerhalten.
Die bürgerliche Ideologie verdankt ihre Existenz zwar den jeweiligen materiellen, ökonomischen Zuständen, hebt sich aber bald merklich von ihnen ab und gewinnt ein Eigenleben. Wo kann in unserem Falle die Zäsur angesetzt werden, als damit operiert wurde, Marx von Lenin zu trennen?

Die an Lenin vorbeigehende Ideologie hat fatalerweise einen ihrer Ursprünge bei Rosa Luxemburg. Sie wurde zur antikommunistischen, als Fritz Sternberg formal die Akkumulationslehre Luxemburgs als Waffe gegen Lenins Imperialismustheorie verwandte, um so scheinbar Lenins Abfall von Marx zu belegen. Fetscher folgte ihm, ohne sich der Mühe zu unterziehen, Sternbergs „Widerlegungen" empirisch zu überprüfen.

Rosa Luxemburg verkannte den dialektischen Prozeß der Mehrwertbildung, -aneignung und -umsetzung, wie ihn Marx erfaßt hatte. Folglich verformte sich ihr Akkumulationsschema zur Ideologie, weil es nur einen Bewegungsablauf des Kapitals fixierte, nämlich den statistisch zu ermittelnden. Marx verstand unter dem Kapital demgegenüber ein gesellschaftliches Verhältnis. Es bezieht sich sowohl auf die Ideologie als auch auf den Staat als Überbauprodukte des ökonomischen Unterbaus, den er aus methodologischen Gründen intensiver analysieren mußte. Er wußte, daß das Kapital nur dann eine Lebenschance besäße, wenn es aus sich die Elemente seiner beständigen Aufrechterhaltung gebiert, die auf dem Nichtvorhandensein eines ausgebildeten Klassenbewußtseins der Arbeiterschaft und auf ihre Unterdrückung durch die Staatsmaschinerie beruht. Die Unterdrückung muß zunehmen, sobald sich das Klassenverhältnis polarisiert, was wiederum aus dem Konkurrenzmechanismus resultiert. Das Bewußtsein der Unterdrückung tritt aber nicht systemsprengend hervor, da – wie allem Überbau – dem Staat relativ verselbständigte, objektive Realität zukommt, die immer nachdrücklicher ihre besondere Lebensweise hervorkehrt. Das war der Ausgangspunkt Lenins wie Luxemburgs. Während Lenin jedoch den dialektischen Prozeß theoretisch zu Ende führte, abstrahierte Luxemburg vom Staat sowie von der Ideologie und zeichnete sodann die Akkumulation des Kapitals rein modellhaft in einem fortwährenden kontinuierlichen Ablauf nach. Die organisatorische Tragödie der deutschen Arbeiterklasse 1918/19 hatte hierin ihre damals in Deutschland unerkannte Ursache.

Während Rosa Luxemburg der „Macht der Tatsachen" unterlag, ihr Akkumulationsschema einem statistischen Rechenexempel gleichkam, das die ökonomischen Verhältnisse des Kapitalismus lediglich ausschnittsweise widerspiegelte, durchstieß Lenin den Schleier der reinen Faktenwelt und entwickelte theoretisch, gemäß der Dialektik des Kapitals, die praktischen Bedingungen seines Untergangs auf seiner Höchststufe, dem Imperialismus. Er entdeckte die Diskontinuität der imperialistischen Akkumulation, was in seinem Theorem des „schwächsten Kettengliedes" des Gesamtsystems seinen Ausdruck fand. Die Oktoberrevoltuion war mithin zwingende Konsequenz der umwälzenden Marx-Engels'schen Erkenntnisse über den künftigen Verlauf der Geschichte im Stadium der allgemeinen Herrschaft des Kapitals.

Die Frage ist, warum die „marxistische" Kritik an Lenin im Namen von Rosa Luxemburg eingeleitet wird, was Sternberg oder Fetscher veranlaßt, auf sie zurückzugreifen, obwohl sie führend in der proletarisch-kommunistischen Bewegung tätig war. Ihren Absichten hätte es nämlich weit eher entsprochen, die Position Kautskys einzunehmen; denn dessen ökonomischer Revisionismus war prinzipiell identisch mit den Absagen Sternbergs oder Fetschers an die Theorie der Klassengesellschaft unter staatsmonopolistischen Vorzeichen.

So schreibt Fetscher beispielsweise: „Der von Marx verwendete Klassenbegriff ... genügt zur Analyse der gegenwärtigen Situation nicht."[4] Und Sternberg, sein wirtschaftspolitischer Bezugspartner, meint: „Trotz der beträchtlichen Differenzen in den einzelnen kapitalistischen Gesellschaftskörpern gilt für sie alle, daß im Gegensatz zur Analyse von Karl Marx sich die Bauern erhielten, daß sich neue Mittelschichten gebildet haben, daß die Arbeiter nicht die ungeheure Majorität, vielfach nicht einmal die Majorität der Bevölkerung darstellen, daß sich im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise der Lebensstandard der Arbeiter erheblich gebessert hat ..."[5]

Die Nähe zu Kautsky ist offensichtlich. Doch ein solcher, offen akzeptierter An-

2 Iring Fetscher, Karl Marx und der Marxismus, Von der Philosophie des Proletariats zur proletarischen Weltanschauung, München 1967, S. 286 f.

3 Siehe dazu vor allem Engels Brief an Mehring vom 14. Juli 1893, in: Marx, Engels, Über Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung, Band 1, Berlin 1961, S. 619.

4 Iring Fetscher, Von Marx zur Sowjetideologie, Frankfurt a. M., Berlin, Bonn, München 1966, S. 36 (12. Aufl.).

5 Fritz Sternberg, Marx und die Gegenwart, Entwicklungstendenzen in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts, Köln 1955, S. 346.

knüpfungspunkt würde – und das scheinen die Anti-Leninisten zumindest zu ahnen – ohne jeden Widerhall in der Arbeiterbewegung bleiben. Fetscher und Sternberg wollen als „Marxisten" interpretiert werden, wenn sie Lenin zum pragmatischen Taktiker einer gewalttätigen Revolte, keineswegs einer sozialistischen Revolution degradieren. Infolgedessen ist die Berufung auf Rosa Luxemburg von hervorragendem psychologischem Wert, ohne Rücksicht darauf, daß ihre wissenschaftlichen Ansichten und ihre revolutionäre Praxis nicht einmal ernsthaft diskutiert und gewürdigt werden.

Was sind nun Sternbergs und Fetschers hauptsächlichste Einwände gegen die Einheit des wissenschaftlichen Sozialismus, repräsentiert durch die Weiterentwicklung der Marx-Engels'schen Dialektik durch Lenin? Fetscher beurteilt Lenin u. a. wie folgt: „Lenins Imperialismustheorie beansprucht keine Originalität. In ihren ökonomisch-beschreibenden Partien stützt sie sich vor allem auf ... Hobson ... sowie auf ... Hilferding ..."[6] „Im Gegensatz von Marx und Engels begnüge sich Lenin ... nicht damit, die heraufkommende Revolution zu prophezeien, er organisierte sie auch und führte sie ... durch. Und hier – in seiner Eigenschaft als Stratege und Taktiker der Revolution – liegt zweifellos Lenins Hauptstärke."[7] „... Lenins radikalrevolutionäre Politik erfolgt nicht auf Grund einer richtigen Analyse ... des Imperialismus, sondern seine Analyse ... war von vornherein diktiert durch einen revolutionären Willen, der ihn blind machte für alles, was diesem Willen im Wege stand, und ihn nur das sehen ließ, was ihn in seinem Beschluß bestärken konnte."[8] „Lenin halte offenbar eine getrennte Existenz der Vorhut des Proletariats für möglich und habe keinen Sinn dafür, daß die sozialdemokratische Bewegung eine ‚selbständige direkte Aktion der Masse' zu organisieren habe"[9], wobei sich diese Bemerkung auf Levi stützt.

Sternberg argumentiert wie folgt: „Aber abgesehen von der heutigen russischen ... Fälschung des Marxismus ist es notwendig, sich mit dem Mann auseinanderzusetzen, der ... glaubte, daß sein Werk und seine Analyse dem Geist von Marx entsprachen, ... mit Lenin."[10] „In unserem Zusammenhang ist ... wesentlich, daß eine auf der marxistischen Methode basierende Kritik des ... Leninschen Werkes nicht vorliegt, da die Voraussetzung dafür, die marxistische Analyse der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise bis zur Epoche des ersten Weltkrieges, bisher noch nicht geschrieben wurde."[11] „In Lenins ‚Staat und Revolution' ist – im Gegensatz zu Marx – der Grundgedanke, daß eine sozialistische Transformation des Kapitalismus nur auf dem Wege einer proletarischen Revolution und einer Zerbrechung des bürgerlichen Staats möglich sei."[12] Und nach einem Zitat Lenins aus „Staat und Revolution", worin er auf die bürokratisch-militaristischen Institutionen

6 Iring Fetscher, Von Marx zur Sowjetideologie, a. a. O., S. 58.
7 ders., a. a. O., S. 62.
8 ders., a. a. O., S. 79 f.
9 ders, a. a. O., S. 83.
10 Fritz Sternberg, a. a. O., S. 340.
11 ders., a. a. O., S. 340 f.
12 ders., a. a. O., S. 343.

Ab Nr. 19 übernimmt den Gesamtvertrieb von **FACIT**

die Werbe- und Literatur-Vertriebs-GmbH Neumünster
2350 Neumünster, Wendenstraße 4a Postfach 470

hinwies, die eine „Zerbrechung" der englischen wie amerikanischen Staatsmaschine als „‚Vorbedingung' jeder wirklichen Volksrevolution" notwendig machten, bemerkt Sternberg: „Das ist alles, was Lenin zu sagen hat, um im Gegensatz zu Marx zu behaupten, daß eine graduale Transformation des englischen – wie des amerikanischen – Kapitalismus nicht möglich sei ... Aber schon heute ist es klar: Wenn die englische sozialistische Transformation gewaltige Schwierigkeiten ... hat, so kommen sie nicht von den Kräften, auf die Lenin hinwies, vom ... ‚Militarismus' und der ... ‚Bürokratie', sondern ... von ... der Schwächung Englands und der ganz Westeuropas ..."[13]

Zunächst sei festgehalten, daß Fetscher wie Sternberg – und mit ihnen ihre zahlreichen Epigonen – nicht nur die theoretischen Fähigkeiten Lenins verneinen, sondern in den prinzipiell gleichen Punkten – wie oben zitiert – auch Marx als unhaltbar betrachten. Dies ficht sie dennoch nicht an, die Marxsche Methode gegen die Lenins abzuheben. Zu ihrem entlarvenden Räsonnement gegen die Klassentheorie ist zu sagen, daß es im höchsten Grade unwissenschaftlich ist, auf das amtliche statistische Material zu verzichten, welches für die führenden kapitalistischen Länder seit Kriegsende eine Eigentumskonzentration größten Stils verzeichnet. Sie hat in den letzten Jahren ein immer schnelleres Tempo angenommen; es ist aber nicht bekannt geworden, daß Sternberg seine 1955 gemachten Äußerungen inzwischen revidiert hat. Dabei braucht er sich nur auf Girsch, Mitglied des westdeutschen Sachverständigenrates, zu berufen, der Ende 1968 von einer „besorgniserregenden Konzentrationswelle" sprach. Fusionen der Automobilkonzerne, der Stahl-, Elektro-, Bergbau-, Handels-, Publikationsunternehmen rissen inzwischen nicht mehr ab. In den USA gab vor kurzem die „Federal Trade Commission" nachstehende Aufstellung heraus: danach umfaßten 1949–53 1163 Fusionen Aktiva im Umfang von 1447 Millionen Dollar, 1964–68 7008 Fusionen 31 622 Mill. Dollar, 1968 2655 Fusionen 12 800 Mill. Dollar. Das bedeutet, 100 der größten Gesellschaften hatten 1967 rund 50 Prozent allen industriellen US-Vermögens in ihrer Verfügungsgewalt, 1948 waren es immerhin noch 200. Zudem besitzen, nach einer anderen offiziellen Quelle, nur 20 der größten US-Banken ca. 52 Prozent allen industriellen Vermögens, so daß die Kombination beider Angaben Ökonomen und Soziologen wie Mills, Galbraith, Sweezy oder Perlo bestätigen, nämlich, „daß der gesamte Prozeß der Fusionen ... die Zentralisation der ökonomischen Macht in den Händen historisch entstandene(r) Finanzgruppen wesentlich verstärkt" hat.[14] Soziale Spiegelbilder sind fallende Reallöhne, weiter um sich greifende Proletarisierung und Verarmung immer größerer Bevölkerungsteile.

Wer diese Faktoren als unbedeutsam unterschlägt, zeigt nur allzu deutlich, wie blind er gegenüber den wesentlichen Kategorien des wissenschaftlichen Sozialismus auf bürgerlichen apologetischen Standpunkten verharrt. Absurd wird es dann, wenn solche Apologeten trotz ihres theoretischen Mankos auf kompliziertere Probleme einzugehen versuchen wie auf das Verhältnis Lenin-Marx. Weder Fetscher noch Sternberg können oder wollen nicht begreifen, daß es hierbei um den Übergang vom liberalen Konkurrenzzum imperialistischen Monopolkapitalismus geht, begleitet im Überbaubereich vom Funktionswandel des Staates im Zuge dieser ökonomischen Phasenverschiebung. Und erst die geschichtlich begriffene Verschränkung von Mehrwerttheorie und der des tendenziellen Falls der durchschnittlichen Profitrate erlaubt es Lenin, das Monopol als ökonomische Grundfigur sowie die staatsmonopolistische Lenkung der Gesellschaft empirisch zu belegen. Der auch unter diesen Voraussetzungen fortwirkende dialektische Prozeß wurde von Lenin praktisch umgesetzt in die Theorie von der „Partei neuen Typs".

Dahinter stand zunächst die ökonomische Überlegung, daß im staatsmonopolistischen Kapitalismus zwar auch die Preise um die Warenwerte schwanken, aber – vermittels der Finanzpolitik der sog. öffentlichen Hand – in einem beständig größer werdenden Radius von ihnen. Je größer der Abstand der Preise vom Gravitationszentrum „Warenwert", desto dichter füllt die Nebelbildung der bürgerlichen Ideologie diesen Raum aus. Wahlweise stehen zur Auswahl: Managertheorie, Keynesianismus, Planification u. ä. m. Wenn

13 Fritz Sternberg, a. a. O., S. 344 f.
14 Victor Perlo, Die Offensive der Monopole, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, 13. Jg., Nr. 1, Prag, Berlin 1970, S. 71.

schon nicht Nenn-Marxisten wie Sternberg oder Fetscher diesen Nebel zu durchdringen vermögen, wie sollte diese gedankliche Leistung „selbsttätig" die Arbeiterklasse vollbringen, um so überhaupt zu einem „spontanen" Klassenbewußtsein zu gelangen? Allein die organisierte Theorie der proletarischen Partei ist in der Lage, diese Beziehungen aufzudecken und in die Arbeiterklasse schrittweise hineinzutragen, damit diese in ihren täglichen Klassenkämpfen deren Wahrheitsgehalt erfahren kann. Sternbergs Polemik gegen die Lenin'sche Analyse des bürgerlichen Staats nach der Jahrhundertwende, gegen dessen Definition, wonach er durch „Militarismus" „Bürokratismus" charakterisiert sei, trägt dagegen dazu bei, die sozialistische Theorie zu desorganisieren.

Dabei werden Lenin überdies „methodische Irrtümer in seiner Marx-Analyse"[15] vorgeworfen, obwohl Sternberg zuvor die fehlende Analyse des Staats bei Marx bemerkt haben will. Von seinem Standpunkt aus ist Sternberg durchaus konsequent, da er dem Staat eine „neue Position"[16] einräumt, die insofern nicht „neu" ist, da schon der vorlenin'sche Antimarxismus den bürgerlichen Staat ideologisch absolut „verselbständigt" hat.

Und was die semantisch anmutende Differenzierung des Revolutionsbegriffs in eine Lenin entsprechende Gewaltlösung und eine nach Marx mögliche „graduale" Transformation der Gesellschaft – besonders des englisch-amerikanischen Typus – betrifft: Form und Ablauf einer proletarischen „Revolution" wurden selbst von Lenin nicht ein für allemal kanonisiert, nur die sich daraus ergebende Hauptaufgabe versuchte er so streng wie möglich marxistisch zu lösen.

So konzentrieren sich am Ende alle Unternehmungen, Marx gegen Lenin zu stellen und die sozialistischen Gesellschaftsordnungen als nicht aus dem Geist von Marx geborene Gebilde abzuqualifizieren, auf die Versöhnung mit den gegebenen kapitalistischen Verhältnissen hier und heute. Den Staat von der ökonomischen Basis zu trennen, dieser die eindeutige Bestimmung zu entziehen und die Klassentrennung ideologisch zu negieren, ist immer das wirkungsvollste Mittel gewesen, proletarisches Klassenbewußtsein zu ersticken. Fetscher und Sternberg figurieren dabei nur als zeitgenössische Interpreten der schon über ein Jahrhundert lang wirkenden, in ihren Kernsätzen unveränderten antisozialistischen Lehrgebäude. Wie stark deren reale manipulative Kräfte waren und noch sind, zeigt die Ohnmacht der Masse der deutschen Arbeiterschaft einst und der westdeutschen jetzt, wenn es darum geht, sich selbst einen neuen Staat, ein neues ökonomisches wie kulturelles Gefüge aufzubauen. Es bleibt indes eine historisch gesicherte Erkenntnis: Marx und Lenin wiesen dazu auch ihr die Wege.

15 Fritz Sternberg, a. a. O., S. 345.
16 ders., a. a. O., S. 58.

HUBERT FREISTÜHLER

Versandbuchhandlung — Wissenschaftliches Antiquariat
5840 SCHWERTE 1, POSTFACH 1226
Joseph-von-Eichendorff-Straße 1 — Fernruf (0 23 04) 8 04 60

Meine laufend erscheinenden Bücherverzeichnisse „Bücher aus Ost und West" mit vielen billigen Sonderangeboten besonders aus den Wissensgebieten Marxismus, Politik, Geschichte, Zeitgeschehen, Philosophie u. a. verschicke ich an Interessenten auf Anforderung kostenlos und unverbindlich.

Zur Einschätzung linksradikaler Gruppierungen in der Studentenbewegung

Johanna Hund

Die Phase der „antiautoritären" Studentenrevolte ist – nach eigenem Selbstverständnis – zu Ende. Die derzeitige Situation der linken Studentenbewegung läßt sich kurz folgendermaßen beschreiben:
Als politisch entscheidender Studentenverband hat sich – aus der marxistischen Fraktion des SDS – Spartakus, Assoziation Marxistischer Studenten, herausgebildet; wieder zu festigen beginnt sich der SHB, wobei wohl zwei Richtungen zu unterscheiden wären: eine von der neuen Regierung gern gesehene Tendenz zur „Kanalisierung" der Studentenrevolte und eine linke Strömung, die Hochschulpolitik im Interesse der Studenten machen will;
und schließlich die „rote" Entwicklung in Form von Roten Zellen oder sogenannten marxistisch-leninistischen Gruppen.

Es soll hier eine Charakterisierung und Einschätzung der Roten Zellen und m.l. Gruppen in bezug auf ihre politische Praxis an den Universitäten und Hochschulen versucht werden. Dabei ergibt sich die Schwierigkeit, daß es weder eine überregionale Koordination noch ein derartiges Publikationsorgan gibt, wonach Mitgliederzahlen und die allgemeine ideologische Tendenz sich ermitteln ließen. Trotz vehement vertretener Forderung nach straffer Organisation und schärfsten Abgrenzungsbemühungen der einzelnen Gruppen untereinander, herrscht nach wie vor der Charakter einer Bewegung vor.
Es erscheint mir brauchbar, sich in der Hauptsache auf die Westberliner Rote Presse Korrespondenz (Nr. 43/44/45 und 46/47) und damit auf die Entwicklung in West-Berlin zu konzentrieren, weil erstens sich diese Bewegung dort auf Grund spezifischer objektiver Faktoren gewissermaßen ‚idealtypisch' herausgebildet hat und zweitens, nach Publikationen in München, Marburg, Heidelberg etc. zu urteilen, diese „rote" Entwicklung an westdeutschen Hochschulen mehr oder weniger eine Kopie der Westberliner ist.
(Berücksichtigt werden muß, daß der Grad der allgemeinen Mobilisierung der Westberliner Studenten höher ist als in der Bundesrepublik, was sich möglicherweise niederschlägt in der nicht vergleichbaren großen Anzahl von Gruppen und Grüppchen; nicht von ungefähr hat die SEW-Hochschulgruppe 100 Mitglieder.)

Zum gesellschaftlichen Hintergrund

Der sich zunehmend verschärfende weltweite Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus; die allgemeine ökonomische und ideologische Krise des staatsmonopolistischen Systems; der offene Übergang der rechten SPD auf Positionen des Imperialismus (mit Schmidt an der Spitze und Leussink als Exponent der Wissenschaftspolitik); die Stillhaltepolitik der Gewerkschaften, ihr Einfluß auf den Bewußtseinsstand der Arbeiterklasse auf der einen Seite und die Erfolge im Kampf gegen Neonazismus, die Verdrängung von CDU/CSU aus der Regierung, die Ansätze zu offensivem Klassenkampf der Arbeiter vor allem während der Septemberstreiks und die Konstituierung der Deutschen Kommunistischen Partei auf der anderen Seite (d.h. erst der Anfang des Kampfes der demokratischen Kräfte gegen die Reaktion) sind der a l l g e m e i n e Hintergrund, auf dem sich diese jüngste Bewußtseinsentwicklung eines Teils der linken Studenten mit ihrer sektiererischen und linksradikalen Ausprägung abzeichnet.
Zur b e s o n d e r e n Situation der Studenten gehört der allerorts erfolgte Vorstoß zur „Befriedung" der Hochschulen durch technokratische Hochschulreformmaßnahmen und durch Bedrohung der Organe der Studentenschaften. Nicht von ungefähr wurde gerade in West-Berlin bereits zum Sommersemester 1969 das Hochschulgesetz wirksam, dessen Speerspitze die Liquidierung der verfaßten Organe der Studentenschaften, allen voran des AStA, ausmachte. Gegenüber dieser Offensive ist die antiautoritäre Studentenrevolte kläglich gescheitert. Und der Erfolg der herrschenden Klasse mit ihren Hoch-

schulplänen gerade in West-Berlin erzeugte die fundamentale Ohnmachterfahrung der sich als Avantgarde der Studentenbewegung wähnenden Westberliner „linken" Studenten. Man befand sich schon vorher in Vorbereitungen auf die „Illegalität", um die Pläne des organisierten Staatsmonopolismus für die Universitäten unterlaufen zu können. Angesichts dieser Ohnmachterfahrung, die Resultat der Überschätzung der eigenen Kräfte und Unterschätzung des Gegners ist, reagierten die „linken" Studenten wie schon wiederholt in der Geschichte der Studentenbewegung mit etwas ganz „Neuem". Statt die Fachschaften und die verfaßten Organe der Studentenschaften zu reorganisieren, was als reformistisch gilt, sollen die tatsächlich diffusen und unverbindlichen antiautoritären Basis- und Projektgruppen korrigiert werden durch „Rote Zellen" oder sogenannte marxistisch-leninistische Gruppen. Es wird viel von straffer Organisation und Verbindlichkeit geredet und geschrieben. Die Roten Zellen z. B. verstehen sich als Kaderorganisation mit zahlenden auf die jeweilige politische Linie festgelegten Mitgliedern.

Tatsächlich neu für diese „linken" Studenten – und dies ist bei allen notwendigen Einschränkungen positiv hervorzuheben – ist zweierlei: die Entdeckung des Proletariats als revolutionäres Subjekt und die „massenweise" Entdeckung der marxistischen Klassiker. Gewissermaßen als Fanal für beides wirkten die Septemberstreiks der Arbeiter. In diesem Zusammenhang kam auch die allgemeine Umbenennung in „marxistisch-leninistisch" anstelle von früher „sozialistisch" auf.

Gemeinsame Züge

Es lassen sich einige für alle Gruppen gemeinsame Charakteristika aufzeigen:

1. Ihre Haltung zum Hochschulkampf

Studentenpolitik – als solche, es werden keine konkreten historischen Erscheinungsformen kritisiert – wird als reformistisch bzw. revisionistisch abgetan. Die studentischen Massen werden als reaktionär angesehen. Der Kampf um die Demokratisierung der Universitäten und Hochschulen ist uninteressant. Die eigene Vergangenheit, nämlich die antiautoritäre Studentenrevolte, wird zwar z. T. richtig kritisiert als ein Kampf um kleinbürgerliche Privilegien (wie z. B. die „Freiraumideologie" oder der Kampf um „befreite Institute"), aber verwechselt mit dem demokratischen Kampf der Studenten in einem – nicht unwichtigen – Bereich des staatsmonopolistischen Systems, bei dem es darum geht, vor allem für die Interessen der Arbeiterklasse zu kämpfen. Auch die weitverbreitete Parole – von der Roten Zelle Germanistik West-Berlin erstmalig proklamiert – von der „revolutionären Berufsperspektive" war, trotz einiger richtiger Ansätze, tendenziell eine Flucht vor den gegenwärtigen Schwierigkeiten an der Universität in eine spätere Zukunft. (Diese Konzeption wurde in der Roten Korrespondenz Nr. 7 des Spartakus von mir bereits kritisiert.)

„Ein überaus schwerer Fehler, den wir später unbedingt werden büßen müssen, ist der Versuch, sich vor einer der „unangenehmen" Aufgaben oder Schwierigkeiten auf einem Arbeitsgebiet zu drücken, von ihr nichts wissen zu wollen. Man muß es lernen und erlernen, alle Arbeitsgebiete ohne Ausnahme zu beherrschen, alle Schwierigkeiten und alle bürgerlichen Methoden, Traditionen und Gewohnheiten überall und allerorts zu überwinden. Eine andere Problemstellung wäre einfach nicht ernst zu nehmen, wäre einfach eine Kinderei." (Lenin, Der „Linke Radikalismus" . . ., in: Ausgewählte Werke, Bd. II, Moskau 1947, S. 757.)

Trotz der Ablehnung des gesamtuniversitären Kampfes betrachten die Roten Zellen die Universität als ihr Arbeitsgebiet. Soweit sie zu praktischer Arbeit gelangen, drängt diese sie aus ihrer sektiererischen Position und führt zu einigen positiven Ansätzen in ihren Kampagnen wie z. B.: Entlarvung der Funktion und des Inhalts der bürgerlichen Wissenschaft, Forderungen nach marxistischen und demokratischen (wenn auch von ihnen nicht so bezeichneten) Wissenschaftsinhalten, Fragen der Ausbildung etc.

Insgesamt aber wird die Universität einmal (von den Roten Zellen) als Lieferant von wissenschaftlichen Analysen – erstellt von Studenten – für die Arbeiterklasse angesehen und zum anderen (von den m.-l. Gruppen) als Rekrutierungsfeld für Kader.

2. Ihre Haltung zur Arbeiterklasse

Eine qualitativ neue Stufe erreichte die Studentenbewegung in der Hinwendung zur Arbeiterklasse im Antinotstandskampf. Wenn damals die Arbeiterklasse mehr so eine Art „Feuerwehrfunktion" übernehmen

sollte, so ist seitdem die revolutionäre Rolle der Arbeiterklasse wesentlich fundierter und wissenschaftlicher – nicht zuletzt vertieft durch die Septemberstreiks – aufgefaßt worden. Diese Erkenntnis wird nun einmal buchstäblich genommen, gipfelnd in dem romantisch anmutenden Wunsch Proletarier zu sein, und zweitens mit kleinbürgerlicher Ungeduld vermengt: man sieht seine historische Mission darin, „Lehrmeister" des Proletariats zu sein. Fast alle diese Gruppen haben daher in ihrem Programm Produktionspraxis als Pflicht für ihre Mitglieder.

3. Ihre Haltung zu anderen Gruppen oder Parteien wie DKP bzw. SEW

Die „Harzer" Gruppe (diese konzentrieren sich ausschließlich auf Betriebsarbeit) hat hierzu folgenden Passus in ihrem Papier: „Die Faschismuserfahrungen einerseits . . . und die Stalinismuserfahrungen andererseits, d. h. die Erfahrung der Parteidiktatur über das Proletariat hat in der deutschen Arbeiterklasse die Hoffnung auf eine revolutionäre Veränderung der Gesellschaft nahezu vollständig ausgelöscht . . ." So richtig die Folgen des Faschismus gesehen werden, so wenig bekannt scheinen diesen „Genossen" 14 Jahre Verbot der KPD und 25 Jahre Konterrevolution in Westdeutschland zu sein.

Bei aller Zersplitterung und Differenzierung untereinander schweißt sie eines zusammen: sie nennen sich „antirevisionistisch". Die Rote Zelle Germanistik West-Berlin diskutierte die Mitgliedschaft in der aufzubauenden Massenorganisation (!) „– irgendwie Erfassung der ganzen Linken mit Ausnahme der SEW-Revisionisten". (Eine einzige Ausnahme bildet die Rote Zelle Psychologie an der TU, die ausdrücklich in ihrem Programm die Zusammenarbeit mit der SEW hervorhebt.)

Die Gruppe Ruhrkampagne bereitet ihre Kader auf die Übersiedlung ins Ruhrgebiet vor, denn „unsere Kontakte im Ruhrgebiet beschränkten sich bisher auf den SDS-Bochum, verschiedene RC's, Schülergruppen und Einzelindividuen. Informationen und Kontakte zu intakten, außerhalb der DKP stehenden Arbeitergruppen erhielten wir nicht . . . Die politische Arbeit dieser Individuen läuft notwendig diskontinuierlich, prinzipienlos, subjektivistisch. Auf Grund fehlender ideologischer und organisatorischer sowie theoretischer Basis werden sie tendenziell zu DKP-Sympathiesanten oder hoffnungslosen Sektierern."

Dieser sogenannte Antirevisionismus, der in einer Linie mit traditionellen antikommunistischen Haltungen gegenüber der Sowjetunion und der DDR (erinnert sei an die Ulbrichtkopfverbrennung auf dem Ku-Damm im Dezember 1966) steht, scheint sich inzwischen auch auszudehnen auf verschiedene nationale Befreiungsbewegungen wie Al Fatah oder die Black Panther Party in USA. Wer bleibt dann eigentlich noch übrig?

Einzelne Gruppen

Auch für die nähere Skizzierung der „roten" Bewegung kann die Westberliner Situation als beispielhaft hergenommen werden. Auf einer Arbeitstagung der Roten Presse Korrespondenz im Dezember letzten Jahres waren 35 Gruppen mit etwa 120 Delegierten vertreten. Die Tatsache, daß weder das Arbeitsziel eines Teils der Anwesenden, nämlich das künftige Organisationsprinzip, die zu gründende Partei, noch dasjenige eines anderen Teils, nämlich Kriterien für die RPK als „bewußtes Instrument des Klassenkampfes in West-Berlin und Westdeutschland" zu erarbeiten, erreicht wurde, mag ein Indiz für die Zersplitterung sein.

Es traten einige Gruppen mit Arbeitspapieren dort auf (Rabehl, Führer der Ruhrkampagne, bezeichnete 3 bis 4 von ihnen als „bolschewistische" [!] Fraktionen). Den Papieren wiederum ist gemeinsam: trotz Ansätzen zu theoretischen marxistischen Aussagen besteht eine totale Unfähigkeit, allgemeine abstrakte Erkenntnisse auf die konkrete historische Situation hier und heute in der BRD und West-Berlin anzuwenden oder auch nur im entferntesten den derzeitigen Bewußtseinsstand der Massen in Griff zu bekommen. Auf zwei dieser Gruppen – wohl auch zahlenmäßig die stärksten – soll näher eingegangen werden: die sogenannten Marxisten-Leninisten und die Roten Zellen.

1. Die „Marxisten-Leninisten":

Sie stehen organisatorisch nicht im Zusammenhang mit der sogenannten KPD/ML; ideologisch bezeichnen sie sich als Vertreter des „Marxismus-Leninismus und der Mao-Tse-tung-Ideen" (RKP Nr. 43/44/45, S. 18). Auf der Arbeitstagung traten sie mit Vorstellungen zur Gründung einer „marxistisch-leninistischen Übergangsorganisation" auf; diese Organisation soll das Ergebnis ihrer derzeitigen Kaderschulung sein.

In der Begründung ihrer Organisationsvorstellungen findet man z. B. Zitate wie: ... müssen alle Kader es verstehen, „sich mit den breitesten Massen der Werktätigen, in erster Linie mit den proletarischen, aber auch mit den nicht-proletarischen zu verbinden, sich ihnen anzunähern, ja, wenn man will, sich bis zu einem gewissen Grade mit ihnen zu verschmelzen" (Lenin, der „Linke Radikalismus" ...; RPK a. a. O., S. 19) oder ... „das Interesse der Gesamtbewegung vertreten" (Kommunistisches Manifest; RPK a. a. O., S. 18) und sie sagen auch selber, daß „die Praxis der Schiedsrichter der theoretischen Konzeption ist" (RKP a. a. O., S. 18). Ja, prüfen wir doch einmal an Hand dieses marxistischen Kriteriums der Praxis: Aus der antiimperialistischen, demokratischen 1. Mai-Bewegung in West-Berlin, der sich bereits 1968 mehr als 40 000 Menschen anschlossen, scherten diese „Marxisten-Leninisten" aus und bildeten eigene sogenannte Arbeiterkonferenzen. An der Hochschulbewegung nehmen sie nicht teil (obwohl fast ausschließlich Studenten), denn „im Augenblick würde es unsere Kräfte übersteigen, wenn wir aktiv die Hochschulpolitik mitbestimmen würden. Später wird es aber auch eine Aufgabe sein, Hochschulkader zu stellen und an der Uni die proletarische Linie zu vertreten und durchzusetzen" (RPK a. a. O., S. 18).
In einigen Großstädten organisieren diese „Marxisten-Leninisten" eigene sogenannte antirevisionistische Vietnamaktionen. Hat das erwähnte Zitat von Lenin über das Verhältnis von Kommunisten zu den werktätigen Massen nur die Funktion eines Aushängeschildes?
In ihrer Programmatik wird weder etwas zur DKP bzw. SEW noch zur sozialistischen Alternative auf deutschem Boden, nämlich der DDR gesagt, nachgebetet wird allerdings die antisowjetische bürgerliche Hetze.
Diese ganz wenigen Beispiele ihrer Praxis – sie selber schreiben nichts Konkretes – und auch ihre theoretischen Statements lassen erkennen, daß „antirevisionistisch" gleichsetzbar ist mit elitärem Subjektivismus: denn nur was unter ihrer „Führung" geschieht, ist richtig. Unserem Gegner kann es nur recht sein, wenn die weitverbreitete Hinwendung vieler Studenten zu den marxistischen Klassikern gekoppelt wird mit einer Ablenkung von der hier und heute dringend erforderlichen Aktionseinheit von Demokraten, Sozialisten und Kommunisten.

2. Die Roten Zellen:

Sie sind an einigen großen Universitäten wie Pilze aus der Erde gesprossen, und zwar in einzelnen Fachbereichen (also z. B. Rote Zelle Germanistik, Rote Zelle Jura, Rote Zelle Ökonomie etc.). Obwohl sie viel von Disziplin und kadermäßigem Mitgliederstatus in ihren Zellen reden, haben sie die antiautoritäre Erbschaft, nämlich das Ablehnen oder Nichterkennen der Notwendigkeit von organisierter studentischer Politik, sowohl auf Fachbereichsebene als auch auf gesamtuniversitärer Ebene, nicht überwunden. In bezug auf zentrale studentische Organe wie ASten, geschweige denn überregionale Organisationen wie VDS, reicht das Spektrum von totalem Desinteresse bis zu militanter Ablehnung.

Der AStA bildet dann (wie z. B. in München) auch so eine Art Rote Zelle, keinem außer sich selbst verantwortlich. Diese typisch kleinbürgerliche Organisationsfeindlichkeit auf der einen Seite und ein „Purismus" und Organisationsfetischismus hinsichtlich der eigenen Gruppe auf der anderen Seite wirken stark destruktiv auf Fachschaften und andere studentische Organe. Die eigene politische Unsicherheit – der nach außen zur Schau getragene Dogmatismus soll darüber hinwegtäuschen – führt zu einer Abstinenz, z. T. sogar Bekämpfung von allgemeinen Hochschulkämpfen. (Das Spektrum der Bekämpfung des Hochschulkampfes reicht von der Diffamierung studentischer Mitbestimmung bis zu Wahlboykottaufrufen bei Studentenschaftswahlen, wo die eigenen Interessenvertretungsorgane verwechselt werden mit bürgerlichen Parlamenten.) Mit der allgemeinen undifferenzierten Abqualifizierung dieses Kampfes als reformistisch oder kleinbürgerlich und durch den starken Druck, der hierbei ausgeübt wird – keiner möchte natürlich als Reformist dastehen –, werden unsichere Studenten desorientiert. Nicht verwunderlich ist, daß die Roten Zellen in West-Berlin z. B. bei der kleinsten taktischen Variante des Gegners, nämlich der Wahl Kreibichs zum Universitätspräsidenten, nicht wußten, was sie tun sollten und sofort heftige Streitereien in den eigenen Reihen ausbrachen. Ihre politische Zukunft wird letzten Endes davon abhängen, inwieweit es ihnen gelingt, ihre programmatischen Vorstellungen in die Praxis umzusetzen, wodurch sie einerseits gezwungen werden, sich eine Massenbasis zu verschaffen, aber andererseits zu diesem Zweck ihren Dogmatismus

und ihr Sektierertum werden aufgeben müssen. Dies wiederum wird die Existenz der Roten Zellen in ihrer jetzigen Form aufheben.
Da die Roten Zellen die Universität als ihr Arbeitsgebiet ansehen, sind in ihren Vorstellungen – trotz aller Einseitigkeit – einige positive Ansätze. Z. B. unter anderem bei der Roten Zelle Medizin: Untersuchung des Krankenkassenwesens, Ständepolitik der Ärztekammer, Sozialistische Medizin usw., oder bei der Roten Zelle Ökonomie: Entlarvung des „Schwachsinns und ihrer systemstabilisierenden Funktion" der wirtschaftswissenschaftlichen Veranstaltungen usw.

Schlußfolgerung

Die aktuelle und ungeheuer schwierige Aufgabe, vor der wir an den Hochschulen stehen – sie ist in der Gesamtgesellschaft selbstverständlich nicht minder schwierig – lautet: den Kampf um Demokratisierung gegen Formierung zu führen. Es muß daran erinnert werden, daß auch an den Hochschulen die Reaktion noch nicht eine einzige Position hat aufgeben müssen, daß reaktionäre, nationalistische, antikommunistische, faschistische Ideologie nach wie vor sich breit macht. Die demokratisch-antifaschistische Etappe steht noch immer vor uns. Und eben weil Marxisten und Kommunisten das Interesse der Gesamtbewegung – das gilt auch für die Hochschule – vertreten, muß es uns gelingen, im breiten Bündnis mit demokratischen und sozialistischen Studenten, Assistenten und Professoren den Kampf gegen die Reaktion zu organisieren. Und diesen Kampf organisieren heißt auch, die destruktiven, sektiererischen, mit bloßer revolutionärer Phrase um sich werfenden kleinbürgerlichen „Revolutionäre" bekämpfen, insofern sie sich dem gemeinsamen Kampf entgegenstellen. Diesen Kampf organisieren heißt auch, sich die eigenen für diesen Kampf notwendigen Instrumente, zu denen auch die Organe der verfaßten Studentenschaften (einschließlich ASten und VDS) gehören, weder vom Gegner noch von linkssektiererischen Studenten zerschlagen lassen.

Deutsche Volkszeitung

— eine frische Brise gegen den Muff von tausend Jahren!

Anforderungskarte liegt dieser Ausgabe bei

Probeexemplare unverbindlich und kostenlos durch MONITOR-VERLAG GmbH, 4 Düsseldorf, Oststraße 154, Postfach 5707 — Postkarte genügt —

Neuerscheinungen 1. Halbjahr '70

Hans-Dieter Bamberg

Militärseelsorge in der Bundeswehr Schule der Anpassung und des Unfriedens

Die Analyse der heutigen Militärseelsorge wird eingeleitet mit einer detaillierten Übersicht über die religiöse Wiederaufrüstungspropaganda, die wohl entscheidend für das Zustandekommen der Bundeswehr überhaupt war. Der Autor weist dann nach, daß die wichtigsten organisatorischen Schritte zur Begründung der westdeutschen Militärseelsorge ohne gesetzliche Grundlage geschahen und daß die späteren Gesetze und Erlasse dazu verfassungswidrig sind — vor allem, weil sie dem Verfassungsgrundsatz der Trennung von Staat und Kirche widersprechen, von dem her staatsbeamtete Kulturdiener und staatliche Kultausgaben von ca. 45 Mill. DM pro Jahr nur als absurd zu bezeichnen sind.
ca. 200 Seiten, englisch broschiert, DM 9,60

Wilhelm Raimund Beyer

Vier Kritiken: Heidegger, Sartre, Adorno, Lukács

Der Verfasser, in der Bundesrepublik als der Erwecker der gesamten modernen Hegel-Beschäftigung nach dem Zweiten Weltkrieg bekannt geworden, bewertet seine hier vorgelegten Kritiken als ein Ganzes. Er sieht darin nicht nur eine Kampfansage an die Starphilosophie des gegenwärtigen Idealismus. Er versteht diese Kritik zugleich als Bewährungsprobe des Marxismus-Leninismus gegenüber den überheblich zugespitzten Denkausformungen zeitgenössischen Philosophierens im Umkreis idealistisch veranlagter oder diese Anfälligkeit geschickt verdeckender Aussagen.
ca. 200 Seiten, englisch broschiert, DM 9,60

Eberhard Czichon

Der Bankier und die Macht Hermann Josef Abs in der deutschen Politik

Die neue Arbeit des jungen Historikers Eberhard Czichon entstand auf der Grundlage der Auswertung von 20 000 Seiten Akten der Deutschen Bank, die in den feuersicheren Panzerschränken im Keller der Berliner Mauerstraße Luftangriffe und Stadtkämpfe überstanden haben. Hierbei handelt es sich vornehmlich um die persönliche Handakte von Hermann Josef Abs, die Akten seines Auslandssekretariats aus den Jahren 1938—1945 sowie um die Akten des Generalsekretariats und der Kanzlei der Deutschen Bank.
330 Seiten, glanzkartoniert, DM 14,—

Rainer Rilling

Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD

Erstmals untersucht dieser Band systematisch ein Gebiet der Wissenschaftspolitik der BRD, das durch die Aktivitäten der Außerparlamentarischen Opposition neuerdings in den Mittelpunkt des Interesses gerückt ist: die „Verteidigungsforschung".
ca. 200 Seiten, englisch broschiert, DM 9,60

Günther Rose

Annäherung der Systeme. Legende und Wirklichkeit

Wie kommt es, daß heute in den Sozialwissenschaften und in der politischen Publizistik von einer wachsenden Annäherung des Kapitalismus und Sozialismus die Rede ist, nachdem doch jahrzehntelang ihre absolute Unvereinbarkeit verkündet wurde? Ist die Konvergenztheorie eine zutreffende Gesellschaftsanalyse und -prognose? Welche Rolle spielt sie in der Ideologie und Politik des Westens? Diese und andere heftig umstrittene Fragen untersucht der Autor anhand eines umfassenden Materials.
ca. 200 Seiten, englisch broschiert, DM 9,60

Hans Karl Rupp

Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer

Was die große Anzahl der Veröffentlichungen zum Thema „Außerparlamentarische Opposition in der BRD" bisher vermissen läßt, ist die historische Perspektive, die geschichtliche Dimension. Mit dieser Detailstudie wird zur Aufarbeitung dieser Perspektive ein erster Beitrag des Kampfes der Außerparlamentarischen Opposition in der Ära Adenauer gegen die Atombewaffnung der Bundesrepublik vorgelegt.
ca. 300 Seiten, glanzkartoniert, DM 22,80

Günter Wallraff

Berichte aus der Bundeswehr

Das Buch enthält die Berichte von Soldaten aus der Bundeswehr, die auf den Aufruf des Schriftstellers Günter Wallraff vom 28. Februar 1969 hin eingingen. Aus über 500 Einsendungen — von Kurzinformationen bis hin zu dicken Tagebuchkladden — wählte Günter Wallraff nach Häufigkeit der Vorkommnisse die symptomatischsten Fakten aus, konfrontierte sie mit Selbstdarstellungen, Tagesbefehlen und sonstigen Dokumenten der Befehlsgeber. Es entsteht das erschreckende Bild eines demokratiearmen bis -feindlichen Sperrbezirks in unserem Staat, wo das Grundgesetz weitgehend außer Kraft gesetzt ist, wo der Tarnanzug des „Staatsbürgers in Uniform" sich als Farce herausstellt und offen belächelt wird.
ca. 260 Seiten, glanzkartoniert, DM 9,80

PAHL-RUGENSTEIN-VERLAG
5 Köln - Barbarossaplatz 2

Staat und Absterben des Staates in der DDR

Die sozialistische Staatsmacht ist Hauptangriffspunkt revisionistischer Kritik. Denn in ihr ist sozialistische Idee zur materiellen Gewalt geworden. Die Unverbindlichkeit der humanistischen oder wie immer kaschierten Phrase von der Wünschbarkeit des Sozialismus, von sogenannten konkreten oder anderen ebenso fernliegenden Utopien, von Traumwelten der Aufrechtgeher mit menschlichem Antlitz, zerbricht an der regierenden Arbeiterklasse ebenso wie die Vorstellungen der zuvor gestürzten alten Herrschaftsclique. Von Kautsky bis Rabehl, von Bakunin bis Wehner, von Arthur Koestler bis Ernst Fischer und Schumacher gibt es so eine unendlich lange Kette mottiger „demokratischer Sozialisten", die bei allen buntscheckigen, das Grau des Staatsmacht gewordenen Sozialismus betrauernden Ideen eines gemeinsam haben: seit Existenz der sozialistischen Staaten (im Grunde seit Marx und der Pariser Commune) zu verstaubten Denkmalsfiguren zu gehören, die nur noch in der subversiven ideologischen Strategie des global organisierten Imperialismus zu mehr als einer historischen Don-Quichotte-Rolle benutzt werden. Das macht sie nicht weniger gefährlich und den Kampf gegen ihr massenhaft verbreitetes gesellschaftlich falsches Bewußtsein nicht weniger notwendig.

Ihre Litanei ist immer die gleiche, ebenso ihre Methode; ihre Terminologie bei aller Originalitätsheischerei deshalb eintönig: „Apparate", „Bürokratien", „Etatismus", „Diktatur über das Proletariat", „Bonzen", „Panzersozialismus", „uniformistisch" usw. sind ihre phänomenologisch, d. h. Oberflächenerscheinungen verabsolutierenden, zur Theorie erhobenen Impressionen sozialistischer Wirklichkeit. So recht etwas für den, der Sozialismus nur als historisch quantitativ höhere Freiheitsorganisationsform und qualitativen Unterschied nicht zu machen versteht; — „wieviel mehr Publikationsmöglichkeit habe ich als kritischer Intellektueller" — ist allzuoft das Kriterium, das zur Beantwortung herhalten muß.

Wir wollen nicht abstrakt die Frage behandeln, in wieweit die durch Marx und Engels begründeten, von Lenin konsequent weitergeführten Vorstellungen von der staatlichen Organisation sozialistischer Produktionsverhältnisse auch heute noch gelten. Vielmehr wollen wir dies verifizieren an Hand des Beispiels, das für uns am überschaubarsten ist, bei dem auch in bemerkenswerter Konsequenz unter den schwierigsten Bedingungen ein sozialistischer Staat realisiert woren ist.

Das Beispiel heißt (und nachdem jeder sich die Abkürzung inzwischen angewöhnt hat, wollen wir es 'mal ohne herumzustottern ausschreiben): DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK. Die Schwierigkeiten, die sich für die DDR beim Aufbau des Sozialismus stellten und die nie genügend berücksichtigt werden, reproduzierten sich verstärkt bei der Frage, wie konkret gesellschaftliche Emanzipationsinteressen zu koordinieren sind, mit gleichzeitig notwendiger Stärkung der sozialistischen Staatsmacht. Diese Schwierigkeiten lagen nicht nur in ökonomischen Faktoren begründet wie den mangelnden stofflichen Ressourcen, der fehlenden bzw. zerstörten Schwerindustrie, sondern in vielen anderen objektiven und subjektiven Faktoren: Ausrottung der marxistischen Führungskader durch den Nazismus, starke Relikte faschistischen und antikommunistischen Bewußtseins bei den Massen, die den Sozialismus aufbauen sollten, mangelnde eigene Leitungskader, psychologische Auswirkungen der Besatzungsmacht, Marshall-Plan subventioniertes neokapitalistisches Schaufenster in der BRD, Subversion in jeder denkbaren Form, offene Grenze. Zu den positiven Momenten zählte vor allem: Eine in der Illegalität und in harten Klassenkämpfen gewordene revolutionäre Partei, die in der Person ihres Ersten Sekretärs immer wieder die beharrliche Frage stellte und daran historische Realisierung maß: WER WEN? Nutzt das der Arbeiterklasse?

Dies alles mußte gerade die jeweilige Höhe und Härte sozialistischer Staatsmacht und ihrer Ausübung beeinflussen. Sie selbst, wie jede ihrer Maßnahmen, darf daher nicht isoliert davon gesehen werden.

Das Ende des 2. Weltkrieges und die bedingungslose Kapitulation der faschistischen Staatsmacht stehen am Beginn der sozialistischen Umwälzung in der DDR. Der alte bürgerliche Staatsapparat in seiner faschistischen Konsequenz war institutionell und personell zerschlagen bzw. paralysiert, er funktionierte somit nicht mehr. An seine Stelle traten die Militärverwaltungen. Die historische Alternative stand eindeutig: entweder Restauration des alten Staatsapparates mit seiner Liäson zur alten ökonomisch herrschenden Klasse oder Aufbau eines neuen Staatsapparates im Dienst der werktätigen Volksmassen. Trotz eindeutiger Voten (Volksabstimmung in NRW und Hessen zur Sozialisierung) und trotz der Tatsache, daß die Bourgeoisie ihren alten Apparat verloren hatte, gelang in den Westzonen die Restabilisierung monopolkapitalistischer Herrschaftsformen. Ursächlich dafür war die Politik der westlichen Besatzungsmächte, die vor allem durch die rechte SPD-Führung bei der Entmachtung der Arbeiterklasse unterstützt wurden. Anders die Entwicklung in der DDR, der damaligen SBZ, in der die Besatzungstruppen der Armee des Staates angehörten, der als erster die Diktatur des Proletariats inauguriert hatte. Ohne die Revolution zu exportieren, garantierte die Sowjetische Militäradministration (SMAD) als Organ der Diktatur des Proletariats in der UdSSR die Durchführung des Potsdamer Abkommens in der SBZ und unterstützte somit die Bestrebungen nach Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen gesellschaftlichen Organisation. Alles andere, insbesondere eine sozialistische Revolution wäre auf Grund der beschriebenen Bedingungen oktroyiert gewesen, die Verhältnisse, insbesondere der subjektive Faktor, waren dafür nicht reif. Trotzdem war die im harten Klassenkampf, gegen die sich wehrenden Elemente der gestürzten Klasse aufgebaute antifaschistisch-demokratische Ordnung alles andere als nichtsozialistisch. Es war die historisch adäquate Revolution, die dem Kräfteverhältnis der Klassen, der Krise des Imperialismus, aber auch dem Bewußtsein der Volksmassen entsprach. Die Besonderheit bestand darin, daß diese Gesellschaftsformation als Übergangsstadium zur sozialistischen Revolution keine selbständige war, sondern schon in sich die Elemente des Sozialismus enthielt. Doch zunächst zu den charakteristischen Schritten beim Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Formation:

- Beseitigung der feudalen Überreste (Entmachtung der Junker, einer der reaktionärsten Klassen der Geschichte, die entschädigungslos im Verlauf der demokratischen Bodenreform enteignet und damit der ökonomischen Basis ihrer politischen Macht beraubt wurden — dies war deshalb noch keine sozialistische Maßnahme, weil der konfizierte Boden zunächst in das Privateigentum der Akteure, der Bauern und ehemaligen Landarbeiter überging).
- Enteignung der Kriegsverbrecher und der aktiven Nazis, damit fast aller Monopole (die zunächst unter Sequesterverwaltung gestellten Betriebe wurden nach einer Volksabstimmung in Volkseigentum überführt).
- Schaffung einer neuen antifaschistisch-demokratischen Staatsmacht.
- Demokratische Schulreform und Veränderung des Pressewesens (Zerschlagung der privatmonopolistischen Pressekonzerne).
- Personell konsequente Entnazifizierung und Besetzung aller meinungsbildenden und machtentscheidenden Positionen mit dezidierten und bewährten Antifaschisten.

Wie dialektisch die antifaschistisch-demokratische Revolution verbunden war mit dem sozialistischen Moment zeigte sich vor allem darin, daß die im Sozialismus herrschende Klasse, das Proletariat, bereits in der antifaschistisch-demokratischen Periode die Schlüsselpositionen erobert hatte und somit sukzessive die Hegemonie der Arbeiterklasse ausbauen konnte. Das dafür konstitutive Bündnis von Arbeiterschaft und Bauern existierte auch schon und präjudizierte die für den Sozialismus spezifischen Klassenbeziehungen. Der volkseigene Bereich und die Ansätze zentraler Planungs- und Leitungstätigkeit nach gesamtgesellschaftlichen Interessen bereitete auch den späteren friedlichen Übergang zum Sozialismus vor, der auf Grund der besonderen Traditions- und nationalen Bedingungen (Klassengegner als anderer deutscher Staat) nicht konflikt- und kampflos über die Bühne ging (z. B. 17. Juni 1953).

Die Ausgestaltung der antifaschistisch-demokratischen Phase dokumentierte die

historische Originalität der revolutionären Partei der Arbeiterklasse, der SED. Obwohl diese Phase gewisse Rekurse auf das von Lenin entwickelte Verhältnis von demokratischem und sozialistischem Kampf machen konnte, stellt sie doch eine echte neue Komponente marxistisch-leninistischer Revolutionstheorie dar, die insbesondere für Länder mit relativ hochentwickelten Produktivkräften und langer entwickelter kapitalistischer Tradition modellhafte Strukturen aufweist. Radikalität und Konsequenz in der Zerschlagung des alten Apparats kombiniert mit der geduldigen Heranziehung der Massen an den Lenkungs- und Leitungsprozeß sind die zwei hervorstechenden Merkmale.

In der Zerschlagung des alten Staatsapparats standen nicht nur die Erfahrungen der Pariser Commune und deren revolutionär theoretische Verarbeitung durch Marx und Lenin („Marxismus und Staat", „Staat und Revolution") Pate, sondern vor allem die durch die Leitungskader selbst miterlebten Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung, dabei insbesondere die Erfahrungen mit dem Scheitern der Weimarer Republik und der verhängnisvollen Rolle der Sozialdemokratie bei dieser Entwicklung. Daß anarchistische Theoreme (Abschaffung des Staates überhaupt und vor allem sofort) bei den erfahrenen und klassenkampferprobten Revolutionären der ersten Stunde der SBZ keine Chance hatten und nicht einmal die Scylla zur sozialdemokratischen Charybdis von der schrittweisen Verbesserung ohne Zerschlagung bildet, versteht sich am Rande.

Ausgangspunkt war und ist bis heute die von Marx, Engels und Lenin entwickelte Staats- und Revolutionstheorie, deren Verinnerlichung zur kollektiven Handlungsmaxime der Partei die revolutionäre Mitte zwischen linken und rechten Illusionen wies: eine Theorie, die den Staat auf seinen konkreten Klasseninhalt zurückgeführt hat und in ihm die Form entdeckt, in der die Individuen einer herrschenden Klasse ihre gemeinsamen Interessen geltend machen (Marx), der Staat der mächtigsten, ökonomisch herrschenden Klasse, die vermittels seiner auch politisch herrschende Klasse wird und so neue Mittel erwirbt zur Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klasse (Engels). „Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft", so schreibt Marx in der „Kritik zum Gothaer Programm", „liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats." Die Zerschlagung der alten Staatsmaschinerie geht somit einher mit dem Aufbau der proletarischen. Dieser Staat ist Klassenstaat, notwendig zur Niederhaltung der Gegner des Proletariats (Lenin) und zur Organisierung des kollektiven Lernprozesses der Massen unter den neuen gesellschaftlichen Bedingungen und zur Ermittlung gesamtgesellschaftlicher Bedürfnisse und deren sozialökonomisch bestmöglicher Befriedigung. Zu Recht brachte Stalin in seinem Rechenschaftsbericht auf dem 18. Parteitag der KPdSU über die Arbeit des ZK die internationale Komponente bei der Beurteilung der marxistischen Staatstheorie ins Spiel, die Existenz eines den Sozialismus umgebenden kapitalistischen Lagers, dessen Aggressivität die Schutzfunktionen des sozialistischen Staates auch nach außen notwendig macht und damit dem Absterbungsprozeß gewisse Grenzen setzt. Bei der Zerschlagung der alten Staatsmacht galt das Hauptaugenmerk in der DDR den Hauptsäulen dieser Macht: Polizei, Justiz, Armee, Strafvollzug, Verwaltungsapparat, aber auch den subtileren Machtinstrumenten wie Schulen, Universitäten, Kirche (als politische Institution, nicht als Träger von Religion als gesellschaftlich falschem Bewußtsein), Medien wie Presse, Rundfunk usw. Positivistische, aber empirisch relativ genaue Untersuchungen der Dahrendorf-Schüler Zapf u. a. (Wandlungen der deutschen Elite — ein Zirkulationsmodell deutscher Führungsgruppen 1919—1961; Beiträge zur Analyse der deutschen Oberschicht) zeigen, daß in der Bundesrepublik Kontinuität ökonomischer Machtpositionen auch das Rekrutierfeld für Eliten in den genannten Gebieten unverändert gelassen hat. Die jahrzehntelange Inzucht gepaart mit den entsprechenden Bildungsprivilegien hat zu keiner qualitativen Veränderung politischer Machteliten und auch nicht ihrer intellektuellen Vasallen geführt. Dem jeweiligen Bedeutungsgrad entsprach die Radikalität der Säuberung (als völlig wertneutral instrumentaler Begriff, der gerade in der DDR mit den dabei bekannten Assoziationen Terror wenig zu tun hatte). Die Schwierigkeiten, vor denen Sozialdemokraten auf Grund ihres revisionistischen Staatsverständnisses in Sorge um den klassenneutralen Staat zurückschreckten, stellten sich ein. Sie wurden bewußt in Kauf genommen, so der

Verlust von sogenannten unverzichtbaren Experten. Nicht in allen Bereichen konnten sie rechtzeitig und genügend durch antifaschistische Kader ersetzt werden. Hohn schlug den Arbeiter- und Bauernfakultäten, den in Schnellehrgängen zu Erziehern erzogenen Schlossern und Maurern, Volksrichtern, die die professionellen Klassenrichter ablösten, entgegen. Zudem bildeten die Geschaßten den Hort der Konterrevolution, unabhängig davon, ob sie blieben oder gingen (wie z. B. der „Ausschuß freiheitlicher Juristen", die heute noch die Öffentlichkeit in der BRD mit ihren Pamphleten belästigen). Unzufriedenheit folgte dem Neuen, das oft in Mißtrauen und Feindseligkeit umschlug. Doch das Gerippe der alten Macht, die zwei Weltkriege entfesselt hatte, für millionenfache physische und psychische Verkrüppelung verantwortlich war, war gebrochen und allein das war entscheidend.

Die neue Qualität sozialistischer Staatsmacht zeigte sich bald, als es notwendig wurde, die regierende Arbeiterklasse zu bewaffnen. Die Bewaffnung ist historisch bedingt. Mit Verschwinden des Klassengegners als politisch organisierter, nationaler oder international relevanter Macht wird sie überflüssig. Die herrschende Klasse in der BRD ließ Anfang der 50er Jahre keinen Zweifel daran, daß sie die bewaffnete Rückeroberung der DDR als heilige Aufgabe sich vorgenommen hatte, und zwar eine Eroberung nicht nur aus nationalstaatlichen, sondern vor allem aus klassenmäßigen Überlegungen. Sozialistische Armeen können ihr Selbstverständnis daher nur im Rahmen der Notwehr gegen die Aggressivität des global organisierten Imperialismus und dessen hartnäckigen Weigern, seine Unterdrückerrolle aufzugeben, entwickeln. So auch die bewaffnete Arbeiterklasse in der DDR, an der sich diese Aussagen verifizieren lassen. Die Nationale Volksarmee (NVA) ist eine eindeutige Antwort auf die Militarisierung der BRD, die mit expansiven Ideologien und Zielsetzungen einherging. Wie falsch jedoch auch die — persönlich noch angenehmsten — Totalitarismusideologen, also Pazifisten und Anarchisten, in ihrer „es-gibt-doch-gar-keinen-Unterschied-Ideologie" liegen, zeigt sich gerade an diesem, von ihnen gern beschworenen Beispiel.

In Anlehnung an ein Wort von Bert Brecht an den anti-etatistischen Kritiker der SU, Karl Korsch, „es (die UdSSR, H. L.) ist eben nicht nur ein ArbeiterSTAAT, sondern auch ein ARBEITERstaat" kann die NVA auch als eine ARBEITERarmee und eben nicht nur als eine ArbeiterARMEE charakterisiert werden. Das geht erkennbar schon aus der personellen Führungsstruktur als Ergebnis der politischen Aufbaumaßnahmen hervor, z. B. der sozialen Herkunft der Generale (in Klammern Vergleichsziffern der Bundeswehr):

Obere Mittelschicht 15 % (BRD 91 %)
Untere Mittelschicht 7 % (BRD 9 %)
Obere und Untere Unterschicht 79 % (BRD Keiner).

Das DDR-Offizierskorps setzt sich zu 85 % aus Industrie- und Landarbeiterabkömmlingen, zu 12 % aus Angestellten und zu 3 % aus sonstigen Berufen zusammen (Alle Zahlen nach Werner Baur, Deutsche Generale, in: Beiträge zur Analyse der deutschen Oberschicht, Hrsg. Wolfgang Zapf). Selbstverständlich ist die Armee Instrument der regierenden Arbeiterklasse, was für die Frage des politischen Primats von entscheidender Bedeutung ist. Wie nichtssagend Vergleiche sind, die sich an bestimmten Uniformstücken, Märschen oder anderer Einzelerscheinungen hochziehen, zeigt das historische Selbstverständnis der NVA. Ihre Entwicklung, die Erziehung ihrer Kader und aller Armeeangehörigen wurde eingeleitet und durchgeführt von den ehemaligen deutschen Spanienkämpfern der Internationalen Brigaden, von Genossen, die schon in der Weimarer Republik die bewaffneten Kader der KPD und des Rotfrontkämpferbundes organisiert hatten, und denen, die in antifaschistischen Partisanenarmeen ihre proletarisch internationalistischen Pflichten realisiert hatten. Keine deutschtümelnden adeligen Junker und Schollenbarone, sondern kampferprobte Revolutionäre, Funktionäre der Illegalität, radikale Friedenskämpfer bauten die Kasernierte Volkspolizei und dann — nach der bundesrepublikanischen Remilitarisierung — die NVA auf. Bei aller Fragwürdigkeit des Eides überhaupt ist es immerhin bezeichnend, daß die Aufgabe der Armee als sozialistische, und zwar internationalistische Schutzorganisation gerade im Schwur der Nationalen Volksarmee zum Ausdruck kommt: „Ich schwöre: An der Seite der Sowjetarmee und der mit uns verbündeten sozialistischen Länder als Soldat der Nationalen Volksarmee bereit zu sein, den Sozialismus gegen alle Feinde zu verteidigen . . ."

Das politische Primat der regierenden Arbeiterklasse, insbesondere ihrer revolutionären Partei, führte zu einem völlig neuen Berufssoldatentyp, nämlich zu dem des bewaffneten Funktionärs der sozialistischen Staatsmacht, den politische und ideologische Wachsamkeit und Flexibilität, nicht etwa nur intensive Kenntnis der Waffenkunde auszeichnet. „Wehr und Wirtschaft" und die anderen Organe der Monopole, die mit der Armee verflochten sind, werden nicht müde, das immer wieder westdeutschen Politikern vorzuhalten. Die NVA ist nur als ein Teil der bewaffneten Arbeiterklasse anzusehen, und zwar als der, dessen Schutzfunktion fast ausschließlich nach außen gerichtet ist.

Von möglicherweise noch größerer Bedeutung ist die Tatsache, daß die Belegschaften fast aller großen Betriebe in Betriebskampfgruppen organisiert sind. Sie sind Garanten dafür, daß die volkseigenen Betriebe, deren Herren sie sind, nicht kampflos wieder den Herrschaften der alten Klasse übergeben werden. Dafür sprechen auch jedes Jahr die 1.-Mai-Kundgebungen mit ihrem bewußt militanten Charakter. Die Betriebskampfgruppen, die konkrete Erfahrung am Arbeitsplatz und ökonomische Herrschaft der Arbeiterklasse verbinden mit dem Bewußtsein, auch politisch herrschende Klasse zu sein und dementsprechend den ideologischen Kampf führen zu müssen, sind besondere Säulen sozialistischer Staatsmacht. Sie antizipieren zum Teil Organisationsformen, wie sie für die Gesamtgesellschaft in Zukunft immer mehr von Relevanz werden. Es war typsich, daß gerade die Auflösung der Betriebskampfgruppen zentrale Forderung der Konterrevolution in der ČSSR war.

Was zum militärischen Bereich geschrieben worden ist, gilt selbstverständlich auch für die anderen Staatsschutzorgane. Was hat das alles mit dem für den Marxismus angeblich charakteristischen „Absterben des Staates" zu tun? Wie verträgt sich zugegebene Festigung der sozialistischen Staatsmacht mit der marxistischen Perspektive: „Sobald es keine Gesellschaftsklasse mehr in der Unterdrückung zu halten gibt, sobald mit der Klassenherrschaft und dem in der bisherigen Anarchie der Produktion begründeten Kampf ums Einzeldasein auch die daraus entspringenden Kollisionen und Exzesse beseitigt sind, gibt es nichts mehr zu reprimieren, das eine besondere Repressionsgewalt, einen Staat nötig machte. Der erste Akt, worin der Staat wirklich als Repräsentant der ganzen Gesellschaft auftritt — die Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft — ist zugleich sein letzter selbständiger Akt als Staat. Das Eingreifen einer Staatsgewalt in gesellschaftliche Verhältnisse wird auf einem Gebiet nach dem anderen überflüssig und schläft dann von selbst ein. An die Stelle der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen. Der Staat wird nicht abgeschafft, er stirbt ab." (Engels im Anti-Dühring). Absterben bedeutet somit zunächst nichts anderes als Vergesellschaftung des Staates und damit Abbau einer außerhalb der Gesellschaft bestehenden Zwangsgewalt, die Rücknahme originär gesellschaftlicher Ordnungsfunktionen, die durch die Klassenspaltung von dem scheinbar über den Klassen stehenden Staat der ökonomisch herrschenden Minderheit in deren Auftrag okkupiert worden war. Genau dieser Prozeß findet — und das ist keineswegs paradox, sondern schlüssig — in der DDR statt. Unter der Schale einer sich gegen innere und äußere Konterrevolution schützenden, den ökonomischen und erzieherischen Prozeß leitenden sozialistischen Staatsmacht bildet sich als Kern ein gesellschaftliches Assoziationssystem, das diese Schale konfliktlos sprengt, wenn die internationale Situation es erlaubt. Es sind somit keine gegensätzlichen Tendenzen, sondern die eine funktioniert, weil die andere den Entwicklungsprozeß schützt. Ihre Repressivfunktionen verliert die „Schale" zudem schon insoweit als ihr Adressatenkreis beständig abnimmt, indem das gesellschaftliche Bewußtsein der Massen, ihre demokratische Selbsttätigkeit und sozialistische Aktivität immer mehr zunimmt. Die umfassende Beteiligung der werktätigen Massen an den Lenkungs- und Leitungsprozessen verwirklicht damit tendenziell immer mehr die These von Marx, „das mysteriös priesterliche Wesen des Staates in ein lichtes, allen zugängliches und gehöriges Laienwesen, den Staat in das Fleisch und Blut der Staatsbürger zu verwandeln."

Der sicherlich bedeutendste Bereich ist der Bereich der betrieblichen und volkswirtschaftlichen Beteiligung der Massen, die anderen sollen in Stichworten angedeutet werden:

Permanente Vergesellschaftung eines eigentlich selbstverständlich staatlichen Bereichs, in dem das Verhältnis Individuum — Staat am subordiniertesten zum Ausdruck kam: die Justiz. Maßnahmen: Unmittelbare Mitwirkung der Werktätigen am Strafverfahren als Mittel der aktiven Beteiligung an der Gestaltung sozialisti-

scher Gesellschaftsverhältnisse und Beseitigung der Ursachen der Kriminalität durch echte Resozialisierung – Stärkung der sozialistischen Kollektivität durch die Regelung gesellschaftswidriger Gemeinschaftsbeziehung durch das Kollektiv selbst (Rechtspflegeerlaß des Staatsrats vom 4. 4. 63);
Konfliktkommissionen, Schiedskommissionen, gesellschaftliche Gerichte;
Zustandekommen der die Massen entscheidend tangierenden Gesetze durch lange Volksdiskussionen, die nicht den unkritischen Konsens, sondern Aktivität und Verbesserung verlangen (Familienrecht, Arbeits-, Strafrecht, Verfassung);
neue Qualitäten der Wahlen, die im Auswählen, Abwählen und nicht im Wählen als solchem ihre hauptsächliche Funktion erfüllen;
Verbesserung der Bildungsmöglichkeiten als Voraussetzung für die Kontrollierbarkeit aller noch-staatlichen Organisationsformen;
kollektive Selbstgestaltung der Alltagsbereiche (siehe Halle-Neustadt und die Aktivitäten der dort Wohnenden als Beispiel);

3. Hochschulreform und die Selbsttätigkeit der Studenten bei Forschung, Lehre und Hochschulorganisation.

Für diejenigen, die ihr Sozialismusverständnis aus kulturlinken und subkulturellen Quellen beziehen, ist das alles etwas mager; für die jahrhundertelang unterdrückten und von jeglichen Selbstbestimmungs- und Leitungsmöglichkeiten ausgeschlossenen werktätigen Massen ist es viel, so viel, daß in ihrem Interesse auch hier die revolutionäre Veränderung lohnt.

H. L.

Ausgewählte Literatur:

Marx, Zur Judenfrage, MEW, Bd. 1, 344 ff.
Die deutsche Ideologie, MEW, Bd. 3.
Bürgerkrieg in Frankreich.
Der 8. Brumaire des L. Bonaparte, MEW, Bd. 8.
Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, MEW, Bd. 21.
Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, MEW, Bd. 21.
Marx, Zur Kritik des Gothaer Programms, MEW, Bd. 19.
Lenin, Über den Staat, Werke, Bd. 29.
Staat und Revolution, Bd. 25.
Marxismus und Staat, Dietz.
Marxismus und Aufstand, Bd. 26.
Was heißt Sowjetmacht?, Bd. 29.
Stalin, Fragen des Leninismus.
W. R. Beyer, Staatsphilosophie, Oswald Dobbeck-Verlag.
Karl Polak, Zur Dialektik in der Staatslehre, Akademie-Verlag.
dsl., Reden und Aufsätze, Staatsverlag der DDR, 1968.
Fred Oelssner, Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR, Akademie-Verlag, 1955.
dsl., Die Rolle der sozialistischen Staatsmacht, in: Probleme der politischen Ökonomie, Bd. 2, S. 11 ff, Akademie-Verlag, 1959.
Die Rolle des Staates und des Rechts bei der Leitung der Industrie in der DDR, Wiss. Konferenz, Deutscher Zentralverlag, 1961.
Klaus Sorgenicht, Wesen und Entwicklung der sozialistischen Staatsmacht der DDR, Neue Justiz, 19/1969.
Günther Benser, Grundzüge des revolutionären Übergangsprozesses vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR, in: Studien über die Revolution, S. 458 ff, hrsg. M. Kossock, Akademie-Verlag, 1969.
Haney/Wagner, Grundlagen der Theorie des sozialistischen Staates und Rechts (2 Bände), Karl-Marx-Universität, Leipzig.
Aufsätze von Klenner, Renneberg, Uwe-Jens Heuer in den letzten Jahrgängen, insbesondere in den letzten Nummern von „Staat und Recht", hsg. von Deutsche Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften.
Erika König, Vom Revisionismus zum ‚Demokratischen Sozialismus', Akademie-Verlag, 1964.
Aufsätze und Reden von Walter Ulbricht und Kurt Hager, u.a.
Ulbricht, Zur Gestaltung des entwickelten Systems des Sozialismus in der DDR, Rede auf dem 7. Parteitag der SED, in: Zum Ökonomischen System des Sozialismus in der DDR, Bd. 2, S. 182 ff.
Hager, Die Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften in unserer Zeit (9. Tagg. d. ZK der SED 1968).
Heinz Abraham, Zu einigen aktuellen Fragen des Kampfes der KPdSU in der Übergangszeit (1921–24), Dietz, 1958, (Probleme: Kronstadt etc.).
Jens Uwe Heuer, Demokratie und Recht, Staatsverlag, 1965.
Lucie Haupt, Volksherrschaft und Staatsaufbau, Staatsverlag, 1967.
Die zitierten Beiträge zur Analyse der deutschen Oberschicht: Beyer/Naumann, Die Mitwirkung der Werktätigen am Strafverfahren, Staatsverlag, 1966.
Zur Selbsttätigkeit der Massen in den Gemeinden lohnt die Lektüre von: „Stadt und Gemeinde", hsg. vom Deutschen Städte- und Gemeindetag der DDR, (monatlich).
Die Weiterführung der 3. Hochschulreform und die Entwicklung des Hochschulwesens bis 1975, Staatsverlag.

Systemauseinandersetzung im nachfaschistischen Deutschland

Kurt Steinhaus

Mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917, noch deutlicher seit der Entstehung eines sozialistischen Weltsystems nach dem zweiten Weltkrieg, hat der gesellschaftliche Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital zusätzlich eine internationale Dimension erhalten. Neben dem Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie in den verschiedenen kapitalistischen Ländern ist der Widerspruch zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistisch-imperialistischen Lager getreten.
Zwischen dem nationalen und dem internationalen Klassenkampf der Arbeiterklasse besteht ein sehr enger Zusammenhang: „Die Arbeiterklasse der ganzen Welt ist klassenmäßig durch ihr Klasseninteresse und durch ihre geschichtliche Rolle objektiv miteinander verbunden: die Arbeiter in den sozialistischen Ländern . . ., die die Macht im Staate besitzen . . ., und die Arbeiter in den kapitalistischen Ländern, die gegen Ausbeutung und Entrechtung kämpfen . . . So vereint sich der äußere Widerspruch zwischen den Ländern, in denen das Monopolkapital herrscht, und den Ländern, in denen die Arbeiterklasse die Macht ausübt, mit dem inneren Klassenwiderspruch innerhalb der kapitalistischen Länder zwischen Arbeiterklasse und Monopolkapital als klassenmäßig prinzipiell ein- und derselbe Widerspruch."[1]
Über den revolutionären Stellenwert dieser Einheit heißt es in der „Erklärung der kommunistischen und Arbeiterparteien", die im November 1960 in Moskau stattfand: „Die Festigung und Entwicklung des sozialistischen Systems übt auf den Kampf der Völker der kapitalistischen Länder immer größeren Einfluß aus. Durch die Kraft seines Beispiels revolutioniert das sozialistische Weltsystem das Denken der Werktätigen in der kapitalistischen Welt. Es beseelt sie zum Kampf gegen den Kapitalismus und erleichtert in bedeutendem Maße ihre Kampfbedingungen."[2]
Selbstverständlich kann und will diese globale Aussage nur eine allgemeine Perspektive aufzeigen. Denn die Konkurrenz zwischen den antagonistischen Sozialsystemen und ihre Auswirkungen auf das Bewußtsein der Menschen bilden einen äußerst vielschichtigen und – zeitlich wie räumlich – ungleichmäßig verlaufenden Prozeß, den es für jede historische Periode und jedes Land gesondert zu analysieren gilt. Es liegt auf der Hand, daß die konkreten Merkmale der Widersprüche zwischen einzelnen kapitalistischen und sozialistischen Ländern sich nicht allein aus der Zugehörigkeit zu antagonistischen Gesellschaftsordnungen und Bündnissystemen ergeben. Auch andere Faktoren spielen diesbezüglich eine wesentliche Rolle: die Funktion der jeweiligen Länder innerhalb des „Lagers" oder „Blocks", dem sie angehören, die geographische Entfernung, die politischen, ökonomischen und kulturellen Beziehungen der Vergangenheit usw.
Die Besonderheiten des Widerspruchs zwischen der DDR und der BRD ergeben sich vor allem aus der Tatsache, daß die Existenz beider Staaten auf der Spaltung des deutschen Einheitsstaates beruht. Es stehen sich nicht nur zwei Völkerrechtssubjekte mit diametral engegengesetztem Klassencharakter gegenüber. Sie haben zusätzlich eine gemeinsame Grenze, eine gemeinsame Sprache, Nationalkultur und Geschichte. Aufgrund der guten politischen Kommunikationsverhältnisse, die sich aus dieser Konstellation ergeben, ist die Entwicklung beider deutscher Staaten stets in einem besonders starken Ausmaß durch wechselseitige Einflüsse bestimmt worden.
Der Widerspruch zwischen dem kapitalistischen und dem sozialistischen Deutsch-

1 (Kollektiv des Instituts für Politische Ökonomie der Hochschule für Ökonomie Berlin, Leitung: Eva Altmann), Die Rolle und Bedeutung der Existenz des sozialistischen Lagers für die Entwicklung der Lage der Arbeiterklasse im gegenwärtigen Kapitalismus (Thesen), in: Einheit, Berlin 1961, H. 10, S. 1515.

2 Zit. n.: Einheit, Berlin 1960, H. 12, S. 1796.

land war von Anfang an, nicht nur dem Wesen nach, sondern in all seinen konkreten Erscheinungsformen, unverschleiert antagonistischer Natur. Der kompromißlose Klassenhaß der westdeutschen Monopolbourgeoisie gegenüber der DDR beruhte darauf, daß die Existenz dieses Staates als tödliche Bedrohung des deutschen Kapitalismus eingeschätzt wurde. Die besondere Aktualität der Systemgefährdung lag darin, daß hier die Beantwortung der Klassenfrage „wer wen?" notwendigerweise mit der Lösung der nationalen Frage zusammenfallen mußte. Der „Sog" der nationalen Frage – d. h. der Wunsch des deutschen Volkes nach Wiedervereinigung – verlieh jeder prosozialistischen Strömung potentiell eine gewaltige politische Kraft.

Es gelang den Kräften der nationalen und internationalen Reaktion, den besiegten und vor aller Welt diskreditierten deutschen Imperialismus nach dem zweiten Weltkrieg erneut zu restaurieren. Und wenn auch der Versuch, diesen Prozeß über das Territorium der Westzonen hinauszutreiben, spätestens seit dem 13. 8. 1961 als endgültig gescheitert angesehen werden kann, so ist doch auch offensichtlich, daß die Ausstrahlungskraft des politischen und gesellschaftlichen Systems der DDR zunächst nicht groß genug war, um die Massenbasis der westdeutschen Bourgeoisie und ihrer rechtssozialdemokratischen Mitläufer zu erschüttern.

Eine realistische und auf Veränderung der gegenwärtigen Machtverhältnisse der BRD bedachte Einschätzung darf freilich nicht übersehen, daß die DDR – allein durch ihre Existenz – die Entwicklung der westdeutschen Gesellschaft auf die verschiedenste Weise mitgeprägt hat und dies auch in Zukunft tun wird. Die Ergebnisse dieser Einwirkungen sind Teil der objektiven Bedingungen, unter denen die demokratischen und sozialistischen Kräfte Westdeutschlands ihren Kampf zu führen haben. Die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Problemkomplex Systemkonkurrenz ist daher „nicht nur von theoretischer, sondern vor allem von unmittelbar praktisch-politischer Bedeutung".[3]

Durch die Beseitigung der gesellschaftlichen Grundlagen des Militarismus, Imperialismus und Faschismus, durch die politische und ökonomische Entmachtung des Monopolkapitals und des Großgrundbesitzertums in der sowjetischen Besatzungszone seit 1945 und in der DDR seit 1949 wurde der deutsche Kapitalismus stark geschwächt. Seine objektive Fähigkeit zur Expansion und Aggression ging stark zurück. Hiermit ist eine entscheidende Minderung der Kriegsgefahr in Europa gegeben, eine Minderung der Gefahr, daß der deutsche Imperialismus sich erneut auf außenpolitische und militärische Abenteuer einläßt.

Ferner stellt die Existenz einer sozialistischen Gesellschaftsordnung auf deutschen Boden einen Faktor dar, den die herrschende Klasse des kapitalistischen Teils Deutschlands bei jeder politischen oder ökonomischen Auseinandersetzung im Innern in Rechnung zu stellen hat. Jeder große Streik und jede Massenbewegung für Teilforderungen enthält auf der Grundlage der nationalen Systemkonkurrenz eine gewisse systemgefährdende Potenz, so daß das Auskämpfen innerer Klassenkonflikte bis zum letzten für die Bourgeoisie mit großen Risiken verknüpft ist. Dies ist ein wesentlicher Grund für ihre verhältnismäßig große Kompromißbereitschaft gegenüber solchen Forderungen der Arbeiterklasse, die glaubhaft durch die Ankündigung von Kampfmaßnahmen abgesichert sind. Die Existenz der DDR erleichtert also den Werktätigen Westdeutschlands, insbesondere der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterklasse, die Verfolgung ihrer sozial-ökonomischen Tagesinteressen.

Jede Stärkung des sozialistischen Systems der DDR hat diese neue Komponente der deutschen Geschichte akzentuiert. Auch die Verschärfung der rechten Tendenzen seit der Bildung der Großen Koalition darf nicht über die Richtigkeit der Bilanz hinwegtäuschen, die das ZK der SED seit 1967 in seinem Bericht an den VII. Parteitag der SED zog: „(Die) Erfolge (der DDR) auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens haben entscheidend dazu beigetragen, das Kräfteverhältnis auf deutschem Boden weiter zugunsten der Kräfte des Friedens und des Sozialismus zu verändern. Die DDR engte den äußeren und inneren Spielraum des westdeutschen Imperialismus weiter ein."[4] Die Voraussetzungen dafür, daß diese Entwicklung auch in Zukunft anhalten wird, sind sicherlich nicht ungünstiger als in den letzten Jahren.

3 Rolle, S. 1512.

4 Protokoll der Verhandlung des VII. Parteitages der SED, Berlin 1967, Bd. IV, S. 238.

Der Aufbau des Sozialismus in Ostdeutschland war von Anfang an – ökonomisch und politisch – mit wesentlich größeren Schwierigkeiten belastet als die Restauration des Kapitalismus in Westdeutschland. Das Gebiet der damaligen sowjetischen Besatzungszone stellte einen um zwei Drittel kleineren Binnenmarkt dar als die Westzonen, während die Kriegszerstörungen ungefähr das Doppelte ausmachten (bei der Industrie 45 Prozent gegenüber 20 Prozent).[5] Die industrielle Produktionsstruktur Ostdeutschlands war unausgewogen: die Grundstoffindustrie und der Schwermaschinenbau lagen fast ausschließlich in Westdeutschland (Steinkohle, Eisen, Stahl, Grundchemie; Produktion von Energie- und Gießereimaschinen, Hütten-, Walzwerk- und Bergbaueinrichtungen zu über 90 Prozent)[5]. Bei Rohstoffen, Halbfabrikaten und Produktionsmitteln für zahlreiche Schlüsselindustrien bestand also eine einseitige Abhängigkeit vom Westen. Ferner verhinderten die westlichen Besatzungsmächte, daß ihre Zonen an Reparationsleistungen für Osteuropa beteiligt wurden. Die ostdeutschen Lieferungen trugen dazu bei, wenigstens einen kleinen Teil der riesigen Kriegszerstörungen in der UdSSR wiedergutzumachen. Demgegenüber hatte die USA, die sich 1946 aufgrund ihrer während des Krieges gewaltig angewachsenen Wirtschaftskraft bereits mit Erscheinungen der Überproduktion auseinandersetzen mußte, an Reparationen nicht das geringste Interesse – dafür jedoch an Kapitalexporten nach Westdeutschland, sowohl um ihre Produkte abzusetzen, als auch um den deutschen Imperialismus erneut zum antikommunistischen Bollwerk auszubauen.

Die Entwicklung der DDR war zudem mit dem ganzen politisch-ideologischen Ballast der kapitalistisch-imperialistischen Vergangenheit belastet. Große Teile des deutschen Volkes waren durch die faschistische Ideologie verhetzt, die Mehrheit der Beamtenschaft (Verwaltung, Bildungswesen usw.), der ökonomischen und technischen Kader war dem Sozialismus feindlich gesonnen. In allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens stellte sich daher die Aufgabe der politisch-ideologischen Umerziehung und der Ablösung der reaktionären Führungsschichten. Die Restauration des Kapitalismus konnte demgegenüber – kadermäßig wie ideologisch – unmittelbar an die Traditionen des imperialistischen Deutschlands anknüpfen. Für die westdeutsche Reaktion war es vorteilhaft, die Kontinuität im Staatsaaparat, im Bereich der Bildung und Kultur sowie bei der Leitung des Wirtschaftsprozesses beizubehalten. Sie konnte die meisten Ideologien des Imperialismus (vor allem Antikommunismus) wie auch die individuellen Einstellungen und Verhaltensweisen der auf Privateigentum beruhenden Klassengesellschaft unverändert in den Dienst ihrer Politik stellen.

Aufgrund einer wesentlich günstigeren Ausgangslage und mit massiver materieller Unterstützung des US-Imperialismus, der die strategische Bedeutung der Systemkonkurrenz auf deutschem Boden richtig einschätzte, konnte zunächst in der BRD ein höherer Lebensstandard erreicht werden als in der DDR. Dieses ökonomische Gefälle bildete die entscheidende materielle Grundlage für die zunehmende Wirksamkeit der antikommunistischen Ideologie im Klassenkampf: Die durch Hetzpropaganda und Abwerbung nachhaltig geförderte Republikflucht hintertrieb die Stabilisierung der DDR, die bis 1961 infolge des Wirtschaftskrieges Verluste von ca. 120 Mrd. Mark erlitt.[6] Die herrschende Klasse Westdeutschlands nutzte das ökonomische Gefälle zwischen Ost und West sowie die Maßnahmen der DDR-Regierung zur Vergesellschaftung der Produktion und zum Schutz des sozialistischen Staates gegen Sabotage und Wühlarbeit propagandistisch geschickt aus. So gelang es zunächst, die überwiegende Mehrheit der westdeutschen Werktätigen ideologisch gegen den Sozialismus zu immunisieren und sie subjektiv in den Kapitalismus zu integrieren.

Die Folge war, daß positive Einflüsse der DDR auf das Bewußtsein der westdeutschen Arbeiterklasse sich zunächst kaum auswirken konnten. Was überhaupt an fortschrittlichen Entwicklungen in der BRD bekannt wurde, konnte durch propagandistische Verfälschungen und notfalls durch soziale und ökonomische Teilzugeständnisse an die Arbeiterklasse politisch „entschärft" werden.

Seit der Schließung der offenen Grenze sind diesbezüglich jedoch grundsätzlich andere Verhältnisse gegeben. Der westdeutschen Bourgeoisie wurde die Möglichkeit genommen, einen verhältnismäßig

5 Vgl. Hans Müller u. Karl Reißig, Wirtschaftswunder DDR, Berlin 1968, S. 31 ff.

6 Vgl. a. a. O., S. 338.

geringen Unterschied des ökonomischen Niveaus beider Staaten zum Ausgangspunkt einer weiteren Auszehrung des sozialistischen Konkurrenten und zur Einsparung eigener Investitionen (besonders bei der Ausbildung von Kadern) zu benutzen. Erstmalig konnte nun die sozialistische Ökonomie sich störungsfrei entwickeln und ihren Rückstand in bezug auf die Entfaltung der Produktivkräfte aufholen.

Die Folgen zeigten sich innerhalb weniger Jahre. Nach einer ebenso wütenden wie hilflosen Propagandawelle im Anschluß an die Schließung der Grenze büßte die Ideologie des Antikommunismus zusehends an Substanz ein. Trotz aller Versuche der Gegensteuerung verbesserte sich das Image der DDR bei der westdeutschen Bevölkerung.

Bereits die Gärungsprozesse unter der Studentenschaft der BRD und West-Berlins hätten niemals zu einer antiimperialistischen Bewegung führen können, wäre nicht die materielle Basis des primitiven Antikommunismus bereits weitgehend erschüttert gewesen. Ohne die nach dem 13. August 1961 mögliche „Versachlichung" des DDR-Bildes hätte es niemals jene subjektiven Identifikationsprozesse mit sozialistischen Revolutionen und Revolutionären geben können, wie sie gegenwärtig an Gymnasien und Universitäten bereits ausgesprochene Massenerscheinungen darstellen. Bis Anfang der sechziger Jahre waren die westdeutschen Studenten und Oberschüler um keinen Deut weniger antikommunistisch und proimperialistisch eingestellt als andere Bevölkerungsgruppen. Die Möglichkeit, sich mit dem Sozialismus – gleichgültig in welchem Land – überhaupt zu identifizieren und dann auch noch entsprechende Demonstrationen organisieren zu können, ohne sofort von einer antikommunistischen Massenbewegung hinweggeschwemmt zu werden, ergab sich erst, als der gegen die DDR gerichtete Antikommunismus aufzuweichen begann.

An bestimmten Teilgruppen der westdeutschen Intelligenz ist der Einfluß der DDR bereits sehr konkret ablesbar. Bei zahlreichen bürgerlichen Intellektuellen mit ausgeprägt humanistischen oder technokratischen Anschauungen hinterlassen etwa das sozialistische Bildungswesen oder Planungssystem aufgrund ihrer Rationalität und Wirksamkeit tiefe Eindrücke.
Insgesamt wird man der Feststellung „Hauptursache dafür, daß ein Teil der demokratischen Kräfte (der BRD) sich der verhängnisvollen Entwicklung aktiver entgegenzustellen beginnt, ist – neben den zunehmenden sozialen und politischen Widersprüchen im Innern Westdeutschlands – die Existenz der DDR und ihre politische, wirtschaftliche, kulturelle und militärische Stärkung"[7] zustimmen können – wenn auch sicherlich „Hauptvoraussetzung" treffender wäre als „Hauptursache". Daß eine fortschrittliche Bewegung auch dann objektiv von der Stärkung der DDR profitiert, wenn sie sich dessen nicht bewußt ist, sei nur am Rande vermerkt.
Zu einer realistischen Einschätzung der westdeutschen Situation gehört freilich auch die Feststellung, daß positive Einwirkungen der Entwicklung der DDR auf das Bewußtsein der westdeutschen Arbeiterklasse bislang kaum zu erkennen sind. Eine grundlegende Voraussetzung dafür, daß auch in dieser Hinsicht die Entwicklung in Fluß gerät, besteht zweifelsohne darin, die Voraussage der Moskauer Konferenz von 1960, daß „dem Kapitalismus ... die Niederlage in der entscheidenden Sphäre der menschlichen Tätigkeit, der Sphäre der materiellen Produktion, bereitet werden" wird[8], auf deutschem Boden zu verwirklichen. Denn „die Ausgebeuteten und Unterdrückten werden in ihrer großen Mehrheit nicht über die Theorie zu Kämpfern für den Sozialismus, sondern durch das eigene Erleben. Dabei kommt der (wenn auch meist indirekten) Erfahrung der praktischen Überlegenheit des Sozialismus entscheidende Bedeutung zu. Die Überlegenheit einer Gesellschaftsordnung drückt sich zwar zunächst nicht in erster Linie in wirtschaftlichen Daten und Kennziffern aus, sondern vor allem in der Stellung der Menschen in der Produktion und Gesellschaft. Doch die grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen werden den Menschen um so eher bewußt, je deutlicher sie sich in Erfolgen des wirtschaftlichen Aufbaus ausdrücken."[9] Die Forderung: „Es ist notwendig, das Entwicklungstempo der Volkswirtschaft der DDR zu beschleunigen, damit der Ostwind in Westdeutschland stärker spürbar wird", die Walter Ulbricht 1958 auf dem V. Parteitag der SED erhob[10], hat also nichts an Aktualität verloren.
Es wäre freilich eine gefährliche Illusion

7 Verhandlungen des VII. Parteitages, Bd. IV, S. 246.
8 Zit. n.: Einheit, 1960, H. 12, S. 1796.
9 Die Moskauer Erklärung und ihre wegweisende Bedeutung für unseren Kampf, in: Einheit, 1961, H. 1, S. 12 (Editorial).
10 Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der SED, Bd. 2, Berlin 1959, S. 951.

zu glauben, daß die herrschende Klasse der BRD nicht versuchen wird, dem „Ostwind" mit „Westwind" zu begegnen. So muß die Aussage „keine Macht kann verhindern, daß das, was sich in den sozialistischen Ländern vollzieht, in den anderen Teilen der Welt bekannt wird"[11], relativiert werden. Die Bourgeoisie verfügt diesbezüglich über einen umfangreichen und wirksamen Gegenapparat. Hierzu zählt nicht nur die Erschwerung und Kriminalisierung von wissenschaftlichen, kulturellen, vor allem aber von gewerkschaftlichen und politischen Kontakten zur DDR. Die imperialistischen Massenmedien sind auch durchaus imstande, das Durchsikkern von Informationen zu verhindern, oder, falls dies nicht möglich ist, sie durch Verfälschung – zumindest teil- und zeitweise – politisch zu neutralisieren.
Hierbei werden verschiedene Wege eingeschlagen. Bereits jetzt sind zahlreiche „Frontbegradigungen" zu erkennen, die durch die Veränderung des Kräfteverhältnisses erzwungen wurden. Um glaubhafter zu sein, rückt man von bestimmten Lügen und Fiktionen, die mittlerweile niemand mehr glaubt, ab. So wird etwa in den Massenmedien die polytechnische Oberschule kaum mehr als Stätte der Ausbeutung von Kindern durch unbezahlte Fabrikarbeit, sondern teilweise schon als durchaus fortschrittliche oder gar nachahmenswerte Einrichtung dargestellt. Ein anderes Beispiel ist die Umbenennung des offiziösen Organs „SBZ-Archiv" in „Deutschland-Archiv" bei gleichzeitigem Übergang zu einer scheinbar seriöseren Berichterstattung.
Ferner kommt es zu einer gewissen Arbeitsteilung innerhalb der Presse. Deren rechter Flügel (Boulevardblätter und sogenannte seriöse Zeitungen) versucht weiterhin, wenn auch mit teilweise veränderten Argumenten, das ökonomische und politische System der DDR als ineffektiv und antidemokratisch zu verleumden. Zielgruppen sind die Arbeiterklasse und der Großteil des Kleinbürgertums. Demgegenüber spezialisieren sich einige linksbürgerliche Presseorgane darauf, die DDR und den organisierten Kommunismus als eigentlich gar nicht sozialistisch, als kleinbürgerlich, bürokratisch, bisweilen auch als gegenrevolutionär darzustellen. Diese Argumentation zielt auf die bereits politisch in Bewegung geratene Intelligenz, die durch pseudolinke Kritik davon abgebracht werden soll, in der DDR eine revolutionäre Perspektive zu sehen.
Ansatzpunkte für antisozialistische Propaganda wird es auch unter der Voraussetzung eines gleichen Entwicklungsstandes der Produktivkräfte in beiden deutschen Staaten geben. Der Sozialismus, der sich an den Bedürfnissen des Menschen orientiert, hat notwendigerweise zum Teil andere gesellschaftliche Prioritäten als der Kapitalismus, dessen einziger Antrieb die Profitmaximierung ist. Er wird beispielsweise auch dann noch beträchtliche finanzielle Mittel für die Verbesserung des Bildungs- und Kulturniveaus der Bevölkerung aufwenden, wenn dies für die Steigerung der Produktion nicht unbedingt erforderlich ist. Seine Rationalitätsprinzipien verbieten es ihm auch, bestimmte Erscheinungen des kapitalistischen Wirtschaftsprozesses mitzuvollziehen, die vom gesamtgesellschaftlichen Interesse her vollständig sinnlos sind: etwa die häufigen Modellwechsel für langlebige Konsumgüter, bei denen die technische Struktur gleich bleibt und nur die äußere Aufmachung verändert wird oder den lediglich vom Prinzip der kapitalistischen Konkurrenz diktierten Aufwand für Verpackung bei Konsumgütern des periodischen Bedarfs. Eine sozialistische Gesellschaft hat ferner über die Organisation des Verkehrswesens (z. B. Verhältnis von öffentlichen Massenverkehrsmitteln und Individualverkehr), des Städtebaus (z. B. Verhältnis von Einfamilienhäusern und mehrgeschossigen Wohnblocks) andere Vorstellungen als eine kapitalistische Gesellschaft.
Damit setzt sich der Sozialismus automatisch in einen gewissen Widerspruch zu dem gesellschaftlichen Bewußtsein, das die kapitalistische Klassengesellschaft produziert hat. Dies gilt etwa für die Einschätzung des Autos als Statussymbol oder die relativ geringe Bewertung des Besuchs weiterführender Schulen gegenüber der Höhe des Bareinkommens. Die Ideologen des Kapitalismus werden die von ihnen selbst manipulierte Mentalität breiter Schichten der Bevölkerung nach allen Regeln der Kunst ausnutzen, um die Attraktivität des Sozialismus zu mindern.

Überdies ist weder der Wegfall des Antikommunismus noch die individuelle Ansicht, daß der Sozialismus funktionsfähig oder gar dem Kapitalismus überlegen ist, mit der Herausbildung eines sozialistischen Bewußtseins gleichzusetzen. Man

11 Rolle, S. 1514.

wird vielmehr davon auszugehen haben, „daß für die Arbeiter der kapitalistischen Länder die Erkenntnis der Überlegenheit des Sozialismus auf spontane Weise . . . die Grenzen der bürgerlichen Ideologie nicht überschreiten wird".[12]
Die ökonomischen Erfolge des Sozialismus werden „keineswegs im Selbstlauf bewußtseinsverändernd" wirken[13] und nicht „automatisch zur Erhöhung des Klassenbewußtseins führen". „Damit die Arbeiterklasse diese Überlegenheit (des Sozialismus) auf der Grundlage der sozialistischen Ideologie versteht, ist die aktive Tätigkeit der Arbeiterklasse nötig."[14]
Diese aktive Tätigkeit der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterklasse wiederum wird an den inneren gesellschaftlichen Widersprüchen des westdeutschen Spätkapitalismus anzuknüpften haben. Und die Bedeutung der DDR für den Kampf der westdeutschen Arbeiterklasse liegt nicht zuletzt darin, daß gerade die Existenz eines sozialistischen Staates auf deutschem Boden die Widersprüche der historisch überholten kapitalistischen Klassengesellschaft der BRD ständig vertieft und sichtbar macht.[15]

12 Petrak, Zu einigen Grundfragen der Wirkung des Sozialismus, in: Der Einfluß des Sozialismus auf den Kampf und die Lage der Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern Westeuropas (unter besonderer Berücksichtigung Westdeutschlands). Protokoll der wissenschaftlichen Beratung vom 18. bis 20. Oktober 1962 (Wissenschaftliche Zeitschrift der Hochschule für Ökonomie Berlin, Sonderheft 1963), S. 108.
13 Moskauer Erklärung, a. a. O., S. 12.
14 Petrak, a. a. O., S. 107 ff.
15 Zum Problem des Einflusses der Systemauseinandersetzung zwischen DDR und BRD auf die Entwicklung der innergesellschaftlichen Widersprüche Westdeutschlands vgl. Marxistische Blätter, H. 5, 1969, S. 22 ff.

facit Reihe 3

Revolutionäre
Strategie
und antiimperialistischer Kampf
in Westeuropa –

Karl Marx
und die inneren Widersprüche
des
modernen Imperialismus

von Prof. Dieter Klein

facit aktuell Nr. 3 **Der SDS in Sofia** 124 Seiten. DIN A4
(Dokumentation zur Vorgeschichte des Ausschlusses von 5 Genossen aus dem SDS) 1,- DM + Porto

Zu einigen Fragen des antiimperialistischen Kampfes heute

Gunnar Matthiessen

Täglich neu stellt sich nicht allein Marxisten, sondern allen, die aktiv am Kampf für Frieden und Fortschritt teilnehmen, die Aufgabe, nach dem Zusammenhang einzelner politischer Erscheinungen mit den allgemeinen Entwicklungstendenzen der internationalen Lage zu fragen. Auch dort, wo sich scheinbar nur partielle Probleme stellen, wird diese Frage nach ihrem Stellenwert notwendig, um eine richtige Grundlage und Perspektive für das eigene Handeln zu erhalten. Und das gerade dann, wenn die konkrete politische Situation besonders kompliziert, irritierend und unter dem Druck von Schwierigkeiten fast ausweglos erscheint. Eine Reihe von weltpolitischen, zugleich auch innerpolitischen Erscheinungen stellt sich häufig verbindungslos und nebeneinander geordnet dar. Überlegungen, welchen Weg diese politischen und ökonomischen Konflikte in Zukunft nehmen werden, verlaufen eben dann endlos in Spekulationen, Hoffnung oder auch Resignation, wenn die welthistorischen Tendenzen nicht erfaßt werden. Aber auch im innenpolitischen Kampf für Demokratie und Sozialismus hat diese Methode ihre Bedeutung. Gerade weil in vielen Fragen die Übermacht der Großbourgeoisie in allen gesellschaftlichen Bereichen schier unüberwindlich scheint und ihr ausgedehnter Manipulationsapparat jedes Fortkommen offensichtlich ausschließt, ist es notwendig, die eigenen Möglichkeiten gerade im Zusammenhang mit der internationalen Entwicklung zu sehen, um daraus nicht nur Gewißheit, sondern theoretischen Einblick in die objektive Entwicklung zu gewinnen, wie sehr auch immer sie durch gegenwirkende Einzelerscheinungen in Frage gestellt zu sein scheint.

Auf die Probleme, die sich täglich im Kampf für Frieden, Demokratie und Fortschritt stellen, die marxistische Methode anzuwenden heißt, „daß der objektive Inhalt des geschichtlichen Prozesses im jeweiligen konkreten Augenblick in der jeweiligen konkreten Situation berücksichtigt, daß vor allem begriffen wird, die Bewegung welcher Klasse die Haupttriebfeder für einen möglichen Fortschritt in dieser konkreten Situation ist".[1]
Vor 50 Jahren stand die junge Sowjetrepublik vor ungleich größeren Problemen als jedes Land und jedes Volk, was für Demokratie und Unabhängigkeit sich einsetzt, heute steht. Die Frage, die damals generell gestellt werden mußte, war: Kann der Sozialismus in einem Land sich behaupten? Im Inneren hatte die Arbeiterklasse nur eine schwache ökonomische Basis, die zudem durch den Krieg weitgehendst zerstört war, und zu tun nicht nur mit den Erbschaften des Kapitalismus, sondern mit denen des Zarismus, der in dem Denken und Handeln der verschiedenen Völker tiefe Spuren hinterlassen hat. Und im Äußeren war die Sowjetmacht umgeben von den Ländern des Kapitals, die sich auf die Restauration in Rußland orientierten oder zumindest den Versuch machten, jeden Fortschritt der jungen Sowjetrepublik zu verhindern. Gerade in dieser Situation erwies Lenin nicht nur die Notwendigkeit, sondern auch seine Fähigkeit, die marxistische Methode auf die konkreten historischen Bedingungen anzuwenden. Obgleich die Politik des internationalen Finanzkapitals „der Eckpfeiler der gesamten Politik aller Länder"[2] darstellte und somit das imperialistische Weltsystem die gesamte Entwicklung beherrschte, analysierte Lenin die Tendenzen ebenso optimistisch wie real: Mit der jungen Sowjetrepublik hatte der Klassenkampf zwischen Kapital und Arbeit seine internationale Ergänzung erhalten.
Trotz der Vorherrschaft des Imperialismus in der ganzen Welt würde die zukünftige Entwicklung bestimmt durch den Wettkampf „zweier Methoden, zweier Formationen, zweier Wirtschaftssysteme".[3] „Materiell sind wir in ökonomischer und militärischer Hinsicht maßlos schwach, moralisch dagegen – dieser Gedanke ist

1 W. I. Lenin, Werke, Bd. 21, S. 132
2 Lenin, a. a. O., Bd. 33, S. 35
3 Lenin, a. a. O., Bd. 31, S. 452

natürlich nicht unter dem Gedanken der abstrakten Moral, sondern als reales Kräfteverhältnis aller Klassen in allen Staaten zu verstehen — sind wir stärker als alle anderen!"[4]

Das qualitativ Neue der internationalen Situation war, daß mit der Entstehung der Sowjetunion die Weltherrschaft des Imperialismus tendenziell gebrochen war. Die innere ökonomische und politische Stärkung des Sozialismus und die Theorie der friedlichen Koexistenz waren jene beiden Momente im anti-imperialistischen Klassenkampf, die wechselseitig aufeinander verwiesen und die Bedingung waren, jener analysierten Tendenz zum geschichtlichen Durchbruch zu verhelfen. So hatte die friedliche Koexistenz zwischen Sozialismus und Imperialismus von Beginn an zur Aufgabe, einerseits den aggressiven Charakter des Imperialismus zurückzudrängen und andererseits Spielraum zu schaffen für jene innerpolitische und ökonomische Konsolidierung, die eine Voraussetzung ist für die Entwicklung des Klassenkampfes auf der internationalen Ebene in der Form des Wettbewerbs der beiden gegensätzlichen Gesellschaftssysteme. Und im Wechselverhältnis war die Stärkung der ökonomischen und politischen Basis des Sozialismus der Faktor, der den Imperialismus zum Rückzug in seine eigenen Schranken zwingt und so die Möglichkeit einer internationalen Diktatur des Proletariats sichern konnte. „Gegenwärtig ist die internationale Lage so, daß ein gewisses zeitweiliges labiles Gleichgewicht, das die imperialistischen Staaten bei all ihrem Haß und trotz des Wunsches, über Sowjetrußland herzufallen, von diesem Gedanken abgekommen sind, weil die Zersetzung der kapitalistischen Welt progressiv weitergeht, die Einigkeit geringer und geringer, der Druck der unterdrückten Kolonialvölker aber, die über eine Milliarde Menschen zählen, von Jahr zu Jahr, von Monat zu Monat, ja von Woche zu Woche stärker wird. Wir können uns diesbezüglich aber nicht aufs Raten verlegen. Unsere Haupteinwirkung auf die internationale Revolution üben wir jetzt durch unsere Wirtschaftspolitik aus. Der Kampf ist im Weltmaßstab auf dieses Gebiet übertragen. Lösen wir diese Aufgabe, dann haben wir im internationalen Weltmaßstab bestimmt und endgültig gewonnen".[5]

Das Wesen aller Analysen und tagespolitischen Aufgabenstellungen, die Lenin im Rahmen der Theorie der friedlichen Koexistenz und des Aufbaus des Sozialismus unter der Führung der Arbeiterklasse entwickelte, liegt in der Verbindung der konkreten Erscheinungen mit der allgemeinen welthistorischen Perspektive. Die Praxis hat die Richtigkeit seiner Theorie erwiesen. „Die gesamten Erfahrungen des Weltsozialismus der Arbeiter und nationalen Befreiungsbewegung haben die internationale Bedeutung der marxistisch/leninistischen Lehre bestätigt. Der Sieg der sozialistischen Revolution in einer Gruppe von Ländern des Kapitals, der Eintritt der Völker der ehemalgien Kolonien und Halbkolonien auf dem Schauplatz der selbständigen historischen Tätigkeit, der beispiellose Aufschwung des anti-imperialistischen Kampfes — all das beweist, daß der Leninismus, der die grundlegenden Erfordernisse der gegenwärtigen Epoche ausdrückt, historisch im Recht ist."[6]

Mit der Entstehung des sozialistischen Weltsystems nach dem Zusammenbruch des Faschismus hat sich die nationale Diktatur des Proletariats endgültig zur internationalen erweitert. Das, was Lenin noch tendenziell als zukünftigen Entwicklungsprozeß charakterisierte, ist heute Wirklichkeit geworden. Die Alleinherrschaft der westlichen Kapitalgesellschaften ist gebrochen. Sie sind länger nicht mehr der bestimmende Faktor im internationalen Geschehen. Anfang der 60er Jahre, als die ökonomische und innergesellschaftliche Festigung des Sozialismus und der Anstieg innerer Widersprüche zwischen den konkurrierenden nationalen Konzerngruppen in der westlichen Allianz den Imperialismus zur Entwicklung neuer verfeinerter antisozialistischer Strategien herausforderte, konnte die internationale Arbeiterkonferenz in Moskau feststellen: „Es ist das Hauptmerkmal unserer Zeit, daß das sozialistische Weltsystem zum ausschlaggebenden Faktor der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft wird."[7]

In allen Teilen der Welt hat seitdem der anti-imperialistische Kampf, der Kampf für Sozialismus und Demokratie, die internationale Arbeiterbewegung und der nationale Befreiungskampf einen bedeutenden Aufschwung erlebt und sich einen solchen Spielraum geschaffen, der es immer neu

4 Lenin, a. a. O., Bd. 33, S. 133
5 Lenin, a. a. O., Bd. 32, S. 457 f.
6 Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, Moskau 1969, „Zum 100. Geburtstag W. I. Lenins", S. 48, Prag 1969.
7 Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparten, Moskau 1960, S. 11, Berlin 1961.

ermöglicht, die internationale und nationale Klassenherrschaft der Privatindustrie zu erschüttern und zu schlagen. Mit einer ganzen Skala neuer Strategien, die nach innen von den Formen der Integration bis zur Errichtung faschistischer Militärdiktaturen, nach außen von den Methoden der politischen Spaltung des sozialistischen Weltsystems bis hin zu brutalen Vernichtungskriegen reichen, versuchen die westlichen Kapitalländer erneut, in die historische Offensive zu gelangen. Ihre Angriffe, wie sie sie allenorts mit brutalen Mitteln gegen das Aufkeimen nationaler Befreiungsbewegungen und gegen demokratische Veränderung führen, der Auftritt mit den Mitteln der Politik der Stärke sind selber nur Ausdruck ihrer historischen Schwäche. Während in Europa bereits heute die Stärkung des sozialistischen Weltsystems den aggressiven Spielraum eingeengt hat, führt gegenwärtig der Widerstand des vietnamesischen Volkes die historische Wende herbei, die es dem Imperialismus in Zukunft auch entscheidend schwerer machen wird, seine Expansionspolitik gegen die Länder der Dritten Welt fortzusetzen.

Heute, nach weiteren 10 Jahren, gilt, was die internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien 1969 feststellte: „Die gegenwärtige gesellschaftliche und politische Lage in der Welt ermöglicht es, den Kampf gegen den Imperialismus auf eine neue Stufe zu heben."[8] „Denn im Kampf gegen den Imperialismus vereinigen sich drei mächtige Kräfte der Gegenwart: Das sozialistische Weltsystem, die internationale Arbeiterbewegung und die internationale Befreiungsbewegung. Charakteristisch für die gegenwärtige Etappe sind die wachsenden Möglichkeiten für den weiteren Vormarsch der revolutionären und fortschrittlichen Kräfte."[9]

So ist die welthistorische Entwicklung am Beginn der 70er Jahre in ein neues Stadium getreten, das trotz aller einzelner Erfolge des Weltimperialismus gekennzeichnet ist durch dessen zunehmend historische Schwäche. Wesentlich dabei muß sein, zu sehen, daß die anti-imperialistische Bewegung im globalen Maßstab in ihren drei Abteilungen immer mehr zu einer Einheit verschmilzt und der Klassenkampf sich immer zugespitzter darstellt als die Auseinandersetzung zwischen Fortschritt und Reaktion, zwischen Sozialismus und Kapitalismus insgesamt.

Dies gewiß ist nur eine Charakteristik von ganz allgemeiner Natur, die notwendig von den einzelnen verschiedenen konkreten Bedingungen des politischen Kampfes abstrahieren muß, um die Grundzüge der gegenwärtigen Entwicklung zu erfassen. Natürlich bleibt trotz seiner Einengung der Imperialismus ein ebenso gefährlicher wie in einzelnen Frontabschnitten erfolgreicher Gegner, dem es immer wieder gelingt, Widersprüche, Unsicherheiten und Illusionen über den wahren Inhalt seiner Politik auszunutzen zum eigenen Vorteil. Das kann aber nicht verhindern, daß immer mehr Menschen aktiv am Kampf teilnehmen, da sie erkannt haben, daß sie es nicht nur mit einzelnen negativen Erscheinungen der westlichen Kapitalländer zu tun haben, sondern daß das Wirtschaftssystem als solches sich als Haupthindernis für den Versuch der Völker erweist, Frieden und Unabhängigkeit zu sichern. Der Expansionsdrang ist kein nur äußerliches Moment der Politik der Kapitalländer und lediglich erklärbar aus dem subjektiven Wollen einiger Konzerngruppen und ihrer Staatsvertreter. Denn unter Imperialismus ist ja gerade jene letzte historische Etappe der kapitalistischen Weltgesellschaft zu verstehen, in der der hohe wirtschaftliche Konzentrationsgrad und die damit verbundene Ansammlung von Kapitalmengen die Privatindustrie aus Gewinninteresse und Existenznotwendigkeit über den nationalen Rahmen hinaus zu dem Versuch motiviert, seine ökonomische und politische Herrschaft auf die gesamte Welt auszudehnen. Die Folge davon ist gesteigerte Aggression nach außen, — und nach innen ein Staat, der höchst parteiisch zum Garanten des privaten Macht- und Profitstrebens wird, weil eben jene Minderheit, in deren Händen sich die Industrie befindet, schon längst nicht mehr zu deren gesamtgesellschaftlicher Planung und Organisation allein imstande ist. Und so ist die Politik der westlichen Staaten in allen ihren konkreten Maßnahmen heute darauf gerichtet, den privatwirtschaftlichen Machtanspruch national und international zur Geltung zu bringen. Insofern auch ist der Charakter des imperialistischen Weltsystems nicht teilbar in einen Januskopf mit zwei verschiedenen Gesichtern. Der Imperialismus ist nicht in Asien aggressiv und in Europa friedliebend. Er richtet

8 Internationale Beratung . . ., Moskau 1969, a. a. O., S. 35.
9 ebd., S. 12

seine Politik gleichermaßen darauf, den Sozialismus und die nationale Befreiungsbewegung zurückzudrängen, wo es ihm die internationalen Kräfteverhältnisse auch immer erlauben. Wenn er in Europa andere Methoden anwendet als in Asien, dann nicht, weil er hier weniger expansiv wäre, sondern weil der Spielraum, den er gegenwärtig hat, nicht mehr die Anwendung der „Roll-back-Strategie" erlaubt, die unversehens zur eigenen Vernichtung führen würde. Die flexibleren Instrumente einer Ostpolitik, die darauf gerichtet sind, die sozialistischen Länder durch ökonomischen Druck und die Erweckung politischer Illusionen in ihrem inneren solidarischen Zusammenhalt zu erschüttern, bedeuten noch keinen Verzicht auf Waffen, im Gegenteil, ihr geplanter Verlauf bis zum Wechseln vom politischen Druck zur militärischen Eskalation gebietet, „das militärische Instrument nicht stumpf werden zu lassen".[10]

Es gehört zum inneren Prinzip imperialistischer Politik, überall dort, wo ihnen Differenzen innerhalb der sozialistischen Länder oder zwischen den nationalen Befreiungsbewegungen und den sozialistischen Ländern die Möglichkeit dazu einräumt, die Chance zu einer erneuten historischen und militärischen Offensive zu ergreifen. Ein freiwilliger Verzicht auf einmal innegehabte Positionen ist ihr wesensfremd.

Und der Imperialismus hat auch nicht ein aggressives Gesicht nach außen und ein demokratisches nach innen. Bei allen demokratischen Abschirmungsversuchen ist seine Politik gegen die demokratische und Arbeiterbewegung gerichtet. Zu ihrer Unterdrückung werden alle Mittel der Manipulation und Integration, notfalls auch der faschistischen, wenn es der nationale wie internationale Spielraum opportun erscheinen läßt, angewandt. „Wir Kommunisten sind überzeugt, daß es unmöglich ist, mit der Politik der imperialistischen Aggression Schluß zu machen, den Kolonialismus und Neo-Kolonialismus für immer zu liquidieren und die Wurzeln für Faschismus und Rassendiskriminierung auszumerzen, ohne einen entscheidenden Kampf gegen die Macht des Monopolkapitals für solche demokratischen Forderungen zu führen, deren Verwirklichung die Position des Imperialismus insgesamt schwächt, die Herrschaft des Monopolkapitals in seinen Grundfesten erschüttert."[11]

Dieser untrennbare Zusammenhang des Kampfes für Frieden mit dem Kampf für Demokratie existiert zugleich auch im umgekehrten Verhältnis. Immer stärker erweist sich der Kampf für Abrüstung, Entspannung und Koexistenz als Mittel, die Herrschaft des Imperialismus insgesamt zu schwächen. Eben wenn Expansion nicht nur als äußerliches Moment, sondern als inneres Wesensmerkmal des Imperialismus verstanden werden muß, so bedeutet, ihn in seinen nationalen Rahmen zurückzuweisen, daß er seine inneren Widersprüche nicht länger durch das Ventil außenpolitischer Aggression neutralisieren kann. Die friedliche Koexistenz stärkt nicht allein die Positionen des sozialistischen Weltsystems und die Chancen der nationalen Befreiungsbewegung, sondern zugleich auch die Positionen der demokratischen und Arbeiterbewegung innerhalb der kapitalistischen Industriestaaten. Unter ihren Bedingungen verlieren Antikommunismus und Nationalismus als Ausgangspunkt für die faschistische Mobilisierung großer Teile der Gesellschaft an Wirkung. Der Kampf gegen Rüstungswirtschaft und -wissenschaft trifft aufgrund der Stellung, die die Rüstung heute innerhalb des Profit- und Herrschaftssystems einnimmt, die Machtpositionen der Großindustrie insgesamt.

Der Kampf für Frieden und Demokratie verweisen aufeinander als die beiden untrennbaren Momente einer einheitlichen anti-imperialistischen Strategie. Einer dieser Seiten zu vernachlässigen und der anderen unterzuordnen oder sogar gering zu schätzen hieße, dem Imperialismus national und international den Spielraum zu schaffen, auf den er sich heute so notwendig angewiesen sieht.

Diese innere Einheit vom Kampf für Demokratie und Frieden wird gegenwärtig zusätzlich gefestigt durch den Zusammenhang, der sich immer zwingender zwischen internationalem und nationalem Klassenkampf herstellt. In den nationalen, an den konkreten, historischen Bedingungen anknüpfenden Kampf gegen die Großbourgeoisie fließen immer weiter die Bedingungen des international zugespitzten Kampfes zwischen den beiden Weltsystemen ein.

Gewiß gelingt es gerade an dieser Flanke der Großindustrie besonders erfolgreich, auch breite Kreise, die sich im anti-imperialistischen Kampf insbesondere solidarisieren mit den neokolonial unterdrückten Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, antikommunistisch zu mobilisieren. Dennoch ändern die Hemmungen, die sich aus dem Erfolg solcher Politik ergeben, nichts an der Tendenz einer wachsenden Vereinigung der drei mächtigen Säulen: des sozialistischen Weltsystems, der nationalen Befreiungsbewegung und der internationalen Arbeiterklasse. Mit der inneren und äußeren Festigung des Sozialismus und der Ausdehnung seines internationalen Einflusses ist der Kapitalismus heute gezwungen, die internationale Herausforderung anzunehmen. Vor ihm steht die Aufgabe, alle erreichbaren Kräfte und Potenzen in den eigenen Reihen für diese Endauseinandersetzung zu mobilisieren. So wird heute auch das Instrumentarium in der inneren Klassenauseinandersetzung wesentlich mit beeinflußt von den Bedingungen des Systemkampfes. Jede innenpolitische und ökonomische Entscheidung ist unter diesem Aspekt auch als Reflex auf die Herausforderung des Sozialismus zu werten. Wenn seit Beginn der 60er Jahre der Übergang zu neuen ökonomischen Lenkungsmethoden und zur Phase der „inneren Staatsreform" eingeleitet wurde, dann nicht nur als Antwort auf die innergesellschaftliche Entwicklung und die Kompliziertheit der wirtschaftlichen Wachstums- und der sozialen Prozesse, sondern ebenso als Antwort auf eine neue Etappe internationaler Auseinandersetzung, in deren Rahmen die Großindustrie sich zur inneren Formierung und Zentralisierung politischer Entscheidungsbefugnisse gezwungen sieht, in der Überlegung, daß nur ein reibungsloser Herrschaftsablauf nach innen ökonomisches Wachstum und „politische Stabilität" als zwingende Voraussetzung für eine außenpolitische Effizienz ermöglicht. Dieser Einfluß der neuen Bedingungen im Systemstreit auf die nationalen Entscheidungen und gesellschaftlichen Prozesse erweitert den Spielraum der demokratischen und Arbeiterbewegung. Mit wachsender Attraktion und Leistung des Sozialismus sieht sich die Großbourgeoisie gezwungen zu Konzessionen an die Arbeiterbewegung, zumal dann, wenn sie sie mit den Mitteln der freiwilligen Integration enger an die staatsmonopolistische Herrschaft binden möchten. So besteht „eine Besonderheit des internationalen Klassenkampfes darin, daß die Entwicklung in den kapitalistischen Ländern in immer stärkerem Maße durch die Sowjetunion und andere sozialistische Länder beeinflußt wird".[12]

Bei der Einschätzung der politischen Situation und der Politik der Regierungen gilt es, gerade diesen Aspekt stets zu berücksichtigen. In ihr ist auch auf diesem Feld die Dialektik von historischer Schwäche und der Politik der Stärke aufzuspüren. Bei einer Polarisierung zwischen Sozialismus und Imperialismus verkürzt sich der Aktionsspielraum derart, daß das Kapital heute nicht ausschließlich seine Positionen zu halten vermag durch brutale Unterdrückungsmethoden mit Hilfe von Militärdiktaturen und Faschismus. Ohne auf die Variante dieser Herrschaftsmethoden endgültig zu verzichten, ist die indirekte Methode der Integration entwickelt, die gerade von den historisch nicht belasteten und immer noch von ihrer eigenen Entwicklung her als nicht expansiv und daher in ihren Absichten als glaubwürdig empfundenen sozialdemokratischen Parteien besonders erfolgreich wahrzunehmen ist. In ihrer Politik spielt die Absicht eine zentrale Rolle, durch ein flexibleres, nichtdogmatisch an alte Methoden gebundenes Auftreten den anti-imperialistischen Kräften die Hoffnung auf eine langfristige, aber doch systematische Wende zum Besseren zu geben. Ihre Funktion dabei ist, große Teile der Bevölkerung abzuhalten von einer Zuwendung zum anti-imperialistischen und sozialistischen Kampf. Die Widersprüchlichkeit dieser von der Sozialdemokratie vorgetragenen Integrationspolitik als Ausdruck historischer Defensive gründet sich in der Notwendigkeit, mit Konzessionen und Entgegenkommen die Arbeiterklasse zur aktiven Unterstützung des staatsmonopolistischen Systems zu gewinnen. Damit eröffnet sie den demokratischen Kräften, wenn auch in dem Versuch, sie zu binden, einen größeren Aktionsspielraum. Anders als die ursprünglichen Kapitalparteien ist sie als Partei ständig empfindlich gegenüber den Veränderungen der klassenpolitischen Kräfteverhältnisse und das bis tief in ihre eigenen Reihen hinein. Das im Rahmen der Integrationsstrategie entwickelte partielle Entgegenkommen und Aufsaugen von Vorstellungen der demokratischen und Arbei-

10 Adelbert Weinstein, In: Frankfurter Allgemeine Zeitung.

11 Internationale Beratung, Moskau 1969, a. a. O., S. 42.

12 Walter Ulbricht, Internationale Beratung, Moskau 1969, a. a. O., S. 275.

terbewegung erweist sich in dem Moment als Rückschlag, in dem anti-imperialistische, auf die Aktionseinheit drängende Momente derart wirksam werden, daß die sozialdemokratische Partei sich ihnen nicht entziehen kann, will sie nicht gegenüber Kräften, die sie zu integrieren wünscht, an Profil und Vertrauen verlieren. So sind die sozialdemokratischen Parteien gegenwärtig in ihrer Politik zwar manchenorts ein besserer Garant imperialistischer Politik und Herrschaft als die traditionellen Kapitalparteien, zugleich aber auch ständig eine Bedrohung und ein Faktor der Unsicherheit, dessen Entwicklung nie genau kalkulierbar ist. Welche politische Rolle die SPD also spielt, hängt ganz von der Entwicklung der politischen Kräfteverhältnisse ab.

Eine gleiche Widersprüchlichkeit ist in dem ideologischen Bereich wirksam, in dem der Imperialismus ebenfalls in der Defensive ist. So sieht sich die herrschende Theorie gezwungen, auch Bruckstücke der sozialistischen Theorie in sich aufzunehmen, sich als deren Anwalt darzustellen und damit die Geschlossenheit des Marxismus/Leninismus als Ganzes zu entwaffnen. Das Ergebnis dieses Aufgreifens und Nivellierens ideologischer Einzelheiten, z. B. der Konstruktion von Gegensätzen zwischen Marx und Lenin, ist, daß der linke Opportunismus, der den Begriff des Sozialismus als Ganzes aufgreift, aber nicht damit die Herrschaft der Arbeiterklasse und die konkreten Momente der Strategie und Taktik, besonders in Fragen des Verhältnisses von Reformen und Revolutionen, der Rolle der Partei und der Bedeutung der Bündnispolitik verbindet, eine neue politische Qualität erhält. Dadurch, daß der Begriff des Sozialismus ständig jenseits der konkreten tagespolitischen Bedingungen und der realen Anknüpfungspunkte im Bewußtsein der Mehrheit der Bevölkerung diskutiert wird, wird er ständig diskreditiert und ist geeignet, zu Fehlorientierungen und Isolierung der anti-imperialistischen Bewegung zu führen. So sieht mittlerweile die Monopolbourgeoisie, besonders die Führung der sozialdemokratischen Parteien in ihm ein Instrument, die stets wachsende antikapitalistische Bewegung zu absorbieren und politisch durch Herauslösung aus der nationalen und internationalen Aktionseinheit der anti-imperialistischen Bewegung zu isolieren.

Kein demokratischer und sozialistischer Kampf im Inneren kann von dem Zusammenhang des nationalen und internationalen Klassenkampfes als Bedingung des eigenen Erfolgs mehr absehen. Sein Verlauf, zwar bestimmt durch die konkreten Bedingungen des jeweiligen Landes und nur dort mit Aussicht auf Erfolg, wo die besonderen Möglichkeiten und Ansatzpunkte zur Ausweitung der Massenbewegung gegen das Kapital aufgegriffen und genutzt werden, unterliegt zugleich den generellen Gesetzen des weltweiten Konflikts zwischen den sozialistischen und imperialistischen Weltsystemen, dessen Zuspitzung alle Kapitalländer immer mehr zu politischen und ökonomischen Aktionen nach innen herausfordert. Das bedingt eine fortschreitende Relativierung der spezifisch nationalen Besonderheiten zugunsten eines international organisierten Kampfes gegen das imperialistische Herrschaftssystem als Ganzes. Diese internationale Solidarität und Aktionseinheit der anti-imperialistischen Bewegung im Kampf gegen die US-Aggression gegen das vietnamesische Volk, gegen die faschistische Diktatur in Griechenland, gegen die Unterdrückung der Negerbevölkerung in den USA und für die nationalen Befreiungsbewegungen in den Ländern der Dritten Welt findet gegenwärtig ihre objektive Grundlage darin, daß das international organisierte Großkapital als Ganzes immer dann auch im nationalen Rahmen in Erscheinung tritt, wenn die einheimische Bourgeoisie selbst nicht mehr die Kraft aufbringt, sich gegen ihre inneren Widersprüche und gegen die demokratische Arbeiterbewegung durchzusetzen.

Darin ist heute ein qualitativer Unterschied zur Zeit der sozialistischen Oktoberrevolution 1917 markiert. Im Rahmen dieses Zusammenhanges von nationalem und internationalem Klassenkampf kann sich keine nationale Befreiungsbewegung von den Zwängen des Imperialismus und keine revolutionäre Arbeiterbewegung von der Unterdrückung der Großindustrie nachdrücklich befreien, wenn sie sich nicht zu dieser internationalen Einheit der anti-imperialistischen Bewegung und ihrer Unterstützung bekennen, sondern auf eine besondere Möglichkeit außerhalb von ihr hoffen.

Wenn nun die Ursachen für imperialistische Kriege, für neokoloniale Unterdrükkung, für Faschismus und die Unterdrükkung rassischer Minderheiten nur zu beseitigen sind, wenn zugleich und entschieden ein Kampf gegen eben jene

Monopole geführt wird im Inneren, die die Träger dieser Politik sind, dann stellt sich sehr konkret die Frage nach den Möglichkeiten von Demokratie und Sozialismus im eigenen Land. Die Allgewalt der Großbourgeoisie, ihre übermächtige Herrschaft über alle gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse und die Medien der Bewußtseinsbildung ist der erste und unmittelbare Eindruck, der zu einer raschen Antwort offensichtlich drängt. Die Aussichten auf demokratische Neuansätze scheinen deprimierend gering, und erst recht dann die Aussichten auf die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft.

Die Bedingungen und Möglichkeiten, die dahin führen könnten, sind kaum in ihren Ansätzen sichtbar. Aussichten auf tiefgehende Veränderungen in der Herrschaftsstruktur der Gesellschaft scheinen damit auf der Tagesordnung eines Programms der fernen Zukunft zu stehen. Und so gibt es zwei Fluchtansätze, in dem Wunsch, noch zu „Lebzeiten" Veränderung zu erleben.

Ihre eine Richtung ist, sich auf die Entwicklung der Länder der Dritten Welt zu konzentrieren, weil eben dort sichtbar und faßbar Ansätze revolutionärer Umwälzung zu finden sind, die im eigenen Land noch ausstehen. Hieran hat sich bei vielen die Hoffnung eines Anstoßes von außen geknüpft, der auch unser inneres Herrschaftsgefüge ins Wanken bringen könnte. Und die andere, ganz anders motivierte Richtung ist, sich illusionsreich auf die „kleinen Schritte" einer sozialdemokratisch geführten Regierung zurückzuziehen, die gewiß zwar nicht das gewollte Ziel des Sozialismus, so aber doch spürbare Verbesserungen gegenüber den reaktionären Kapitalparteien CDU/CSU und NPD einbrächten.

So sehr in beiden Anschauungen etwas Richtiges enthalten ist, nämlich daß natürlich durch den erfolgreichen Kampf der nationalen Befreiungsbewegungen das imperialistische System als Ganzes wie auch die einheimische Privatindustrie als Urheber neokolonialer Unterdrückung geschwächt wird und daß natürlich die Aussichten auf die demokratische und sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft unter den Bedingungen einer Integrationsstrategie mit formal-, manchmal sogar mit realdemokratischem Spielraum wesentlich besser sind als unter dem brutalen Terror einer faschistischen Diktatur, so wenig allerdings können sie ein Ersatz sein für eine grundsätzlich gegen die politische Herrschaft der Privatwirtschaft gerichtete Strategie aller unmittelbar Betroffenen selber. Und so kann es keinen Verlaß geben auf die Entwicklungen außerhalb unseres eigenen Bereiches oder innerhalb dessen auf die Regierung, die allemal institutionell verflochten ist mit dem Willen des Großkapitals. Vielmehr bedarf es der Einsicht und Wahrnehmung objektiver Entwicklungsprozesse innerhalb einer spätkapitalistischen Gesellschaft, deren progressiv wachsende innere Widersprüche im ökonomischen, im politischen und sozialen Bereich Menschen aller Gesellschaftsschichten nicht allein objektiv, sondern zunehmend auch subjektiv in Gegensatz bringen zu einer gesellschaftlichen Ordnung, die offensichtlich nicht mehr in der Lage ist, dieser Widersprüche aus eigener Kraft Herr zu werden. Ausnahmslos alle sind heute betroffen durch die Konzentration der ökonomischen und politischen Gewalt in den Händen einiger weniger, in deren Folge der überwiegende Teil der Gesellschaft in Abhängigkeit und Interessengegensatz zu den Zielen der Großindustrie geraten ist. Und die Folge davon ist auch, daß dieser Prozeß ökonomischer und politischer Zentralisation stets begleitet wird von einem systemgewollten Demokratieverlust. Je engmaschiger das Netz kapitalbestimmter Machtausübung sich über allen gesellschaftlichen Institutionen und Bereichen zusammenzieht, desto mehr müssen der Spielraum der in ihnen Tätigen eingeengt und ihre unmittelbaren sozialen Interessen denen des Kapitals untergeordnet werden. Darin liegen die objektiven Ursachen und zugleich auch Chancen, daß es immer neu zum Aufbäumen, zum Protest und zu Aktionen der Betroffenen gegen die Bevormundung und Politik der Privatwirtschaft kommt. Inhalt und Bedingungen der Forderungen der Arbeiter, der Studenten, der Lehrlinge und Schüler gleichen sich einander an im Hinblick auf ihren gemeinsamen Adressaten. Demokratische Forderungen greifen heute immer tiefer in die Struktur des Systems selbst ein. Objektiv dadurch, daß Demokratisierungsansätze, wie sie in der Forderung nach Mitbestimmung vorgetragen werden, die Herrschaft des Großkapitals um so eher treffen, als die Kompliziertheit der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prozesse eine reibungslose und umfassende Kontrolle und Verfügungsgewalt notwendig machen. Und subjektiv dadurch, daß im Kampf um

Mitbestimmung in allen gesellschaftlichen Bereichen in der Forderung nach Entscheidung im Produktions-, Studien-, Ausbildungs- und Lehrplan neben dem Wunsch, selbst für sein eigenes Leben in Übereinstimmung mit den gesamtgesellschaftlichen Bedürfnissen verantwortlich zu sein, gleichermaßen der Wille mitschwingt, die Bevormundung durch die Privatwirtschaft zu zerbrechen.

Darin liegen die Chancen für eine grundsätzlich und langfristig gegen die Kapitalherrschaft gerichtete Orientierung breiter Bevölkerungskreise, und zwar dann, wenn die demokratische und sozialistische Bewegung sie richtig erkennt und die Ansätze, die sich daraus für eine radikaldemokratische Bewegung ergeben, fruchtbar macht für eine Zusammenführung aller Betroffenen, auf der Grundlage einer antimonopolistischen Alternative. Als übergreifendes Moment würde sie den einzelnen sozialen Initiativen – in den Betrieben, auf dem Lande, in den Universitäten, den Schulen, der Meinungsindustrie und der Verwaltung – die Dimension eines einheitlichen Kampfes gegen die politische Vorherrschaft der Privatwirtschaft eröffnen, in dem schließlich das Ziel der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft transparent würde. Gegen die häufig festzustellende Selbstgenügsamkeit des Kampfes um die unmittelbaren sozialen Interessen ist kritisch festzustellen, daß es ein mechanisches Zusammenbrechen der Kapitalmacht nicht geben wird, nur weil an einem Abschnitt der Kampf um Demokratie erfolgreich vorangetrieben wurde. Dazu bedarf es letzten Endes des Zusammenwirkens aller fortschrittlichen Kräfte, die über die Tätigkeit in ihren spezifischen Bereichen hinaus gemeinsam antreten zum Kampf um die politische Macht selbst, weil, solange die Großindustrie die zentralen Entscheidungspositionen des Staates innehat, es keine ernsthafte Demokratie in irgendeinem Sektor geben wird, der dann doch im gesamtgesellschaftlichen Umfang kapitalistisch verplant bleibt. Der Kampf für Demokratie und Sozialismus ist nicht spaltbar in den um politische und den um soziale Veränderung. Und das besondere, da es durch die Aufsplitterung der radikaldemokratischen Opposition in einzelne Abschnitte ihrer Tätigkeit den Herrschenden immer neu gelingen muß, große Teile von ihr durch die Erzeugung von Illusionen und partielles Entgegenkommen gegenüber ihren Forderungen zu absorbieren und in den Prozess staatsmonopolistischer Regulierung zurückzuführen. Das Programm einer einheitlichen antimonopolistischen Bewegung hätte dann zur Aufgabe, der Mehrheit der Bevölkerung konkret die reale Chance einer Demokratie und des sozialen Fortschritts aufzuweisen, insbesondere in der Überlegung, daß viele im Unklaren über die gesellschaftlichen Ursachen ihrer sozialen Existenzunsicherheit dahin tendieren, eine Wendung nach rechts zu vollziehen, an deren Ende dann die endgültige physische Vernichtung des kapitalistischen Restes deutscher Nation stünde.

Die Perspektiven, die sich im Verlaufe dieses Kampfes auftun, verweisen unmittelbar auf das Erfordernis einer weitergehenden sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft insgesamt. Gegenwärtig bilden der Kampf um Demokratie und Sozialismus zunehmend eine Einheit, da einerseits der hohe Grad der Vergesellschaftung der Produktion die Ersetzung privatwirtschaftlicher Willkür durch die gesamtgesellschaftliche Lenkung und Planung als notwendig erweist, sollen die anstehenden Probleme der technisch-wissenschaftlichen Revolution und der Sicherung der sozialen Bedürfnisse im allgemeingesellschaftlichen Interesse gelöst werden; und da andererseits von immer mehr Menschen erkannt wird, daß es mit einzelnen partiellen Eingriffen in das sonst kapitalbestimmte Gefüge der Gesellschaft und Wirtschaft nicht getan ist, sondern Demokratie mit dem Prozeß staatsmonopolistischer Regulierung vereinbar und erst möglich wird durch die Aktion der Arbeiterklasse zur Beseitigung der Kapitalherrschaft überhaupt.

Dies ist der objektive Prozeß, auf den sich sowohl die Großindustrie, ohnmächtig, ihn geschichtlich zurückzuwenden, als auch die fundamentaldemokratische Bewegung einzustellen hat. Es kann heute nicht ihre Aufgabe sein, sich immer neu auf eine der bestehenden Kapitalparteien zu orientieren, immer dann, wenn eine von ihnen sich durch den Druck der demokratischen und sozialistischen Bewegung zu partiellen Zugeständnissen gezwungen sieht. Die Chancen für tiefgehende demokratische und letzten Endes sozialistische Veränderungen liegen allein darin, daß sich die fortschrittlichen Kräfte ihrer Stärke und Aussichten bewußt werden, die sich ihnen aus der historischen Entwicklung und den internationalen Kräfteverhältnissen ergeben. Seit

fünfzig Jahren ist die Richtung dieser Entwicklung gekennzeichnet von dem Fortschritt und dem Erfolg des Kampfes für Demokratie und Frieden, des Kampfes für Sozialismus und Unabhängigkeit. Der Imperialismus ist im historischen Rückzug begriffen, den er lediglich hier und dort bremsen, aufhalten und verzögern kann, aber nicht umzukehren vermag.

Marxismus-Leninismus heißt konkret, in Übereinstimmung mit dem sozialistischen Weltsystem, den nationalen Befreiungsbewegungen und der internationalen Arbeiterbewegung jene Ansatzpunkte aufzugreifen, die ein weiteres Fortschreiten des anti-imperialistischen Kampfes für Demokratie und Frieden als den beiden Bedingungen des nationalen und internationalen Klassenkampfes ermöglichen. Lenins hundertsten Geburtstag zu feiern, ist weder als Revolutionsfetischismus abzuqualifizieren noch irgend vergleichbar jener bürgerlichen Kontemplation, die man allemal gerade bei jenen „Geehrten" antrifft, die keine Relevanz für die Praxis haben. Lenin feiern ist ein Stück Klassenkampf.

facit *Bestellschein*

..... Exemplare von facit Nr. 13/14, 15, 16, 17, 18, 19, (1,— DM + Porto)

..... Exemplare von facit Nr. 5, 6, 9 (pro Heft 0,50 DM + Porto)

..... Jahresabonnement = 5 facit-Hefte (Normalpreis ohne Portokosten = 5,— DM)

..... Exemplar facit-Reihe 3 (3,— DM + Porto)

..... Abonnement der facit-Reihe zur Fortsetzung (Normalpreis ohne Portokosten)

..... Exemplar facit aktuell 3 (1,— DM + Porto)

..... Plakat „Giftgas in der BRD"

..... Plakat „NPD macht's möglich" (beide DIN A 1, zweifarbig, je 3,— DM + Versandkosten)

..... Exemplar Rote Korrespondenz / SPARTAKUS — Assoziation marxistischer Studenten (2,— DM + Porto)

..... Abonnement RK (je Nr.: 2,— DM ohne Porto)

..... Exemplar Rote Korrespondenz extra 1, 2. erweiterte Auflage (2,— DM + Porto)

..... Exemplar RK extra 5 + 6 (je 1,— DM + Porto)

..... Exemplar RK extra 7 (2,50 DM + Porto)

..... Exemplar RK extra 8 (2,— DM + Porto)

..... Abonnement RK extra (Normalpreis ohne Porto)

..... Exemplar: „Arbeiterklasse gegen Faschismus" von Georgi Dimitroff (3,50 DM + Porto)

(Die einzelnen Titel finden Sie in diesem Heft auf Seite 48!)

Alle Bestellungen an: Werbe- und Literatur-Vertriebs-GmbH Neumünster, Wendenstraße 4 a, Postfach 470.

Meine Anschrift: Unterschrift:

Es gibt viele Möglichkeiten . . .
gegen Axel Cäsar Springer zu kämpfen

Und eine Möglichkeit ist, die Presse der Arbeiterjugend stark zu machen. Genau gesagt: elan zu helfen. Was wir brauchen, ist die Mitarbeit der Leser durch die Enthüllung empörender Tatsachenbestände (Schreiben Sie uns) — durch die Werbung neuer Abonnenten (Sind Sie schon Bezieher des elan?) oder durch den Mehrverkauf des elan.

So wird aus der linken Pressearbeit ein Stück Selbsttätigkeit der Jugend und ein Stück Kampf gegen Springer.

elan

Magazin für junge Leute

Bestellungen, Probeexemplare und Nachfragen bitte an:

Weltkreis-Verlags-GmbH

46 Dortmund, Brüderweg 16, Telefon 572010

Rezensionen

Roger Garaudy, Le grand Tournant du socialisme (Die große Wende des Sozialismus), Paris 1969, Editions Gallimard, Collection „Idées actuelles", 316 Seiten, 6 FF

Roger Garaudys letztes Buch (vgl. facit Nr. 18, S. 43 f.) ist eigentlich weniger eine „Wende" als ein endgültiger Abgang — mit einem nach jedem markanten Abschnitt wiederholten pathetischen Satz: „Es ist nicht mehr möglich zu schweigen". (passim) So muß es eigentlich auch verwundern, daß sein Machwerk noch nicht in deutscher Fassung etwa bei rororo-aktuell o. ä. vorliegt.

Die Fülle der leider recht unausgegorenen oder genauer gesagt nicht hergeleiteten „Thesen" Garaudys, die die Frage erlauben, ob es sich wirklich, wie behauptet, um eine endgültige Liquidierung des „Dogmatismus" handelt oder ob nicht vielmehr hier der alte bürgerlich-sozialistische, also sozialdemokratische Dogmatismus à la Renegat Kautzky wiederauftritt, erfordert in dieser Besprechung eine Beschränkung auf die Kernpunkte des Garaudy'schen Unternehmens, d. h. die „neue wissenschaftlich-technische Revolutio", seine Einschätzung der Sowjetunion, die „neue" historische Rolle der USA, die Rolle der VR China, die kommunistische Weltbewegung und die internationalen „Spannungen" sowie schließlich seine expliziten und konkreten Forderungen in Bezug auf die Revision des Lenin'schen Parteientyps.

Das zentrale Problem, bzw. da nie als Problem, sondern immer als fertige, völlig unumstößliche Weisheit gestellt: der zentrale Mythos in Garaudys Buch ist die „neue wissenschaftlich-technische Revolution." Er versteht darunter eine totale und unmittelbare, in den „Industrieländern" zum Teil bereits vollzogene „Kybernetisierung" der Gesellschaft. Es liegt also vor die „große Umkehrung" (S. 28): wir erleben nicht die „Umkehrung des Verhältnisses von Wissenschaft und Technik" (S. 26), sondern auch die „Umkehrung des Verhältnisses von Subjekt und Objekt" denn: „Während die industrielle Produktionsweise darauf hinauslief, die Subjektivität des Arbeiters zu beseitigen, indem der Mensch sich darauf beschränkt, einem Mechanismus zu dienen und damit zu einem Objekt wurde, das dem Objekt (Maschine) unterworfen war, führt die Kybernetisierung der Produktion und der Leitung dazu, den Menschen an den Rand der direkten Produktion zu stellen . . ." (S. 28). Damit ist eine „Explosion der menschlichen Subjektivität" (S. 23) nicht nur möglich, sondern notwendig von der technologischen Entwicklung her und von den Möglichkeiten, die uns der „wissenschaftliche Humanismus" (S. 55) weist. (Man muß annehmen, daß sich hinter einer derartigen Argumentation die Behauptung verbirgt, daß bereits in der wissenschaftlich-technischen Revolution die Fusion von körperlicher und geistiger Arbeit möglich ist.)

Es handelt sich bei Garaudy in keiner Weise um eine Erfassung der real anliegenden Probleme der Anwendung der Kybernetik unter hochindustrialisierten Bedingungen und unter Berücksichtigung der jeweils bestehenden Produktionsverhältnisse. Auch stünde er sodann vor dem Dilemma, sich mit den zahlreichen Diskussionen, die unter den Marxisten (bes. in der DDR) geführt worden sind, auseinanderzusetzen. Statt dessen arbeitet er lieber mit amerikanischen Theorien und Theoretikern (Galbraith, McLuhan usw.). Das Vokabular „postindustrielle Gesellschaft", „industrielle Produktionsweise" usw. ist Hinweis genug, daß es bei diesem „Dialog" nicht geblieben ist.

Eine Lektüre der diesbezüglichen Abschnitte des Buches macht deutlich, daß für Garaudy die „neue wissenschaftlich-technische Revolution" zur Grundlage jeglichen Fortschritts und zu seinem Maßstab geworden ist; unabhängig von bestehenden Produktionsverhältnissen, welche eben

mehr durch ihren „mechanisch-industriellen" Charakter geprägt scheinen als durch die in ihnen gegebenen ökonomischen und politischen Machtverhältnisse, die Klassenverhältnisse. Der Begriff der „Produktionsweise" als zentrale, Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse umfassende Struktur, verschwindet (als einer „mechanischen" Zeit angehörend?). Eine materialistische Analyse ist damit nicht mehr möglich – wen wundert's, daß Garaudy nicht mehr wie Marx und Lenin von gesellschaftlichen Widersprüchen spricht, sondern von „Spannungen", die es zu „verringern" gelte. (S. 294)

Eine bedeutende Rolle nimmt die Einschätzung der Sowjetunion ein. Sie unterscheidet sich kaum von der, die Ernst Fischer und andere vertreten (vgl. auch als letztlich eine Variante dieser „Analyse" die maoistische Haltung zur SU). Nach Garaudys Meinung ist das „Drama" der Oktoberrevolution (S. 108) die Tatsache, daß sie sich in einem vorwiegend bäuerlichen Land vollzog und daß sich damit das Problem der „ursprünglichen Akkumulation" usw. in besonders scharfer Form stellte. (Notabene: Garaudys sorgfältige Marx-Zitatensammlung aus dem „Kapitel" zu diesem Thema nebst antistalinistischem Kommentar ist – ohne Hinweis – stillschweigend und wörtlich übernommen aus Isaac Deutschers „Stalin", Kapitel VIII.) Garaudy macht dem sowjetischen Modell zwei Hauptvorwürfe: 1. das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln sei dort „Eigentum des Staates, und zwar eines zentralisierten Staates, der über den Mehrwert der gesamten gesellschaftlichen Arbeit verfügt" (S. 143); 2. „die Partei setzt sich an die Stelle der Klasse und entscheidet in ihrem Namen. Die Partei ist ihrerseits auf einen Apparat beschränkt, und dieser Apparat hat seine Funktionäre. Im Zweifelsfall denkt und leitet ein einzelner für alle" (S. 105). Diese Argumentation ist nicht neu, versetzt aber bei einem „Leninkenner" in Erstaunen: kann man doch, solange man davon ausgeht, daß der Staat jeweils Instrument der herrschenden Klasse ist und nicht über den Klassen steht, auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Staatstheorie keinen derartigen Widerspruch zwischen kollektivem und staatlichem Eigentum in einem sozialistischen Staat annehmen; es sei denn, man setzt die politische Herrschaft (!) einer neuen sozialen Klasse voraus. Garaudy sagt die Partei, meint aber die „Bürokratie" und beruft sich dabei auf einen Satz Lenins: „Unser schlimmster Feind ist der Bürokrat" ... Schlagen wir aber die Stelle nach und lesen wir den ganzen Abschnitt: „Unser schlimmster Feind ist der Bürokrat, der Kommunist, der auf einem verantwortlichen ... Sowjetposten sitzt und allgemeine Achtung als gewissenhafter Mensch genießt. Es stimmt, daß er nicht singen kann, doch dafür rührt er keinen Branntwein an. Er hat es nicht gelernt, den Schlendrian zu bekämpfen, er versucht es nicht, ihn zu bekämpfen, er bemäntelt ihn. Dieses Feindes müssen wir uns entledigen, und mit Hilfe aller klassenbewußten Arbeiter und Bauern werden wir ihm zu Leibe rücken. Im Kampf gegen diesen Feind, gegen diese Stümperei ... wird die ganze Masse der parteilosen Arbeiter und Bauern dem Vortrupp der Kommunistischen Partei wie ein Mann folgen." (Über die internationale und die innere Lage der Sowjetrepublik, Werke, Bd. 33, S. 211)

Die Sache sieht damit ganz anders aus, insbesondere was Lenins und Garaudys Methode zur Behebung solcher Mißstände betrifft, schreibt doch letzterer: „In der Tat erlaubt die Struktur des Regimes keine Berichtigung, keine Änderungen in der politischen Orientierung auf einem normalen, demokratischen Weg, sondern nur auf dem Weg der Explosion oder ‚Palastrevolution' wie zum Zeitpunkt des XX. Parteitages oder der Beseitigung Chruschtschows. Es ist also nicht unmöglich, daß auf dem gleichen Wege die gegenwärtig herrschende Mannschaft hinweggefegt wird und daß eine Erneuerung beginnt, die der Oktoberrevolution ihr wahres Gesicht und ihre Ausstrahlungskraft wiedergibt." (S. 170/171) Tritt das nicht ein, so gibt es nach Garaudy nur die Perspektive eines „reaktionären Neobonapartismus und der Militärdiktatur" (ebda.).

Während Garaudy, was die Sowjetunion betrifft, sich als äußerster Pessimist gibt, ist seiner Meinung nach für die USA, so scheint es, noch alles möglich, auch wenn hüben wie drüben „tragische" Fehler bei der historischen „Weichenstellung" (S. 86 für die USA und S. 107 für die UdSSR) gemacht worden seien. Zumindest bei dem Entwicklungsgrad der „neuen wissenschaftlich-technischen Revolution" in den USA derartig, daß bei einigen geringen Änderungen eine „Humanisierung des Systems" (S. 93) möglich würde: z. B. „indem man die Traditionen, die die Größe der Vereinigten Staaten ausgemacht haben, verlängert und erneuert; das ist noch kein

Sozialismus, das ist ein finalisierter Kapitalismus" (S. 93). Also gewissermaßen ein staatsmonopolistischer Kapitalismus (der Begriff taucht leider bei Garaudy nicht auf), verknüpft mit einer „konkreten Utopie". Ad-hoc-Aufgaben sind: a) „die Industrialisierung des Südens, um nicht nur Arbeitsplätze zu schaffen, sondern andere Klassenverhältnisse als die des Meisters und des Sklaven, die sich in verschiedener Form in jedem Agrarregime (!) verewigen ..." (S. 89); b) „... die Investitionen auf die Befriedigung der kollektiven Bedürfnisse hin orientieren ..." (S. 90); c) „wirkliche (!) Hilfe für die Dritte Welt" (S. 91) usw. usf. Auch faßt Garaudy seine Einstellung zu den USA wie folgt zusammen: „Ihre Berufung ist weltweit. Nicht um ihre militärische Hegemonie aufzuzwingen, wie es Burnham wollte. Nicht um den ökonomischen Kolonialismus zu restaurieren, der in der ganzen Welt bankrott ist. Nicht um die Führung in einem ideologischen Kreuzzug zu beanspruchen, obgleich sie die ideologielosesten (!) sind und sich unfähig erweisen, sich selber menschliche Ziele zu geben. Die Lösung liegt für sie nicht in einem ‚Desengagement', sondern in einer radikal neuen Form des Engagements, die gegründet ist auf die Verbreitung von wissenschaftlichen und technischen Kenntnissen, deren Unterprodukt (!) lediglich der ökonomische Reichtum und die militärische Stärke sind – ohne Gegenleistungen. Nur so können die USA hundertprozentig ihren gigantischen Produktionsapparat ausnutzen und die Bedingungen für einen ökonomischen ‚Boom' ohnegleichen in ihrer Geschichte schaffen" (S. 296/297). (Garaudy scheint wohl besorgt zu sein über die amerikanischen Profitraten!)

Kurz sei hier auch auf Garaudys Stellung zur Entwicklung in China hingewiesen. Sie wird manchen über den Charakter seiner eigenen Sympathien aufklären helfen. Die bereits in seinem Buch „Le problème chinois" an den Maoismus von Garaudy gemachten Zugeständnisse, so die Anerkennung der Notwendigkeit der führenden Rolle der Bauernschaft und der Armee während der chinesischen Revolution sowie die Legitimation der „Kulturrevolution" als „antibürokratischer" Revolution, werden hier weiterentwickelt. Dabei ist Garaudys Verhältnis zum Maoismus durchaus ambivalent; die Allgemeingültigkeit, die die chinesischen Führer für ihren „Weg" beanspruchen, kann er natürlich nicht zulassen. Dennoch interessiert ihn vor allem die Originalität des chinesischen „Modells", ist doch die antisowjetisch-antibürokratische Stoßrichtung klar. So hätten wir die Kulturrevolution ganz anders zu sehen: „Zunächst war sie ein Versuch – wobei man über die Mittel streiten kann –, um die bürokratische Kristallisation des Parteiapparats zu bekämpfen, um dem Risiko eines neuen Mandariants (!) zuvorzukommen, wo eine neue allwissende und mehr oder weniger sklerotische ‚Aristokratie des Wissens' (!) den Sozialismus den Massen ‚von außen' (!) aufzwingen würde. Innerhalb von wenigen Jahren einige Jahrtausende göttlichen Rechts auf Kultur zu beseitigen, war nicht einfach. Deshalb müssen wir vorsichtig sein mit unseren fernen und paternalistischen Verdammungen dieser Umwälzung, die darauf zielte, das mittelalterliche Bewußtsein zu zerstören und 700 Millionen Individuen durch das Nadelöhr von 2000 Jahren zu ziehen sowie riesige Energien zu wecken, um den Bann der mandarinalen oder bürgerlichen Autoritäten und der ausländischen Prototypen zu brechen ... Der Appell an die historische Initiative der Massen war in der leninistischen Tradition" (S. 162/163). (Wir können daraus schließen: Sowohl in seiner Begrifflichkeit wie in seiner metaphysischen Schwärmerei unterscheidet sich Garaudy in keiner Weise von der Peking Rundschau.) Auch kommt Garaudy zu dem Schluß, daß die Kulturrevolution „eine schwierige, aber notwendige Etappe für die Realisierung des Sozialismus in China" (S. 165) darstelle. Demgegenüber sei es „tragisch" zu sehen, wie „borniert" und „haßerfüllt" (S. 166) die sowjetische Führung gegen die VR China polemisiere.

Die Moskauer Konferenz hat es Garaudy besonders angetan. Die auf ihr verabschiedete Analyse fordert seine Wut heraus: vor lauter „Triumphalismus" (S. 10) habe man versäumt, die Differenzen zwischen den kommunistischen Parteien auszutragen, so daß heute eine „zerreißende Revision" (S. 10) notwendig sei. Er, der von seiner Partei erwartete, daß sie beschließt: „der Sozialismus, den wir in Frankreich aufbauen wollen, ist nicht der, den ihr der CSSR aufzwingt!" (S. 14) verteilt bei dieser Gelegenheit bereitwillig Betragensnoten für die in Moskau vertretenen revolutionären Parteien. Die einen seien zu dogmatisch-sektiererisch, die anderen tapfer, die nächsten moskaugesteuert und Propagandainstrumente der sowjetischen Führung (wohl die meisten!), schließlich die Frankreichs, Spaniens und Italiens halbwegs

fortschrittlich, da auf einem originellen „Modell des Sozialismus" bestehend und gegen die „verbrecherische" Intervention in der CSSR. Auch gibt es für Garaudy klare Alternativen: „Entweder eine große Massenpolitik, die allein fähig ist, alle Kräfte, die den Sozialismus für unser Land wollen, zu vereinen, oder das Einschwenken auf die Linie der derzeitigen sowjetischen Führer, die den grundlegenden demokratischen Bedürfnissen des Sieges und des Aufbaus des Sozialismus in hochentwickelten Ländern den Rücken kehren" (S. 149). Hier wird schon deutlich, daß es in der Tat um die Frage geht, ob eine kommunistische Partei in den Massen aufgeht und von ihnen getrieben wird oder ob sie die Massen einem bestimmten Ziel entgegenführt.

Im Weltmaßstab sieht das Kräfteverhältnis ebenfalls anders aus, als man es von marxistischen Analysen gewohnt ist. Garaudy orientiert sich nämlich mehr an Distributionsverhältnissen als an Produktionsverhältnissen (vgl. weiter oben), so daß wir nicht mehr einen Gegensatz von revolutionären, antiimperialistischen und reaktionären Kräften haben, sondern – belegt durch Zahlen aus „Populorum Progressio" – einen „wachsenden Abstand" zwischen armen und reichen Völkern, der die „primäre und grundlegende Spannung der gegenwärtigen Welt" (S. 291) darstelle. Man muß sodann schlußfolgern: „Das grundlegende Problem der internationalen Beziehungen in diesem letzten Drittel des Jahrhunderts ist es, diese Abstände zu verkleinern, um diese Spannungen zu verringern" (S. 292). Auch hinge von dieser „Integration" der Welt (S. 294) bzw. diesem „Dialog der Zivilisationen" (ebda.), zu dem Garaudy eine ganze Reihe von praktisch-organisatorischen Vorschlägen macht, die Zukunft der Menschheit ab.

Nun noch ein letzter Punkt, der insofern er das Kampfmittel zur Veränderung der bürgerlichen Gesellschaft, die Partei des Proletariats, betrifft, im Rahmen all dieser „neuen" Garaudyschen Anschauungen von besonderer Bedeutung ist. Grundlage für die Theorie der revolutionären Partei sind die jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnisse und die Anforderungen des revolutionären Kampfes. Da Garaudy einerseits von einem (metaphysischen) Pluralismusverständnis ausgeht, das erfordert, daß jede Partei „ihr" Modell herausstellt und die internationale Arbeiterbewegung damit weniger eine internationale Kampfgemeinschaft der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten Klassen als vielmehr eine „symphonische Einheit" (S. 152) aus lauter Solisten darstellt, da andererseits sein persönliches Verständnis der wissenschaftlich-technischen Revolution ihm den Begriff der Arbeiterklasse selbst und ihre Bedeutung immer schleierhafter macht, wird das „Modell" seiner „kommunistischen" Partei mit menschlichem Gesicht sozusagen eigenartig.

Grundlage ist zunächst nicht mehr die führende Rolle der Arbeiterklasse, sondern die des neuen „historischen Blocks", der besteht aus „der Arbeiterklasse in ihrer traditionellen Definition (?) und den Intellektuellen in ihrer Vielfalt – die einen bereits in die Arbeiterklasse integriert, die anderen noch sehr nahe der Mittelklasse, insbesondere den ‚freien Berufen'..." (S. 247). Dieser „Block", dessen Bildung heute die „entscheidende strategische Ebene" sei und der mit dem von der marxistischen Studentenbewegung propagierten Bündnis (vielleicht auch Aktionseinheit) von Arbeiterklasse und Intelligenz nichts mehr zu tun hat, da völlig einseitig das Gewicht auf die Bedeutung der „Intellektuellen" gesetzt wird, unabhängig von ihren materiellen Interessen und ihrem Bewußtseinsstand, macht denn auch die von der KPF angestrebte Einheit aller linken Kräfte usw. überflüssig (das sei eine reine volksfrontähnliche Defensivstrategie). Insgesamt ist jedenfalls eine „tiefgreifende Änderung der Konzeption der Partei und ihrer Organisation" notwendig (S. 274): „Der demokratische Zentralismus ... muß, heute mehr denn je, in unseren hochentwickelten Gesellschaften konzipiert werden nach dem kybernetischen Modell und nicht nach dem mechanischen Modell" (S. 27). Konkret: das Prinzip des Pluralismus solle in die Partei selbst eingegliedert werden, ein „Minderheitenschutz" (S. 280) solle eingeführt sowie der „bürokratische Apparat" der Parteifunktionäre solle abgeschafft werden. (Daß dann nur noch Universitätsprofessoren wie Garaudy u. a. Politik werden machen, liegt nur zu nahe – die „Freizeitgesellschaft" steht für den Kumpel im Betrieb nämlich noch nicht auf der Tagesordnung.) Auch theoretisch soll die Partei liquidiert werden, denn „wenn die Partei heute keine Sekte von Doktrinären" sein will, „kann sie keine ‚offizielle Philosophie' haben, sie kann im Prinzip weder materialistisch, noch idealistisch, weder religiös, noch atheistisch sein" (S. 284). Man versteht, warum Garaudy so gegen die „kautzkyanistische

Phase" Lenins angeht, hatte dieser doch in „Was tun?" geschrieben: „Die Frage kann nur so stehen: bürgerliche oder sozialistische Ideologie. Ein Mittelding gibt es nicht ... Darum bedeutet jede Herabminderung der sozialistischen Ideologie, jedes Abschwenken von ihr zugleich eine Stärkung der bürgerlichen Ideologie." (Ausgewählte Werke, Bd. I, S. 175.)

Man kann, glaube ich, zusammenfassen: die „neuen" Konzeptionen Garaudys, deren Verhältnis zu seinen älteren Schriften im einzelnen untersucht werden müßte, offenbaren sein unmißverständliches und endgültiges Verlassen der Theorie der Arbeiterklasse, des Marxismus-Leninismus. Sie stellen eine neue Variante der Konvergenztheorie und – wie auf dem Parteitag der KPF gesagt wurde – einen technokratischen Revisionismus dar.

Auf die Arbeiterklasse, insbesondere in Frankreich, wird Garaudy aber damit trotz seines „Es ist nicht mehr möglich zu schweigen"-Gebets wohl kaum Eindruck machen.

P. Sch.

Louis Althusser, Lénine et la philosophie (Lenin und die Philosophie), Paris 1969, F. Maspéro Ed., 59 Seiten, 5 FF

Die politischen und theoretischen Diskussionen innerhalb der französischen Linken sind in den letzten Jahren entscheident durch das Denken Louis Althussers beeinflußt worden. Seine Schriften „Pour Marx" (Paris 1965; deutsch: Für Marx, Frankfurt 1968 – vgl. die ausführliche, wenn auch in ihren Schlußfolgerungen fragwürdige Rezension in: Marxistische Blätter 1/1968) und „Lire le Capital" (2 Bde., Paris 1965 und – völlig überarbeitet – 1968), in denen vor allem das Verhältnis von Wissenschaft-Philosophie-Ideologie neu bzw. in Rückbesinnung auf die Marxsche theoretische Praxis behandelt wurde, haben heftige Diskussionen hervorgerufen, waren sie doch vor allem gerichtet gegen jene bürgerlich-humanistischen Marxismen, die nach dem XX. Parteitag der KPdSU versuchten und leider noch immer versuchen, unter dem Mantel des „Antidogmatismus" in die Theorie der Arbeiterklasse ihre wesensfremden Inhalte hineinzutragen. (Auch verwundert es nicht, wenn Garaudy Althusser den Vorwurf des „Neodogmatismus" macht; vgl. Marxismus im XX. Jahrhundert, rororo-aktuell, S. 174.)

Althussers vorliegende Schrift (oder genauer: Rede) stellt nun erneut mit aller Schärfe die Frage nach der Stellung der marxistischen Philosophie, ihren Beziehungen zu den Wissenschaften und den anderen Philosophien. Auch scheint sie eine Wende in Althussers intellektueller Entwicklung zu bedeuten. (Nicht zufällig hat er seine zentrale Definition der Philosophie als „Theorie der theoretischen Praxis" aus „Für Marx" zum Zeitpunkt der vorliegenden Rede im Vorwort zur Neuausgabe von „Lire le Capital" als „einseitig und falsch" revidiert.) Der Gegenstand der Ausführungen Althussers ist also die Philosophie selbst, ihr Status, reflektiert an Hand des Beitrags, den Lenin zur marxistischen Philosophie geliefert hat, vor allem an Hand von „Materialismus und Empiriokritizismus". Es verwundert nicht, daß Althusser damit in ein Wespennest sticht: galt und gilt doch Lenin – insbesondere mit diesem Werk – in den Kreisen bürgerlich-universitärer Philosophie als zu verachtender „Nichtfachmann", als „in erster Linie Politiker" bzw. als stümperhafter Vertreter letztlich vorkritischer Anschauungen und Begrifflichkeiten usw. usf. Althusser stellt Lenins Werk „Materialismus und Empiriokritizismus" (1908), das zum Zeitpunkt der von der bürgerlichen Philosophie beschworenen „Krise der (Natur-)Wissenschaften" und der damit verbundenen empiriokritizistischen Modephilosophie eine ausführliche dialektisch-materialistische Auseinandersetzung mit deren „Theorien" darstellte, in einen ganz anderen theoretischen Kontext:

„Die wahre Frage ist nicht, zu wissen, ob Marx, Engels und Lenin wirkliche Philosophen waren oder nicht, ob ihren philosophischen Aussagen formal nicht zu widersprechen ist oder nicht, ob sie dummes Zeug über Kants ‚Ding an sich' sagen oder nicht, ob ihr Materialismus vorkritisch ist oder nicht usw. Denn alle diese Fragen sind und bleiben gestellt innerhalb einer bestimmten Praxis der Philosophie. Die wahre Frage betrifft gerade diese traditionelle Praxis, die Lenin in Frage stellt, indem er eine völlig andere Praxis vorlegt" (S. 17). Die Feindschaft zwischen Lenin und der bürgerlichen Philosophie ist nämlich keineswegs ein „Mißverständnis" (S. 18): „Zwischen Lenin und der etablierten Philosophie besteht ein

unerträgliches Verhältnis: das, durch welches die herrschende Philosophie inmitten ihrer Rückzugsgefechte getroffen wird: die Politik" (S. 19).

Um diese Praxis Lenins untersuchen zu können, versucht Althusser zunächst in knapper Form den Stand der marxistischen Philosophie zu klären. Er wiederholt hier seine bereits bekannten Thesen von dem „epistemologischen Bruch" im Denken von Marx und Engels, die mit den Feuerbachthesen und der „Deutschen Ideologie" eingesetzt haben; von der daraufhin erfolgten Ausarbeitung der Grundzüge der neuen Wissenschaft an Hand einer Analyse der kapitalistischen Produktionsweise usw. Die mit der Geburt des historischen Materialismus einsetzende „philosophische Stille" (nur durchbrochen durch den „Anti-Dühring") versteht er als den zeitlichen Vorsprung, den die (neue) Wissenschaft vor der Philosophie nimmt. Die Philosophie stehe also, wie Hegel sagte, erst bei Sonnenuntergang auf, sie folge notwendig mit „Verspätung" auf die Entdeckung eines neuen Wissenschaftskontinents, hier bei Marx: der Entdeckung der Geschichtswissenschaft. „Mit diesem Begriff der notwendigen ‚Verspätung' konnte alles klar werden, alles, auch das Mißverständnis derjenigen, die, wie der junge Lukacs und Gramsci . . ., die Ungeduld vor dieser zu langsam entstehenden Philosophie dahin trieb, zu verkünden, sie sei seit langem geboren, seit den Feuerbachthesen, also weit vor dem Beginn der marxistischen Wissenschaft selbst – und die . . . einfach erklärten, daß jede Wissenschaft ein ‚Überbau', jede bestehende Wissenschaft also im Grunde positivistisch weil bürgerlich sei, die marxistische ‚Wissenschaft' nur philosophisch sein könne und der Marxismus eine Philosophie, nachhegelianische Philosophie oder ‚Philosophie der Praxis' sei" (S. 30/31).

Diese Prämissen geklärt, geht Althusser an die Darlegung der seiner Meinung nach zentralen leninistischen philosophischen Thesen. Es sind drei:

These 1: „Die Philosophie ist keine Wissenschaft. Die philosophischen Kategorien unterscheiden sich von wissenschaftlichen Konzepten" (S. 35). Diese Trennung von Wissenschaft und Philosophie wird erläutert an Hand des Begriffs der Materie, deren „einzige ‚Eigenschaft' . . ., an deren Anerkennung der philosophische Materialismus gebunden ist, die Eigenschaft ist, objektive Realität zu sein, außerhalb unseres Bewußtseins zu existieren" (Lenin, a. a. O., S. 260). Demgegenüber definieren sich wissenschaftliche Konzepte der Materie an Hand der Erkenntnisse der Wissenschaften (ihrer Geschichte) über ihre Objekte. „Der Inhalt des wissenschaftlichen Konzepts der Materie ändert sich mit der Entwicklung, d. h. der Vertiefung der wissenschaftlichen Kenntnisse. Der Inhalt der philosophischen Kategorie der Materie ändert sich nicht, denn er bezieht sich auf kein Objekt der Wissenschaften, sondern behauptet die Objektivität jeder wissenschaftlichen Erkenntnis eines Objekts" (S. 35).

These 2: „Wenn die Philosophie sich von den Wissenschaften unterscheidet, so existiert dennoch zwischen der Philosophie und der Wissenschaft eine besondere Verbindung. Diese Verbindung wird vertreten durch die materialistische These von der Objektivität" (S. 38). Diese These folgt z. T. aus der ersten, wo von der objektiven Existenz der Materie außerhalb des Bewußtseins die Rede war, wird jedoch ergänzt durch das Bestehen der Verbindung von materialistischer Philosophie und wissenschaftlicher Praxis, sowohl der marxistischen wie der nicht marxistischen (Mathematik, Physik usw.). Es scheint dies einer der Angelpunkte der marxistischen Philosophie zu sein.

These 3: Lenins Wiederaufnahme der Engels'schen These „über die Geschichte der Philosophie als Geschichte eines ständigen Kampfes zwischen zwei Tendenzen: dem Idealismus und dem Materialismus" (S. 42). Althusser meint, daß „diese These auf die Behauptung hinausläuft, daß im Grunde die Philosophie keine Geschichte hat" (S. 42). Als Erklärung für dieses ständige „Spiel um nichts" (S. 43) gibt er an: „Wenn nichts in der Philosophie passiert, so eben deshalb, weil sie kein Objekt hat. Wenn dagegen etwas in den Wissenschaften passiert, so deshalb, weil sie ein Objekt haben, dessen Kenntnis sie vertiefen können, was ihnen eine Geschichte gibt" (S. 44/45).

Haben wir damit die Verbindung von Philosophie und Wissenschaften und die Differenz beider in bezug auf ihre Geschichte, so fehlt uns noch die Bestimmung ihres Verhältnisses vom Inhalt der Philosophie her. Das aber ist nach Althusser nur möglich durch die Bestimmung der philosophischen Praxis.

Lenins Praxis in „Materialismus und Empiriokritizismus" bezeichnet Althusser als „Eingriffe" in die theoretische Ebene (S. 49), so daß sich die Philosophie von

dieser (politischen) Praxis her difinieren läßt als „das Ziehen einer grundlegenden Trennungslinie . . . mit der sie (die Philosophie, P. S.) die ideologischen (= unwissenschaftlichen, vom Klasseninstinkt her bestimmten, P. S.) Begriffe der ihr entgegengesetzten Philosophien bekämpft" (S. 50). Der „Einsatz", um den es bei dieser philosophischen Praxis geht, ist nach Althusser nichts weniger als „die wissenschaftliche Praxis, die Wissenschaftlichkeit" (S. 50). Die damit gegebene „Geschichte" der Philosophien als Geschichte der Veränderungen von Kategorien usw. hat aber entsprechend dem weiter oben Skizzierten einen spezifischen Charakter: „. . . diese Veränderungen sind nichts in sich, denn sie handeln nur außerhalb ihrer eigenen Präsenz, innerhalb des Abstandes oder des Nicht-Abstandes, der zwischen den antagonistischen Tendenzen der wissenschaftlichen Praxis, als Einsatz ihres Kampfes, liegt. Was an diesem Vorgang einer nichtigen Linienziehung wirklich philosophisch sein kann, ist nur die Verlagerung, aber sie bezieht sich auf die Geschichte der wissenschaftlichen Praxis und der Wissenschaften. Denn es gibt eine Geschichte der Wissenchaften und je nach den Veränderungen der wissenschaftlichen Konjunktur (d. h. nach dem Stand der Wissenschaften und ihrer Probleme) und je nach dem Stand der durch diese Veränderungen provozierten philosophischen Dispositionen, werden die Linien der philosophischen Front verlagert. Die Begriffe, die das Wissenschaftliche und das Ideologische bezeichnen, sind also jedesmal neu zu denken" (S. 51). Damit ist nun die Antwort auf die Frage nach der Besonderheit des Verhältnisses von Philosophie und Wissenschaften und nach dem Inhalt und Stellenwert des Kampfes der beiden Tendenzen in der Philosophie gegeben: sie liegt in dem „wilden" (S. 52) Leninschen Begriff der „Parteinahme der Philosophie". Diese Parteinahme, also der „Bezug" auf die politische Praxis, den Klassenkampf, und damit die Aufhebung der von allen bürgerlichen Philosophien beteuerten „Parteilosigkeit", was aber immer nur eine „theoretische Negierung der eigenen Praxis war", ist das Konzept, das den Charakter des Kampfes der beiden Grundtendenzen in der Philosophie erklärt und verändert. Dabei ist die Philosophie nicht mit dem Klassenkampf identisch, vielmehr „vertritt" sie ihn auf der theoretischen Ebene – also bei den Wissenschaften (S. 52/53) – und umgekehrt die Wissenschaften bei der Politik, also im Klassenkampf (S. 54). Die essentiell politische Philosophie ist „dritte Instanz zwischen . . . zwei grundlegenden Instanzen, die sie selber begründen als Instanz: der Klassenkampf und die Wissenschaften" (S. 54). Damit hat nach Althusser Lenin als erster den Beginn einer philosophischen Antwort auf die berühmte XI. Feuerbachthese („Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert. Es kommt aber darauf an, sie zu verändern.") gegeben, die man formulieren könnte: „Der Marxismus ist keine (neue) Philosophie der Praxis, sondern eine (neue) Praxis der Philosophie" (S. 57).

Anzumerken wäre das Fehlen einer Einordnung der Leninschen Widerspiegelungstheorie in dieses Konzept. Außerdem geht Althusser nicht auf den Stellenwert der inhaltlichen Auseinandersetzung in der Philosophie ein.

Mir scheint, daß eine Diskussion der hier wiedergegebenen Thesen Louis Althussers äußerst fruchtbar sein kann, denn es ist klar, daß die Bestimmung des „Status" von Wissenschaft und Philosophie (und Ideologie) und ihr Verhältnis zur politischen Praxis für eine Verstärkung des ideologischen Kampfes außerordentliche Bedeutung hat. Hier liegt der politische und philosophische Stellenwert des Büchleins.

P. Sch.

FACIT abonnieren!

Ein Abonnement (= 5 Hefte) 5,– DM ohne Portokosten

facit *Rote Korrespondenz Lieferbare Titel*

facit Nr. 5 (Am Beispiel Indonesien – Hintergründe eines faschistischen Putsches; Biermann – Diskussion um eine sozialistische Kulturpolitik; u. a.) 0,50 DM.

facit Nr. 6 („Sozialismus und Individuum" von Ernesto Che Guevara; Abschiedsbrief E. Che Guevaras an Fidel Castro; Vietnam – Analyse eines Exempels; u. a.) 0,50 DM.

facit Nr. 9 („Karl Marx in Köln in der Revolution von 1948/49" von Prof. Dr. Karl Obermann; Der Kardinal oder die Sympathie der Ideologie) 0,50 DM.

facit Nr. 13/14 („Revolution in Frankreich? – Was ist heute revolutionär?" von Prof. Dr. Dieter Klein; Liberalisierung oder Demokratisierung? – Zur Entwicklung der Tschechoslowakei; u. a.) 1,– DM.

facit Nr. 15 („Arbeiterjugend und Studenten im spanischen Klassenkampf" von Juan Diz, KP Spaniens; Strategie und Rüstung in der Bundeswehr; „Analytische Voraussetzungen für eine antimonopolistische Hochschulpolitik" von Elmar Bernhard und Reinhard Schweisher; u. a.) 1,– DM.

facit Nr. 16 („Aktion ohne Vermittlung" von Martin Walser; „Zur Situation der Gewerkschaften im staatsmonopolistischen Kapitalismus" von Christof K. Kievenheim; „Ein Beispiel: Hermann Josef Abs – Bankier und Politiker" von Eberhard Czichon; u. a.) 1,– DM.

facit Nr. 17 („Die Menschen machen ihre Geschichte selbst" von Prof. Dr. Manfred Buhr; Die dritte Hochschulreform in der DDR als Beispiel fortschrittlicher Bildungspolitik; u. a.) 1,– DM.

facit Nr. 18 („Intelligenz und Arbeiterklasse": „Wissenschaftlich-technische Revolution und die Theorie der ‚neuen Arbeiterklasse'" von Frank Deppe, Hellmuth Lange, Lothar Peter; „Zur Ideologie und Organisation der technischen Intelligenz in der BRD" von Christof K. Kievenheim; „Aufbruch der ‚Vorproletarier' – Zur Soziologie der Studenten" von Hellmut Hesselbarth; „Falsch programmiert – Wissenschaftlich-technische Revolution im Kapitalismus" von Oskar Neumann; u. a.) 1,– DM.

facit Nr. 19 („Leninismus heute") 1,– DM.

facit Nr. 20 (geplant Juni 1970): „Internationaler Klassenkampf".

facit aktuell 3 („SDS in Sofia" – Dokumentation zur zweiten Spaltung des SDS) 1,– DM.

facit-Reihe 3 („Revolutionäre Strategie und antiimperialistischer Kampf in Westeuropa – Karl Marx und die inneren Widersprüche des modernen Imperialismus" von Prof. Dr. Dieter Klein) 3,– DM.

Rote Korrespondenz – SPARTAKUS Assoziation Marxistischer Studenten (erscheint unregelmäßig). Soeben erschienen Nr. 8: „Entreißt Forschung und Lehre der Kontrolle der Aktionäre!" (Wissenschaftspolitik – Hochschulkampf / Arbeiter- und Studentenbewegung / Antifa-Kampf – Kriegsforschung / Dokumentation + Materialien) 2,– DM.

Rote Korrespondenz extra 1 („Produktivkraft Wissenschaft"), 2. erweiterte Auflage, 2,– DM.

Rote Korrespondenz extra 5 („Universität im Klassenkampf") 1,– DM.

Rote Korrespondenz extra 6 („Der Kampf geht weiter") 1,– DM.

Rote Korrespondenz extra 7 (Futurologie – Zur wissenschaftlichen Gesellschaftsprognose spätkapitalistischer Entwicklungen – Kritisches zur bürgerlichen Futurologie" von Prof. Dr. Dieter Klein) 2,50 DM.

Rote Korrespondenz extra 8 („Faschismus – Neofaschismus") 2,– DM.

Rote Drucke: „Arbeiterklasse gegen Faschismus" von Georgi Dimitroff (Taschenbuch, 112 Seiten) 3,50 DM.

Alle Bestellungen an:
Werbe- und Literatur-Vertriebs-GmbH, 2350 Neumünster, Wendenstraße 4 a, Postfach 470.
(Vergleiche auch Bestellzettel auf Seite 39).

Aufruf zur Solidarität mit den Völkern in den portugiesischen Kolonien

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben die meisten Völker Afrikas und Asiens ihre nationale Unabhängigkeit erlangt, Portugal jedoch hält nach wie vor an seinem barbarischen Kolonialsystem fest und unterdrückt die Völker in Angola, Guinea-Bissau und Mozambique. Zwangsarbeit, Terror und Napalm sind die Methoden, mit denen das portugiesische Regime die Völker der Kolonien in dauernder Abhängigkeit, Armut und Unwissenheit halten will.

Seit nunmehr neun Jahren kämpfen die Patrioten in Angola, Guinea- Bissau und Mozambique für ihre nationale Unabhängigkeit. Weite Regionen konnten bereits von der kolonialen Herrschaft befreit werden; dort hat die Bevölkerung ihre Souveränität wiedererlangt. In den befreiten Gebieten vollzieht sich heute trotz Bombenterror und Angriffen der portugiesischen Kolonialarmee eine neue Entwicklung: Schulen und Krankenhäuser werden gebaut, die vom Kolonialismus deformierte Wirtschaft wird reorganisiert. So werden in den vom Kolonialjoch befreiten Gebieten die Grundlagen einer menschenwürdigen Gesellschaft geschaffen.

Doch immer noch leiden die Völker unter portugiesischem Terror, immer noch sterben zahllose Menschen unter den Bomben der portugiesischen Luftwaffe. Von Tag zu Tag wird deutlicher, daß Portugal seinen verbrecherischen Kolonialkrieg nur dank massiver ausländischer Hilfe fortsetzen kann. Vor allem von seinen NATO-Partnern – also auch von der Bundesrepublik – erhält Portugal die politische, finanzielle und militärische Unterstützung, die es zur Aufrechterhaltung des Kolonialsystems benötigt. Dieser Solidarität der Unterdrückung und kolonialen Ausbeutung muß die Solidarität aller demokratischen Kräfte in der Welt entgegengestellt werden.

Hiermit rufen wir alle demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik auf sich für die Einstellung der direkten und indirekten Unterstützung Portugals einzusetzen, konkrete Solidarität mit den Befreiungsbewegungen zu beweisen und an der Vorbereitung einer internationalen Solidaritätskonferenz teilzunehmen, die im Juni dieses Jahres in Rom stattfinden wird. Wir rufen alle Demokraten auf, finanziell dazu beizutragen, die Öffentlichkeit in unserem Lande über das portugiesische Kolonialsystem zu informieren, die Befreiungsbewegung zu unterstützen und die medizinische Versorgung der Bevölkerung in den Kriegsgebieten zu verbessern.

Köln, im April 1970

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth
Prof. Dr. Hans Werner Bartsch, D.D.
Wilhelm M. Breuer
Gunnar Matthiessen
Rolf Priemer
Dr. Erika Runge
Karl-Heinz Schröder
Dr. Hannelis Schulte
Dr. Kurt Steinhaus
Dr. Martin Walser
Frank Werkmeister
Dr. Erich Wulff

Postscheckkonto Köln 171 387, Sonderkonto Wilhelm M. Breuer, 5 Köln 1, Roonstraße 29

Umseitige Abbildung ist als Plakat (DIN A 1, zweifarbig, 3,– DM + Versandkosten) zu bestellen bei: Werbe- und Literatur-Vertriebs-GmbH, 2350 Neumünster, Wendenstraße 4 a.

Sicherheit durch Recht und Ordnung

NPD macht's möglich!